

Dialog Global
Heft 15

*Globales Handeln lokal verankern.
Bundesweite Umfrage 2006*

Inhalt

Vorwort	9
Zusammenfassung	11
 1. Einleitung und allgemeine Informationen	14
1.1 Zum Aufbau des Fragebogens	14
1.2 Rücklauf und Antwortverhalten	16
1.3 Politische Beschlüsse in den Kommunen und Kreisen	21
1.4 Stellenwert bestimmter Themen	24
2. Antworten zur Eine-Welt-Arbeit. <i>Wie Sie arbeiten</i>	27
2.1 Handlungsfelder der Eine-Welt-Arbeit	28
2.2 Aktionsformen in der Eine-Welt-Arbeit	32
2.3 Projekterweiterung	35
2.4 Vernetzung in der Eine-Welt-Arbeit	39
3. Antworten zur Struktur der Eine-Welt-Arbeit. <i>Womit Sie arbeiten.</i>	44
3.1 Hemmnisse der Eine-Welt-Arbeit vor Ort	44
3.2 Personelle Situation	47
3.3 Organisierte Eine Welt vor Ort	51
3.4 Finanzielle Situation	53
3.5 Einbeziehung von Organisationen vor Ort	56
3.6 Kooperation mit nichtstaatlichen Akteuren	58
3.7 Transparenz der Aktivitäten	59
4. Antworten zur Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. <i>Wie Sie uns beurteilen</i>	61
4.1 Kontakt mit der Servicestelle	61
4.2 Aktivitäten der Servicestelle	63
4.3 Eigenschaften der Servicestelle	65
 5. Ergebnisse der Umfrage 2006 für Nordrhein-Westfalen	67
5.1 Rücklauf und Antwortverhalten	67
5.2 Politische Beschlüsse in den Kommunen / Kreisen	70
5.3 Stellenwert bestimmter Themen	72

5.4	Antworten zur Eine-Welt-Arbeit	74
5.4.1	Handlungsfelder der Eine-Welt-Arbeit	74
5.4.2	Aktionsformen der Eine-Welt-Arbeit	78
5.4.3	Projekterweiterung	80
5.4.4	Vernetzung in der Eine-Welt-Arbeit	83
5.5	Antworten zur Struktur der Eine-Welt-Arbeit.....	85
5.5.1	Hemmnisse in der Eine-Welt-Arbeit.....	85
5.5.2	Personelle Situation	88
5.5.3	Organisierte Eine Welt vor Ort	90
5.5.4	Finanzielle Situation	91
5.5.5	Einbeziehung von Organisationen vor Ort	93
5.5.6	Kooperation mit nichtstaatlichen Akteuren	94
5.5.7	Transparenz der Aktivitäten	95
5.6	Antworten zur Servicestelle Kommunen in der Einen Welt	96
5.6.1	Kontakt mit der Servicestelle	96
5.6.2	Aktivitäten der Servicestelle	97
5.6.3	Eigenschaften der Servicestelle	99
Anhang		
	Fragebogen 2006	100
	Verzeichnis der Abbildungen	105
	Verzeichnis der Tabellen	107
	Publikationen	108
	Über uns	111

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

mit uns als Mitglieder der Programmkommission Trägern hat die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt im Jahre 2006 die zweite bundesweite Umfrage unter den Kommunen und Nichtregierungsorganisation durchgeführt, um deren Stand zur Einen-Welt-Arbeit und lokalen Agenda 21 zu ermitteln. Viele Fragen wiederholten sich aus der ersten Umfrage 2002, damals das erste Arbeitsjahr der Servicestelle.

Wir haben knapp 10 % Rücklaufquote erreichen können. Das ist bei fast 2.800 Fragebögen per Postweg ins Land schon eine sehr gute Zahl. Die Ergebnisse sind natürlich nicht umfassend und spiegeln weder alle Nichtregierungsorganisationen noch alle Gebietskörperschaften wieder. Aber wie Ihnen der Einstieg über die Zusammenfassung zeigt, ließen sich Trends, Schwerpunkte und Veränderungen zwischen den beiden Erhebungsjahren 2002 und 2006 ermitteln. Die Teilnahme aus und die Situation in Nordrhein-Westfalen hat uns diesmal auch bewogen, diesem Bundesland eine besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Wir sind als Mitglieder der Programmkommission der Servicestelle und als Durchführer erfreut über die Beteiligung und die erzielte Datenlage. Sie führt zu interessanten Informationen und wird die weitere Kundenorientierung der Servicestelle verbessern. Aber auch Ihnen bieten sich Ansatzpunkte, Ihr eigenes Tun im Kontext der statistischen Erhebungen und Analysen zu betrachten. Vielleicht finden auch Sie Anregungen?

Wir freuen uns über alle eingegangenen Rückmeldungen und danken für die Zeit und Mühe, die in die Beantwortung der Fragen geflossen sind.

Blieben Sie auch weiterhin am Ball, denn: Eine Welt beginnt vor Ort!

Hans-Christoph Boppel

Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration Nordrhein-Westfalen

Vertreter der Bundesländer

Walter Leitermann

Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen in Europa (RGRE)

Vertreter der Kommunalen Spitzenverbände

Petra Leber

Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke in Deutschland e.V. – agl

Vertreterin Nichtregierungsorganisationen

Ulrich Nitschke

Leiter der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt / InWEnt gGmbH

Zusammenfassung

Um das Programm der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt weiterzuentwickeln und an die Bedürfnisse ihrer Kunden anzupassen, hat die Servicestelle im Jahre 2006 eine zweite große Umfrage „Globales Denken lokal verankern“ gestartet (die erste war 2002). Über 2.700 Akteure aus Nichtregierungsorganisationen (NRO's) und Kommunen wurden angeschrieben, auch Online war der Fragebogen erhältlich. Nach zwei Monaten wurden 277 Antworten (10%) registriert.

Wie Sie sind. Allgemeine Informationen

Der relativ gesehen größte Rücklauf kam aus den „Musterländern“ Saarland, Bremen und Nordrhein-Westfalen. Absolut gesehen stammen die meisten Antworten aus Nordrhein-Westfalen (91 = 32%), weshalb dieses Bundesland in Kapitel 5 auch gesondert analysiert wird. Nur wenige Antworten kamen aus den neuen Ländern. Mit 41% zu 59% recht ausgewogen stammen die Fragebögen von NRO's und Kommunen, was eine gute Vergleichbarkeit beider Zielgruppen ermöglicht. Innerhalb dieser Organisationen war die Umfrage „Chefsache“: Über 50% der Antwortenden sind auf Leitungsebene aktiv. Und es haben überwiegend die „alten Hasen“ reagiert; denn viele derer, die geantwortet haben, sind schon seit Mitte der 1990er Jahre im Amt. Die Männerquote liegt entsprechend leicht erhöht bei 59%. Stolze 80% derer, die uns antworteten, haben einen Agenda 21-Beschluss vor Ort. Diese können dann vermehrt auch weitere konkrete Beschlüsse vorweisen, zumeist in den jüngeren Jahren seit 2000 verabschiedet: 13% haben politi-

sche Beschlüsse zum fairen und sozialen Beschaffungswesen, 21% zu ausbeuterischer Kinderarbeit und 18% zu Städtepartnerschaften nach dem Tsunami getroffen. Auffällig in Nordrhein-Westfalen ist, dass der Wert für das Beschaffungswesen (23%) und für die Millennium-Entwicklungsziele (15%) etwa doppelt so hoch liegt wie im gesamten Bundesgebiet. Oberste Priorität bei allen Akteuren genießen aber, bei aller Freundschaft zur Einen Welt, die tagespolitischen Themen in der lokalen Öffentlichkeit: Schaffung von Arbeitsplätzen, Förderung von Kindern und Jugendlichen und zukunftsfähige Stadtentwicklung. Ressourcenschutz, demographischer Wandel, Bürgerbeteiligung und Integration können hier nicht mithalten.

Wie Sie arbeiten. Antworten zur Eine-Welt-Arbeit

Satte 84% der antwortenden Kommunen und 94% der NROs betreiben Eine Welt Arbeit und benennen einhellig ihre diesbezüglichen „Topthemen“: Fairer Handel, Öffentlichkeitsarbeit, Bildung für nachhaltige Entwicklung sowie allgemein entwicklungspolitische Themen. Ob unter letztere auch die Millennium Development Goals fallen, ist zu wünschen, denn ein im Vergleich zu den NRO's nur geringer Teil der Kommunen nennt dieses Thema explizit. Nimmt man Städte-, Schul- und Projektpartnerschaften zusammen, ergibt sich ein weiteres Schwerpunktthema für beide Gruppen. Bei allen Partnerschaftsaktivitäten ist die Zielregion Nr. 1 Afrika. Die Aktionsformen von NRO's und Kommunen sind ihren Schwerpunktsetzungen angepasst: PR, Schul- und kulturelle Aktionen stehen bei beiden Gruppen im Vorder-

grund, wobei hier auch Unterschiede auffallen: Kommunen bedienen stärker die Agenda-Gremien, während NRO's mehr mit Publikationen und politischer Einflussnahme arbeiten. Politisch zu „beschirmen“ wissen ihre Aktivitäten aber zielgruppenübergreifende 80%. Zu 55% sind die Schirmherren Bürgermeister und Landräte. Nicht nur der Kontakt zur Politik, sondern auch der zu ihresgleichen wird systematisch von den Zielgruppen gepflegt: Erfreuliche 66% der Kommunen und 87% der NRO's nutzen die Möglichkeiten insbesondere kommunaler und bundesweiter Netzwerke. Die Teilnahme an internationalen Netzwerken wie ICLEI, UNESCO oder UNICEF ist zwar noch gering, nimmt aber seit 2002 eindeutig zu. Auffällig ist hier, dass fast 2/3 der Befragten mit internationaler Netzwerkanbindung aus Nordrhein-Westfalen stammen. Der vorsichtige Trend zur Internationalisierung zeigt sich ebenso im geplanten Ausbau der Projektaktivitäten. Bundesweit planen 25% der befragten Kommunen, die ihre Projekte ausweiten wollen, künftig im Ausland noch aktiver zu werden, und das trotz der kommunalrechtlichen Streitigkeiten zu diesem Thema; NRO's und Kommunen in Nordrhein-Westfalen planen dies sogar zu 39%. Insgesamt setzen die Akteure aber mehr auf Konsolidierung ihrer Projekte als auf Erweiterungspläne. 57,5% planen keinen Ausbau der Eine Welt Arbeit. Immerhin sind es nicht mehr 63% wie in der Umfrage 2002, was man als positives Zeichen werten kann. Besorgniserregend ist indes, dass nur 28% der Befragten aus Nordrhein-Westfalen eine Projekterweiterung planen. Hier zeigen sich die negativen Auswirkungen der Mittelkürzung auf Landesebene seit 2005 insbesondere für kommunale Eine Welt Arbeit.

Womit Sie arbeiten. Antworten zur Struktur der Arbeit.

Warum aber die Zurückhaltung in der Projektplanung? Das Votum von NRO's und Kommunen ist eindeutig: es fehlt an Ressourcen, Personal und Finanzen. Das bundesweite Kommunalvotum von 58% bei diesen Hemmnissen wird von Nordrhein-Westfälischen Kommunen mit 85% noch deutlich überboten. Als ein weiteres Hemmnis wird deutschlandweit mangelndes öffentliches Interesse beklagt, wobei NRO's hier stärker Medienberichterstattung und Politik in die Kritik nehmen und die Kommunen mehr Bürgerbeteiligung einfordern. Diese Mängeliste hat sich gegenüber 2002 nicht verändert.

Haupthemmnis Personal: 55% haben auf die Frage nach hauptamtlichen Mitarbeitern für Eine Welt Arbeit gar nicht reagiert (in Nordrhein-Westfalen 63,5%) und das spricht für sich. In den übrigen Kommunen sind zu über 60% nur maximal 2 hauptamtliche Mitarbeiter zuständig, in den NRO's scheint die Lage mit 44% im Bereich 3-10 Mitarbeiter etwas entspannter.

Haupthemmnis Finanzen: Hier haben sich 30% der Befragten zu „Betriebsgeheimnissen“ nicht geäußert. Spitzenränge in der Finanzierung nehmen die Geldquellen Spenden (23%), kommunale Haushaltsmittel (18%) und Fördermittel der Länder (17%) ein. Letztere belegen in der Befragung für Nordrhein-Westfalen den ersten Rang mit 22%. Landesmittel sind für Kommunen und NRO's sehr wichtig. Bundesmittel nehmen für NRO's noch 14% ein, spielen aber für Kommunen fast keine Rolle (4%). Die Bundes- und besonders die EU-Förderung haben insgesamt an Bedeutung verloren. An ihrer statt haben die Kirchen- (2002: 4%; 2006: 14%) und Stiftungsmittel (2002: 4,5%; 2006: 11,5%) stark zugelegt. Die Finanzlage ist somit

keineswegs entspannter, aber wohl etwas diversifizierter als 2002.

Wie man sich unter diesen Umständen hilft? Am besten gegenseitig und in Kooperation mit lokalen Partnern: Eine Welt Vereine, Kirchen, Schulen und Umweltgruppen werden hier favorisiert. Kirchen kooperieren häufiger mit NRO's, Kommunen arbeiten häufiger mit Umweltgruppen und Kindergärten. Kooperative Strukturen gibt es also, sie sind sogar zu fast 30% kontinuierlicher Art. Aber diese Strukturen vor Ort wissen zu wenig voneinander. 61% (in Nordrhein-Westfalen ganze 80%) der Befragten konnten nicht beantworten, ob in ihrer Kommune überhaupt ein Netzwerk zur Eine Welt Arbeit existiert. Und von denen, die etwas dazu wussten, überwiegen mit 58% die NRO's. Es zeigt sich: Wer Kooperationen pflegt, arbeitet auch vernetzt und, das kann nicht verwundern, schätzt die Transparenz zwischen Kommunalverwaltung und Bürgerschaft auch besser ein. NRO's und Kommunen verneinen jedoch jeweils mit bedenklichen ca. 20%, dass es hier eine transparente Kommunikation gäbe. Immerhin 79% der Kommunen, aber nur 35% der NRO's bejahen diese Frage. Hier gibt es noch viel zu tun, um neue Möglichkeiten der Kooperation, Vernetzung und Transparenz zu erreichen.

Wie Sie die Servicestelle sehen. Antworten zur Servicestelle.

Ca. 70% derjenigen, die auf die Umfrage geantwortet haben, standen vorher mit der Servicestelle in Kontakt. Bei den übrigen 30% wurde offensichtlich zwischen „kennen“ und „Kontakt haben“ differenziert. Denn bekannt ist die Servicestelle allen, wesentlich durch Informationsdienstleistungen (Eine Welt Nachrichten) und „faire“ Aktivitäten (Fairer Handel, faires Beschaffungswesen, Wettbewerb Hauptstadt des Fairen Han-

dels). In Sachen Bedarfsgerechtigkeit ist das ein Grund zur Freude für die Servicestelle, denn faire Aktivitäten nehmen zugleich oberste Priorität unter den Themenschwerpunkten von NRO's und Kommunen ein. Betrübblich ist indes, dass die meisten Befragten die Servicestelle noch nicht mit der Vor-Ort-Beratung in Verbindung bringen und dass sogar manche die Servicestelle als teuer empfinden, obgleich alle ihre Leistungen kostenfrei sind. Alles in allem ist die Servicestelle in Punkto Freundlichkeit, Verlässlichkeit, Kooperation und Kompetenz sehr positiv beurteilt worden. Es gilt jedoch aufzuhorchen, wenn sich über 30% der Antwort zu Charaktereigenschaften der Servicestelle enthalten und zwischen 3-7% mangelnde Bescheidenheit, Neutralität und partizipative Ansätze monieren. Daran muss und wird weiter gearbeitet werden.

1. Einleitung und allgemeine Informationen

1.1 Zum Aufbau des Fragebogens

Bei der Konzipierung der Umfrage galt es einen möglichst umfangreichen Fragebogen¹ zu entwickeln, der sich weitgehend an der Befragung von 2002² orientiert, trotzdem kurz bleibt und eine Vergleichbarkeit einiger Untersuchungsergebnisse zwischen beiden Befragungen gewährleistet. Der Fragebogen wurde in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städtetag, der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, dem Deutschen Landkreistag, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund, dem Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. und der Arbeitsgemeinschaft der Landesnetzwerke abgestimmt und entwickelt.

Die Auswahl der Fragen ermöglicht es, vielfältige und umfassende Informationen zu verschiedenen Bereichen gesammelt. Im Unterschied zu 2002 wurden auch einige Änderungen und Ergänzungen vorgenommen, auf die noch genauer eingegangen wird.

So entstand schließlich ein vierseitiger Fragebogen, der überwiegend durch ankreuzen der zutreffenden Antworten auszufüllen war. Bei Bedarf hatten die Befragten auch die Möglichkeit, weitere Erläuterungen in dafür vorgesehenen

Textzeilen einzutragen, oder die angegebenen Antwortmöglichkeiten zu erweitern.

Ein besonderer Unterschied im Bezug zu 2002 bezieht sich auf die Form der Erhebung: Zusätzlich zu einem schriftlichen Versand der Fragebögen wurde auch eine Online-Variante ins Netz gestellt, die über die Homepage der Servicestelle erreichbar und zu beantworten war.

Neben den notwendigen allgemeinen Informationen, die in der Umfrage abgerufen wurden, gliedert sich der Fragebogen in vier Teilbereiche.

Der erste Abschnitt gilt der Erhebung allgemeiner Informationen, wie Name, Adresse und Bundesland. Ansprechpartner und Anschrift sollten zu verschiedenen Zwecken angegeben werden. Sie geben z.B. Aufschluss über die Verhältnismäßigkeit von weiblichen und männlichen Akteuren. Die Anschrift wurde für das Zusenden dieses Dialog Globals als Dankeschön genutzt und auch für eventuelle Rückfragen benötigt. Personendaten und Analysedaten sind nicht mehr verknüpft (Datenschutz).

Außerdem werden Angaben über die Form der Gebietskörperschaft und Einwohnerzahlen erfragt. Damit Kommunen von Nichtregierungsorganisationen bei der Analyse unterschieden werden können, ist auch, nach der Art der Einrichtung bzw. der Organisation gefragt worden. Ebenso wurde nach der Beteiligung an der Umfrage 2002 gefragt.

Wie auch in der ersten Umfrage wurde viel Wert auf die Information über den Beschluss zur lokalen Agenda 21 gelegt, in der aktuellen Befragung aber wurde

¹ Der Fragebogen kann im Anhang eingesehen werden (ab Seite 100).

² Die Umfrage 2002 ist dokumentiert in der Schriftenreihe Dialog Global: Globales Handeln lokal verankern. Befragung 2002 der Kommunen und Nichtregierungsorganisationen zum Stand der Lokalen Agenda 21 und der Eine-Welt-Arbeit in Deutschland. Januar 2003. (Download über die Homepage der Servicestelle möglich, Druck ist vergriffen)

diese um die Angabe der Jahreszahl ergänzt. Außerdem wurde aufgrund der Aktualität bestimmter Themen nach der Existenz weiterer politischer Beschlüsse in der Kommune bzw. im Kreis gefragt. Dazu zählen die Mitgliedschaft im Klimabündnis e.V., Beschlüsse zum fairen/sozialen Beschaffungswesen, Beschlüsse zur Vermeidung ausbeuterischer Kinderarbeit bei der Beschaffung, Beschlüssen zu den Millenniums-Entwicklungszielen, zum Bürgerbeteiligungshaushalt, zu Projekt-/Städtepartnerschaften vor und nach dem Tsunami.

Eine weitere Ergänzung ist die Einschätzung des Stellenwerts bestimmter Themen in Gebietskörperschaften. Dabei sollte zu politischen Themen, wie beispielsweise der Schaffung von Arbeitsplätzen, Bürgerbeteiligung oder dem demografischen Wandel eine Rangfolge angegeben werden.

- ② Der zweite Abschnitt „Fragen zur Eine-Welt-Arbeit“ bezieht sich auf die Inhalte und die Art der Umsetzung. Zunächst wird als Ausschlussfrage die grundlegende Frage nach der Eine-Welt-Arbeit gestellt. Anschließend wird eine Auswahl verschiedener Handlungsfelder aufgelistet, die sich in einigen Aspekten von der ersten Umfrage unterscheiden (zusätzliche Frage nach Partnerschaften). Die Befragten sollten hier ankreuzen, welche Handlungsfelder ihre Kommune bzw. ihr Kreis mit der Einen-Welt-Arbeit abdeckt. Außerdem wurde ermittelt, wer im Rathaus bzw. im Kreistag an der Spitze der Aktivitäten als Schirmherr fungiert.

Wie auch schon 2002 wurde schließlich auch nach den Aktionsformen gefragt. Weitere wichtige Eckpunkte bilden die Fragen nach der Erweiterung bestehender Projekte und der Vernetzung.

- ③ Im dritten Abschnitt „Fragen zur Struktur der Eine-Welt-Arbeit“ stimmen die ersten fünf Fragen mit der ersten Umfrage überein. Es wird nach zur Verfü-

gung stehenden Kapazitäten wie Personal und Finanzen gefragt. Die Frage nach dem Personal unterscheidet zwischen hauptamtlichen Stellen und ehrenamtlichen Aktiven. Hinsichtlich der Finanzen sollte die Art der bezogenen Mittel angekreuzt werden. Zwei andere Fragen betreffen die Rückkopplung der Agenda-Aktivitäten zwischen Verwaltung und Bürgerschaft, sowie die Zusammenarbeit von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren.

Ergänzend wurde hier die Frage nach Organisationen gestellt, die in den Prozess vor Ort mit einbezogen werden.

Die letzte Frage dieses Abschnittes, beschäftigt sich mit den Hemmnissen, die in der Eine-Welt-Arbeit auftreten können und bei der die Befragten gefordert waren sich auf die Ihrer Meinung nach drei wichtigsten Hemmnisse zu beziehen.

Der letzte, neu konzipierte, vierte Abschnitt ④ bezieht sich auf die Tätigkeit und Bewertung der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Er fragt sowohl nach dem Kontakt und der Beziehung zur Servicestelle als auch nach den Themen, Aktivitäten und Eigenschaften, die mit der Servicestelle in Verbindung gebracht werden. Die letzten beiden Fragen beschäftigen sich mit der Nutzung des Angebots des Newsletters „Eine-Welt-Nachrichten“ und der Homepage www.service-eine-welt.de.

Die hier beschriebene Gliederung des Fragebogens (abgedruckt ab Seite 100) bildet auch die Grundlage für die Datenanalyse und Darstellung der Ergebnisse in diesem Heft.

1.2 Rücklauf und Antwortverhalten

Für die Befragung „Globales Handeln lokal verankern“ sind von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt insgesamt 2.795 Fragebögen (2.170 in 2002) versendet worden. Empfänger waren Kommunen und Nichtregierungsorganisationen im gesamten deutschen Bundesgebiet. Genutzt wurden dabei die Adressbestände der Servicestelle und des RGRE. Zusätzlich wurde, wie schon erwähnt, eine Online-Version, sowie eine pdf-Datei zum downloaden auf der Homepage zur Verfügung gestellt.

Für die Beantwortung der Umfrage wurde ein Zeitraum von zwei Monaten festgelegt. Bis zum 30. September sollten die Fragebögen an die Servicestelle zurückgesendet werden. Im Unterschied zur Befragung von 2002 wurde das Porto von der Servicestelle nicht übernommen.

Nach einem anfänglich guten Rücklauf, wurde das Antwortverhalten Ende August schleppender. Deshalb entschloss sich die Servicestelle, die an der Befragung teilnehmenden Institutionen per Mail, Newsletter und telefonisch noch einmal an die Umfrage zu erinnern.

Diese Maßnahmen förderten zwar den Rücklauf, insgesamt konnten aber nicht so viele Teilnehmer wie noch 2002 erreicht werden. So wurde eine Rücklaufquote von 8,7%, inklusive der online-Befragung von 9,9%, erzielt. Absolut bedeutet dies einen Rücklauf von 277 Fragebögen (statt 457 in 2002).

Die Gründe hierfür sind vielfältig. Ein Grund mag die Tatsache sein, dass die Servicestelle 2002 noch neu am Markt war und das Interesse an den Ergebnissen der Umfrage größer war als 2006. Hinzu kommt möglicherweise auch eine generelle Überhäufung mit Fragebögen

jeglicher Art, wie aus einigen Kommentaren der Befragten entnommen werden konnte.

Ebenso wurde bei der telefonischen Erinnerung deutlich, dass einige Aktive (Agenda-Beauftragte z.B.) nicht mehr auf ihrem Posten sind.³ Es bleibt schwierig jemanden zu definieren und innerhalb einer Institution zu identifizieren, der den Fragebogen beantworten soll bzw. kann.

Etwas enttäuschend verlief die online-Befragung, aus der man sich vor allem ein Mehrwert im Vergleich zur ersten Erhebung erhofft hatte. Insgesamt nutzten nur ca. 80 Personen das Internet. Als Problematik der Online-Befragung wurde moniert, dass alle Fragen beantwortet werden mussten, um in der Befragung weiter voranschreiten zu können. Möglicherweise wollten oder konnten einige der Befragten aber nicht alle Fragen beantworten, so dass die Umfrage damit abgebrochen wurde. Da erst in der Schlussphase der Befragung verstärkt der online-Bogen genutzt wurde, konnte auf Probleme nicht mehr komplett eingegangen werden. Alle Erkenntnisse gerade für dieses zukunftsfähige Tool werden bei weiteren Befragungen sicherlich einfließen.

Letztlich ist die Rücklaufquote nicht genau zu begründen. Immerhin ist nicht auszuschließen, dass der hohe Rücklauf der ersten Befragung die Überraschung war und nicht die aus 2006.

Das Antwortverhalten soll an dieser Stelle aber noch etwas differenzierter betrachtet werden. Neben der Charakteristik der Befragten soll auch untersucht werden, woher die Antworten kommen, bzw. wie sie sich auf das Bundesgebiet verteilen. Diese Verteilung im Bundes-

³ Allerdings kamen nur 17 Umschläge als "unzustellbar" zurück.

gebiet wird anhand der 16 Bundesländer diskutiert.⁴

Was die **Geschlechterverteilung** der Befragten anbelangt zeigt sich: 59% männlichen und 41% weiblichen Geschlechts.

Ebenso wurde im ersten Fragenblock nach der **Funktion** der Beteiligten gefragt. Die Mehrzahl derjenigen Befragten, die den Fragebogen beantworteten haben, hat eine leitende Funktion inne (33,5%). Darunter versteht sich die Ebene eines Bürgermeisters, Abteilungs- oder Referatsleiters. Gefolgt wird diese Gruppe von der Beantwortung durch Agenda- bzw. Umweltbeauftragte (19,8%), sowie durch Sachbearbeiter oder Angestellte (17,9%). Betrachtet man die Funktion differenziert nach Kommune und Nichtregierungsorganisation (siehe Tab. 1) zeigen sich naturgemäß vor allem Unterschiede bei der Beantwortung durch Geschäftsführer/-in, Vorsitzenden/Vorstand und Agenda- bzw. Umweltbeauftragte. Während vor allem in den Kommunen die Beantwortung der Fragebögen in die Verantwortung von leitenden Funktionen (35,0%) und Agendabeauftragten (30,6%) fiel, wurde von den Nichtregierungsorganisationen der Fragebogen neben der leitenden Funktion, eher von Vorsitzenden oder Vorstandsmitgliedern (28,9%) und Geschäftsführern (17,5%) beantwortet.

Insgesamt kann man sagen, dass die Beantwortung als "Chefsache" betrach-

⁴ Bundesländer sind bei der Auswertung der Befragung die kleinste räumliche Einheit.

Tab. 1: Funktion der beteiligten Befragten differenziert nach NRO und Kommune

Funktion	NRO		Kommune		Gesamt	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
leitende Funktion	30	30,9	56	35,0	86	33,5
Agenda/Umweltbeauftragter	2	2,1	49	30,6	51	19,8
Sachbearbeiter/Angestellter	11	11,3	35	21,9	46	17,9
Vorsitzender/Vorstand	28	28,9	1	0,6	29	11,3
Geschäftsführer/-in	17	17,5	4	2,5	21	8,2
Referent	6	6,2	11	6,9	17	6,6
Sonstiges	3	3,1	4	2,5	7	2,7
Gesamt	97	100,0	160	100,0	257	100,0

*) von 277 Befragten machten 20 keine Angabe über Ihre Funktion

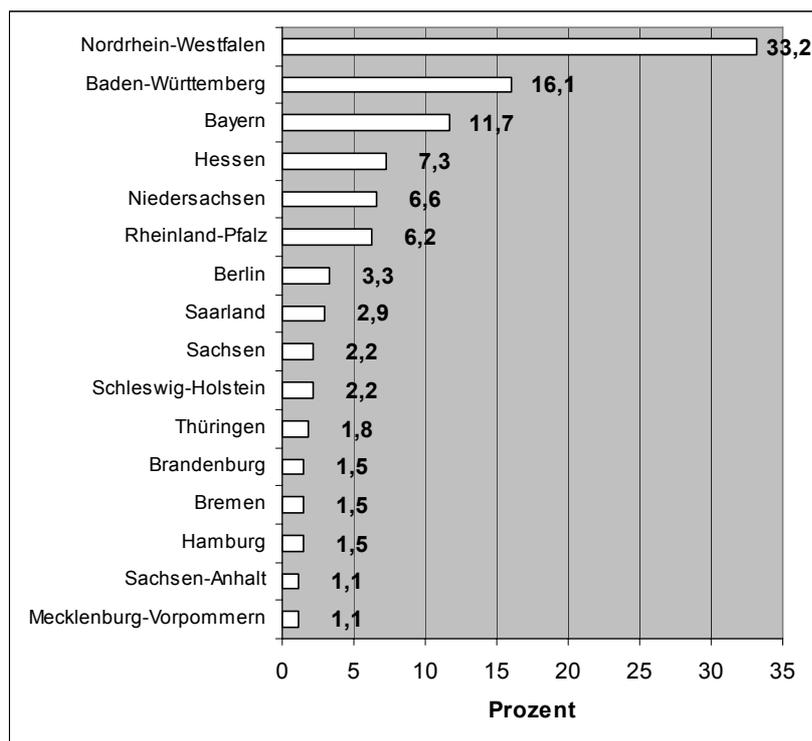
tet wurde. Dadurch kann ein allgemein gültigeres Abbild der Meinung der Institution selbst vermutet werden.

Betrachtet man die Dauer der **Beschäftigung** der Befragten in dieser Funktion, wird deutlich, dass die Mehrheit der Befragten (39,1%) ihre derzeitige Funktion seit Mitte der 1990er Jahre inne haben. Ferner fallen 30% auf die Jahre 1996-2000 und knapp 39% auf die Zeit in bzw. nach 2001.

Dies unterstreicht auch, dass eine kontinuierliche Themenbearbeitung durch die Antwortenden gegeben ist, wodurch deren Aussagekraft steigt. Diese relative Kontinuität ist als positiv zu werten. Zu erkennen an diesen Daten ist aber auch die Wirkung der Weltkonferenzen (z.B. Rio 1992), wodurch Personen diese Inhalte zugeordnet wurden bzw. übernommen haben.

Betrachtet man die prozentualen Anteile der Fragebögen, getrennt nach **Bundesländern** (Abbildung 1), so ergibt sich folgende Verteilung: Nordrhein-Westfalen steht mit 33% der beantworteten Fragebögen weit vor allen anderen Bundesländern.⁵ Es folgen Baden-Würt-

⁵ Hier bot sich ferner eine gesonderte statistische Betrachtung an, siehe Seite 67ff.

Abb. 1: Rücklauf aus den Bundesländern

temberg mit 16% und Bayern mit einer Beteiligung von 11%. Hessen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz schließen sich mit jeweils 7 bzw. 6% an. Nur noch Berlin weist eine Rücklaufquote von 3% auf. Die Quote der restlichen Bundesländer, vor allem die der neuen Bundesländer liegt deutlich unter 3%. Am Ende der Liste befinden sich aber auch Bremen und Hamburg; als Stadtstaaten haben sie eine erheblich geringere Gesamtzahl an Beschlüssen zur Agenda.

Diese Ergebnisse des Rücklaufverhaltens sind weitgehend deckungsgleich mit der Umfrage von 2002. Lediglich Hessen hatte damals ein besseres Antwortverhalten von 11%.⁶

Der besonders hohe Anteil von Nordrhein-Westfalen (33%) überrascht nicht, da es das Bundesland mit der höchsten

Besiedlungsdichte in der Bundesrepublik ist und zu den abgefragten Themen seit vielen Jahren als "Musterland" bezeichnet wird. Auch Baden-Württemberg, Hessen, Bayern und Niedersachsen gehören zu den stärker besiedelten Bundesländern.

Hier zeigt sich deutlich, dass die prozentualen Anteile des Rücklaufs mit der Besiedlungsdichte der Bundesländer zusammenhängen. Die Fläche und Besiedlungsdichte fällt je nach Bundesland unterschiedlich aus. Deshalb ist hier keine unmittelbare Vergleichbarkeit unter den einzelnen Bundesländern gegeben. Es ist notwendig

die Bundesländer miteinander in Relation zu setzen. Um eine vergleichbare Verteilung des Rücklaufes für die Bundesländer darstellen zu können, wurden deren Einwohnerzahlen herangezogen. Die Anzahl der eingegangenen Fragebögen wurden mittels der Einwohner für jedes Bundesland in Relation gesetzt. Auf diese Weise ließ sich berechnen, wie viele Einwohner auf einen beantworteten Fragebogen entfallen. In der tabellarischen Darstellung (Tabelle 2) sind die Werte in aufsteigender Reihenfolge dargestellt. Je mehr Einwohner pro beantworteten Fragebogen errechnet wurden, desto geringer ist die Rücklaufquote für das Bundesland; dadurch ergibt sich ein ganz anderes Bild:

Das Saarland, Bremen und Nordrhein-Westfalen haben die stärksten Rücklaufquoten gebracht. Auf einen beantworteten Fragebogen kommen 0,13 Millionen Einwohner im Saarland, 0,17 Millionen Einwohner in Bremen und 0,20 Millionen

⁶ In beiden Umfragen wurde statistisch nicht erfasst, wie viele Fragebögen in einzelne Bundesländer gingen.

Einwohner in Nordrhein-Westfalen. Unter den Top 5 liegen mit 0,24 bzw. 0,25 Millionen Einwohnern außerdem Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg.

Im Mittelfeld liegen die Länder Hessen, Berlin, Bayern, Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen, deren Werte zwischen 0,30- und 0,50 Millionen Einwohner pro Fragebogen liegen.

Schlusslichter sind ausschließlich neue Bundesländer.

Neben der räumlichen Ausbreitung, müssen auch die **Befragten** differenziert betrachtet werden. Durch den Fragebogen sind sowohl Kommunen als auch Nichtregierungsorganisationen erfasst worden. Die Befragten bilden daher keine homogene Gruppe. Eine getrennte Betrachtung der jeweiligen Gruppen ermöglicht es, die Resultate beider Gruppen miteinander zu vergleichen.

Das Flussdiagramm der Befragten (Abb. 2) zeigt, dass 58,9 % aller zurückgesendeten Fragebögen von Kommunen beantwortet wurden. 41,1% haben Nichtregierungsorganisationen beantwortet. Sieben Fragebögen konnten mangels fehlender oder unvollständiger Angaben keiner der beiden Gruppen zugeordnet werden.

Anders als in der Befragung von 2002 ist die Beteiligung der beiden Gruppen relativ ausgeglichen, was den Vergleich der Aussagen verbessert. In 2002 zeigten die Kommunen ein deutlich stärkeres Interesse zur Teilnahme an der Umfrage (72%). Nichtregierungsorganisationen fühlten sich durch den Fragebogen damals weniger angesprochen (23%).

Tab. 2: Antwortverhalten nach Bundesländern

Rang	Bundesland	Mio. Einwohner pro beantworteten Fragebogen
1	Saarland	0,13
2	Bremen	0,17
3	Nordrhein-Westfalen	0,20
4	Rheinland-Pfalz	0,24
5	Baden-Württemberg	0,25
6	Hessen	0,30
7	Berlin	0,38
8	Bayern	0,39
9	Hamburg	0,44
10	Niedersachsen	0,44
11	Schleswig-Holstein	0,47
12	Thüringen	0,47
13	Mecklenburg-Vorpommern	0,57
14	Brandenburg	0,64
15	Sachsen	0,71
16	Sachsen-Anhalt	0,82

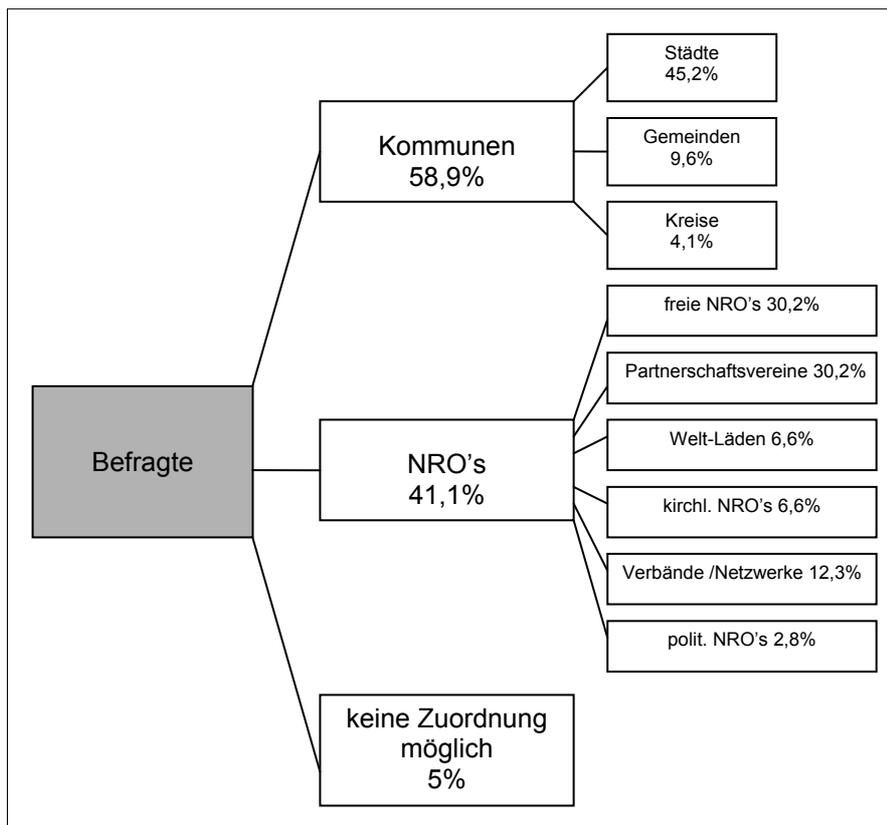
Beide befragten Gruppen gliedern sich in weitere Untergruppen auf. Die Nichtregierungsorganisationen bilden folgende verschiedene Rubriken:

- freie NRO's
- kirchliche NRO's
- politische NRO's
- Partnerschaftsvereine
- Weltläden
- Verbände/Netzwerke

Bei den Kommunen wird nach Gebietskörperschaftstypen getrennt: Städte, Gemeinden und Kreise.

Bei den Nichtregierungsorganisationen haben freie Organisationen und Partnerschaftsvereine mit jeweils 30,2% den höchsten prozentualen Anteil am Rücklauf.

Die Übersicht (Abbildung 2) der befragten Kommunen zeigt, dass beim Antwortverhalten ein deutlicher Schwerpunkt auf den Städten liegt. Die Fragebögen, die von Kommunen beantwortet

Abb. 2: Gesamtübersicht der Befragten

neue erreicht wurden zeigt auch, dass die angesprochene Klientel auch neu für die Themen und Fragen interessiert werden konnte. Rein statistisch sind im Rahmen der Umfrage über 150 Befragte als gänzlich neu in der Datenbank der Servicestelle erfasst worden.

wurden, kommen zu 45,2% aus Städten. 9,6% sind von Gemeinden und 4,1% von Kreisen ausgefüllt worden. Diese Tendenz konnte auch schon 2002 beobachtet werden. Dies bedeutet auch, dass die Servicestelle diese Gruppe besonders anspricht und auch einen Schwerpunkt im Adressdatenbestand darstellt.

Bezüglich der **Beteiligung**⁷ in 2006 und an der Umfrage von 2002 konnte festgestellt werden, dass 43% der Befragten noch einmal erreicht werden konnte. 54% haben sich zum ersten mal an der Umfrage beteiligt und bei 2% der Befragten konnte keine klare Zuordnung getroffen werden. Immerhin verbessert dieser gute Wert den Vergleich mit 2002, da die eventuellen Veränderungen auf eine relativ große Anzahl von Wiederholern aufbauen kann. Das viele

⁷ Frage I.1 im Fragebogen.

1.3 Politische Beschlüsse in den Kommunen und Kreisen

Anders als in der Umfrage von 2002 sollten diesmal alle Beteiligten deutlich mehr Angaben über das Vorhandensein bestimmter politischer Beschlüsse in ih-

Tab. 3: Existieren zu folgenden Inhalten in Ihrer Kommune / Kreis politische Beschlüsse?

Inhalte	ja		Gesamt	
	abs.	in %	abs.*)	in %
Lokale Agenda 21	207	82,5	251	100,0
Klima-Bündnis e.V.	101	43,9	230	100,0
Beschaffungswesen	47	12,6	218	100,0
Kinderarbeit	45	20,9	215	100,0
Millenniums-Entwicklungsziele	16	7,6	210	100,0
Bürgerbeteiligungshaushalt	20	9,5	211	100,0
Städtepartnerschaft vor Tsunami	83	38,1	218	100,0
Städtepartnerschaft nach Tsunami	37	18,0	206	100,0

*) zu den 277 Befragten machte die jeweilige Differenz keine Angabe

rer Kommune bzw. in ihrem Kreis machen, dazu zählten auch die befragten Nichtregierungsorganisationen. Ebenso wurde nach dem Beschlussjahr des jeweiligen Inhalts gefragt.⁸

Ein unmittelbarer Vergleich zur ersten Befragung kann nur zum Beschluss der Lokalen Agenda 21 gezogen werden. Aus Tabelle 3 wird deutlich, dass Kommunen/Kreise mit Agenda-Beschluss deutlich in der Mehrheit sind. Ihr Anteil beträgt 82,5%, während nur 17,5% der Kommunen keinen Beschluss haben. Die Ergebnisse der ersten Untersuchung sind dabei fast deckungsgleich, was sich auch durch die hohe Wiederholerquote an schon einmal Befragten erklären lässt.

Wie erklärt sich der besonders hohe Anteil der Kommunen mit Beschluss zur lokalen Agenda 21? Von allen Kommunen, die auf den Fragebogen geantwortet haben, sind 85% in der lokalen Agenda aktiv. Sicherlich haben Agenda-

Kommunen ein größeres Interesse an einer solchen Umfrage teilzunehmen, so dass sich allein durch diesen Aspekt schon ein höherer Anteil ergeben kann. Darüber hinaus konnte der Fragebogen in Agenda-Kommunen eher einer zuständigen Person zugeordnet werden,

während in Kommunen ohne Beschluss die Zuständigkeit nicht immer deutlich gewesen sein mag. Möglicherweise kann der Fragebogen aus diesem Grund dort häufiger unbeantwortet geblieben sein. In den letzten Jahren ist ein Trend erkennbar, dass Kommunen konkretere Beschlüsse als politische Bausteine (z.B.

zur ausbeuterischen Kinderarbeit) nutzen. Hier erhöhen sich die Beschlusszahlen, während sie zu den "Klassikern" der Agenda oder dem Klima-Bündnis stagnieren. Dieser Trend, Aufgaben und Inhalte zu konkretisieren, macht die Eine-Welt-Thematik griffiger.

Bei Beschlüssen überhaupt muss angemerkt werden, dass Beschlussrücknahmen kaum vorkommen; dann wird eher das Thema nicht mehr behandelt.

Die Kommunen mit Beschlüssen sind unterschiedlich lang in der **lokalen Agenda 21** aktiv. In welchen Jahren die Beschlüsse gefasst worden sind, zeigt das Diagramm „Beschlussjahre der Agenda-Kommunen“ (Abbildung 3). Nicht berücksichtigt wurden die Antworten ohne Jahreszahl (24 Fragebögen).

Neben den aus der Umfrage ermittelten Angaben sind zusätzlich die Beschlussjahre aller Agenda-Kommunen des ge-

⁸ Frage I.2 im Fragebogen

samten Bundesgebietes als Vergleichswerte herangezogen worden⁹.

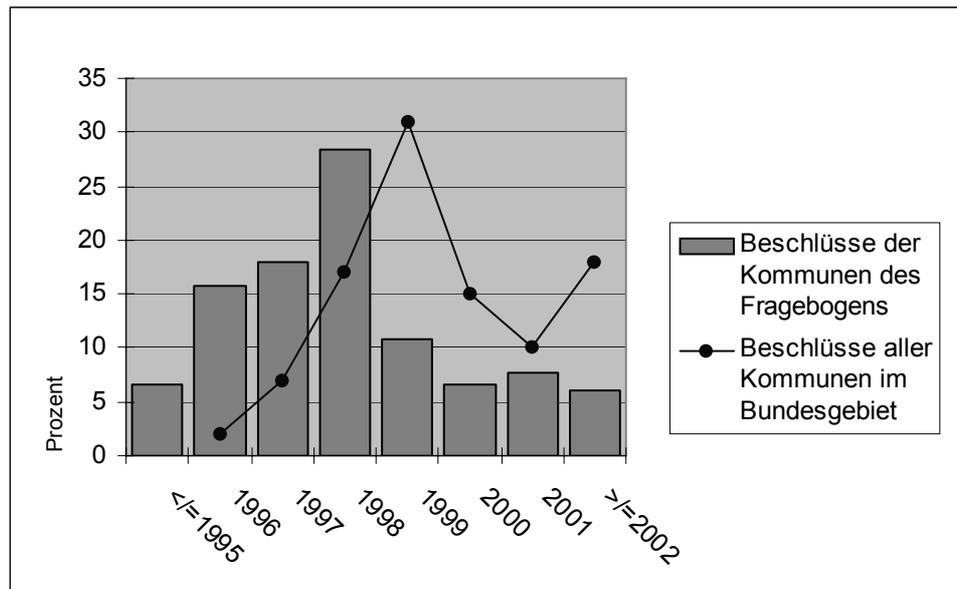
Die Prozentwerte aus der Umfrage sind als Balken dargestellt. Die Vergleichswerte von allen kommunalen Gebietskörperschaften werden durch eine Linie mit dazugehörigen Datenpunkten gezeigt.

Im Vergleich lassen sich gewisse Parallelen hinsichtlich einer prozentualen Verteilung der Beschlüsse erkennen. Lediglich die Jahre, in denen die Beschlüsse gefasst wurden, sind leicht verschoben. Zunächst steigen die Beschlüsse kontinuierlich an. Bei den Kommunen aus den Fragebogen liegt der Höhepunkt mit 28% im Jahr 1998. Nach den Zahlen für alle kommunalen Gebietskörperschaften des Bundesgebietes liegt der Höhepunkt bei 31%, jedoch erst 1999, ein Jahr später. Danach nehmen die Zahlen in beiden Fällen wieder ab. Keine Parallele existiert für das Jahr 2002. Während die Zahlen aus der Umfrage mit nur 6% rückläufig sind, steigen die Beschlüsse aller Agenda-Kommunen mit 18% wieder an.

Es zeigt sich also eine weitgehend repräsentative Verteilung der starken Jahre zur Beschlussfassung von Agenda-Beschlüssen.

Da der Beschluss zur Lokalen Agenda einen großen Stellenwert für die Einwelt-Arbeit hat, wurde des weiteren untersucht, wie sich das Vorhandensein

Abb. 3: Beschlussjahre der Agenda-Kommunen



eines Beschlusses zur Lokalen Agenda auf die politische Beschlusslage der weiteren erfragten Inhalte auswirkt. Dabei wird schnell offensichtlich, dass sich das Vorhandensein eines Beschlusses zur Lokalen Agenda sehr positiv auf die Existenz der weiteren aufgeführten Beschlüsse auswirkt. Zwar gaben insgesamt nur 44 Befragte an, dass in Ihrer Kommune kein Beschluss zur Lokalen Agenda besteht, es wird aber deutlich, dass diese auch kaum Beschlüsse zu anderen Inhalten besitzen. Jeweils unter bzw. nur drei Angaben wurden gemacht zur Existenz der Beschlüsse vom Klimabündnis e.V., des fairen Beschaffungswesens, der Vermeidung von Kinderarbeit, der Millenniums-Entwicklungsziele und der Städtepartnerschaft nach dem Tsunami. Zum Bürgerbeteiligungshaushalt weist keiner der Befragten ohne Beschluss zur Lokalen Agenda einen Nachweis auf, bei der Städtepartnerschaft vor dem Tsunami sind es allerdings 14. Dies lässt sich möglicherweise dadurch erklären, dass die Städtepartnerschaften nicht unmittelbar mit der Lokalen Agenda zusammenhängen und wie später noch ersichtlich wird, eine lange Traditi-

⁹ Quelle der Daten für alle kommunalen Gebietskörperschaften im Bundesgebiet: Agenda-Transfer.

on in einigen Städten haben, die bis in die 1950er Jahre zurückreichen.

Nach dem Beschluss zur lokalen Agenda, existieren zum **Klima-Bündnis** e.V. die zweit meisten Beschlüsse (101). Hier zeigt sich ein relativ ausgeglichenes Antwortverhalten. 43,9% der Kommunen weisen diesbezüglich einen politischen Beschluss auf, 56,1% nicht. Die beschlussstarken Jahre sind hier im Vergleich zur Lokalen Agenda etwas vorge lagert und liegen zwischen 1992 und 1995 (zwischen 12 und 15,7%). Bis zum Jahr 2000 wird dann eine Abschwächung deutlich.

Auf Rang drei der Existenz von Beschlüssen kann man die Städtepartnerschaft vor dem Tsunami finden. Hier zeigt sich, wie oben angedeutet, dass die Existenz von Städtepartnerschaften schon weiter, bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts zurückreicht, aber durchaus auch ein Phänomen der 1990er Jahre ist und sich somit unabhängig von der Einen-Welt-Arbeit mit anderem Hintergrund entwickelt hat. In den 1960er und 1970er Jahren wurde in 15 bzw. 12% der Kommunen ein Beschluss zur Städtepartnerschaft erreicht, in den 1980er und 1990er Jahren stieg die Zahl sogar auf 26 bzw. 29% an. Vom Jahr 2000 bis zum Tsunami nimmt die Zahl der diesbezüglichen Beschlüsse auf 7% ab.

Zwischen 30 und 50 Angaben wurden zu Beschlüssen zum fairen/sozialen Beschaffungswesen, zur Vermeidung ausbeuterischer Kinderarbeit und zu Städtepartnerschaften nach dem Tsunami gemacht. Hier besitzen nur noch zwischen 12 und 20% der Befragten Beschlüsse zu besagten Themen. Am wenigsten existieren bei den Befragten Beschlüsse

zu den Millennium-Entwicklungszielen und zum Bürgerbeteiligungshaushalt. Hier antworteten über 90% mit „nein“.

Betrachtet man die Angaben zum fairen/sozialen **Beschaffungswesen** zeigt sich, dass es sich hier offenbar um ein neueres Thema handelt und möglicherweise eine Interessensverschiebung in diese Richtung stattgefunden hat. Während vor 1999 in 29,7% aller Kommunen ein politischer Beschluss zu diesem Thema gefasst wurde, waren es zwischen dem Jahr 2000 und 2005 bereits 45,9% und allein im Jahr 2006 24,3%. Allerdings sind diese Ergebnisse aufgrund der geringen Fallzahlen mit Vorsicht zu interpretieren. Von den insgesamt 47 Befragten, die angaben, einen Beschluss zum Beschaffungswesen zu besitzen, machten zehn leider keine Angabe über die Jahreszahl.

Bei den Beschlüssen zur Vermeidung von ausbeuterischer **Kinderarbeit, Millenniums-Entwicklungszielen** und zum **Bürgerbeteiligungshaushalt** wird ebenfalls deutlich, dass es sich hier um aktuellere Themen handelt, die erst nach dem Jahr 2000 beginnen eine Rolle zu spielen.

Für die Existenz eines Beschlusses zur Vermeidung ausbeuterischer Kinderarbeit zeigt sich über die Jahre ab 2001, mit Ausnahme eines leichten Einbruchs in 2004, ein ausgeglichenes Beschlussverhalten mit jeweils Werten zwischen 17-25%.

Die Thematik des sozialen Beschaffungswesens stellt eine neue Qualität im kommunalen Handeln und auch eine Verknüpfung zu den lokalen Gruppen dar, denn oft stellen diese entsprechende Anträge an ihre Kommune für einen solchen Beschluss.

Für die **Städtepartnerschaft** nach dem Tsunami zeigt sich, trotz der geringen Fallzahl, wie erwartet, das Jahr 2005 als beschlussfreudigstes Jahr. Jedoch auch im Jahre 2006 wurde noch die ein oder andere Partnerschaft beschlossen.

1.4 Stellenwert bestimmter Themen

Bei der letzten Fragestellung¹⁰ zu diesem Kapitel sollten die Befragten den Stellenwert des jeweiligen Themas in ihrer Kommune/ihrem Kreis mittels einer Rangfolge einschätzen. Die einzuschätzenden Themen waren dabei:

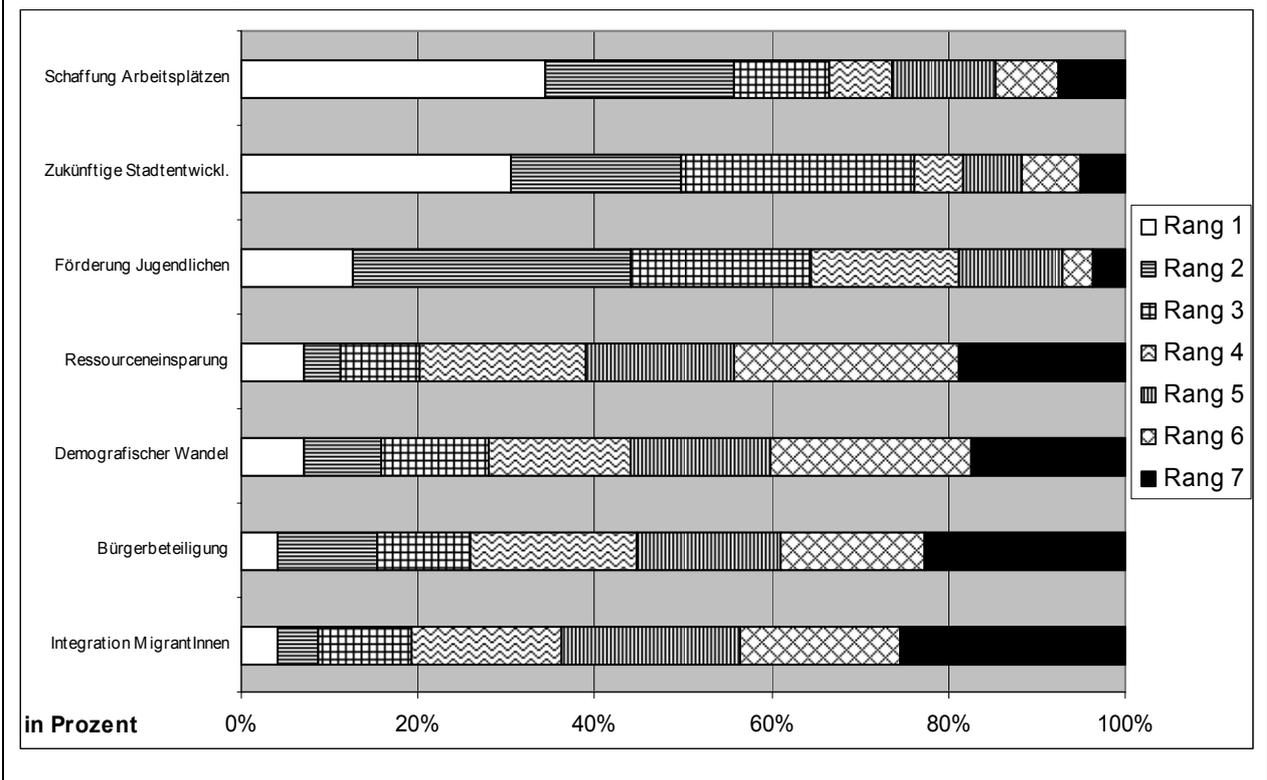
- zukunftsfähige Stadt-/Kreisentwicklung
- Förderung von Kindern & Jugendlichen
- Schaffung von Arbeitsplätzen
- Bürgerbeteiligung
- Demografischer Wandel
- Integration von MigrantInnen
- Ressourceneinsparungen

Bevor nun genauer auf die einzelnen Ergebnisse eingegangen wird, sollte festgehalten werden, dass diejenigen Themen durch eine geringe Rangwertung nicht per sé deklassiert werden. Vielmehr war bei dieser Fragestellung verlangt, Prioritäten zu setzen und jeden Rang nur ein Mal zu vergeben. Eine grafische Darstellung findet sich in Abbildung 4.

Es wird deutlich, dass eine klare Feststellung der Wertigkeit aller dieser zweifelsohne wichtigen Themen sehr schwierig ist. Dies ist möglicherweise auch ein Grund dafür, dass diese Frage von ca. 30% unbeantwortet geblieben ist.

Rang 1 (34,5%) nimmt die Schaffung von Arbeitsplätzen ein. Gleiches zeigt sich auch bei einer getrennten Betrachtung nach Nichtregierungsorganisation und Kommune, für die Nichtregierungsorganisationen. Die Kommunen hinge-

¹⁰ Frage I.3 im Fragebogen.

Abb. 4: Ranking der Themen

gen betrachten, wenn auch nur knapp (33,6%), die zukunftsfähige Stadtentwicklung als wichtigstes Thema vor der Schaffung von Arbeitsplätzen (32%). **Rang 2** belegt insgesamt die Förderung von Kindern und Jugendlichen. Hier zeigen die Nichtregierungsorganisationen eine knappe Entscheidung zur Wichtigkeit der zukunftsfähigen Stadtentwicklung (22,2% zu 25% Förderung von Kindern und Jugendlichen). **Rang 3** wird dann einheitlich für alle deutlich der zukunftsfähigen Stadtentwicklung zugeschrieben. Bei der Belegung im Mittelfeld von **Rang 4** zeigen sich insgesamt die größten Unterschiede. Während bei einer gesamten Darstellung die Bürgerbeteiligung und die Ressourceneinsparungen mit jeweils 18,8% belegt werden, liegt bei den Nichtregierungsorganisationen die Bürgerbeteiligung deutlich auf dem vierten Platz. Bei der Bewertung durch die Kommunen liefern sich die Integration von MigrantInnen

(20,8%) und die Ressourceneinsparungen (21,6%) ein Kopf-an-Kopf-Rennen.

Bei der Bewertung mit **Rang 5** zeigt sich eine Übereinstimmung bei der Betrachtung der Befragten insgesamt mit der Einzelbetrachtung der Kommunen. Hier wurde die Integration von MigrantInnen mit 20,3% bzw. 20,8% auf Rang 5 gewählt. Für die Nichtregierungsorganisationen scheint die Aussage am schwierigsten. Zwar entschieden sich 19,4% der Befragten dafür die Integration von MigrantInnen auf Rang 5 zu setzen, 18,1% wählten aber auch den demografischen Wandel, jeweils 13,9% entschieden sich dafür die Förderung von Jugendlichen und Kindern sowie die Bürgerbeteiligung mit Rang 5 zu bewerten.

Rang 6 wird bei der gesamten Analyse von der Ressourceneinsparung eingenommen. Die Nichtregierungsorganisationen schwanken zwischen der Integra-

tion von MigrantInnen und Ressourceneinsparung. Die Kommunen können sich nicht zwischen dem demografischen Wandel und den Ressourceneinsparungen entscheiden.

Bei der Belegung von **Rang 7** zeigt sich, dass die Nichtregierungsorganisationen erneut keine klare Priorität setzen können. Während der letzte Rang bei der gesamten Betrachtung und im Falle der Kommunen mit der Integration von MigrantInnen belegt ist, wird bei den Nichtregierungsorganisationen zwar der Faktor Ressourceneinsparung (23,6%) am häufigsten genannt, aber dicht gefolgt von der Bürgerbeteiligung (20,8%) und dem demografischen Wandel sowie der Integration von MigrantInnen (19,4%).

Es ist deutlich geworden, dass die drei Themen mit dem größten Stellenwert die Schaffung von Arbeitsplätzen ist, gefolgt von der Förderung von Kindern und Jugendlichen vor der zukunftsfähigen Stadtentwicklung. Vor dem Hintergrund der aktuellen Wichtigkeit in Politik und Medien scheinen diese Ergebnisse nicht weiter verwunderlich. Bei der Einordnung der weiteren Themen herrscht kein eindeutiges Meinungsbild.

2. Antworten zur Eine-Welt-Arbeit. Wie Sie arbeiten.

In der Eine-Welt-Arbeit existiert eine große Vielfalt an Themen und Handlungsfeldern. Der Fragebogen ermittelt, wie sich diese Vielfalt gestaltet. Bei welchen Handlungsfeldern betätigen sich Eine-Welt-Aktive besonders? Wie arbeiten die Kommunen? Auf welchen Gebieten sind die Nichtregierungsorganisationen tätig?

Zunächst wurde als Ausschlussfrage¹¹ nach dem generellen Vorhandensein der Ein-Welt-Arbeit in der Kommune bzw. Organisation gefragt. Wurde die Frage mit „Nein“ beantwortet sollten die Befragten den Fragenbogen erst weiter mit Fragenblock 4 beantworten.

Dabei zeigt sich, dass in der großen Mehrheit der befragten Kommunen bzw. Organisationen Eine-Welt-Arbeit betrieben wird (84,9%). Bei einer getrennten Betrachtung nach Kommune und Nichtregierungsorganisationen liegt der Anteil an Kommunen mit Einer-Welt-Arbeit bei 84,2%, bei den Nichtregierungsorganisationen sind es 93,6%. Diese Summen sind erfreulich und gründen sich natürlich darauf, dass die Befragung genau diese Organisationen erreichen wollte.

Im Diagramm (Abbildung 5) wird das Verhältnis von Eine-Welt-Arbeit und Kommunen wiedergegeben. Anhand gruppiert dargestellter Balken zeigt sich, in welchen Relationen Agenda-Kommunen und Kommunen ohne Agenda-Beschluss Eine-Welt-Arbeit betreiben.

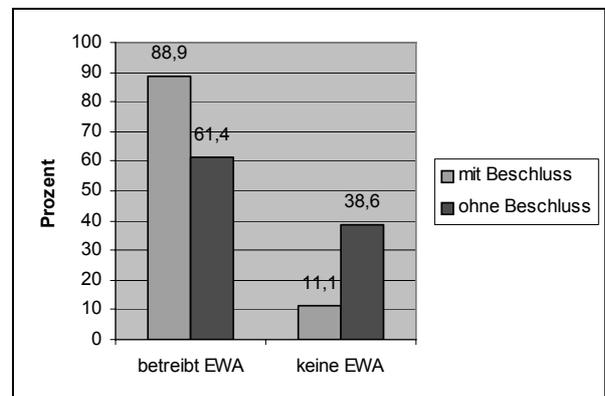
Der Anteil von Eine-Welt-Arbeit der Agenda-Kommunen beträgt 88,9%, rund 10% mehr als noch 2002. Die restlichen gut 11% der Kommunen mit Beschluss

betätigen sich nicht auf dem Gebiet der Eine-Welt-Arbeit.

Die Zunahme des Themas um 10% gegenüber 2002 zeigt zwei Interpretationsmöglichkeiten: Zum einen wurden die Agenda-Themen häufig als drei Felder definiert (umwelt-, sozial und wirtschaftsverträglich). Das Thema "International verträglich" wurde oft nicht gesondert genannt bzw. als Querschnittsthema behandelt. Dies scheint sich in 2006 geändert zu haben (siehe auch die zunehmenden Beschlüsse konkreter Themen, Seite 23). Zum anderen sind noch gezielter als 2002 diesmal Organisationen mit "Eine-Welt-Arbeit" angesprochen und erreicht worden.

Nachdem die Kommunen mit Beschlüssen zur Lokalen Agenda 21 betrachtet wurden, soll auch ein Blick auf Kommu-

Abb. 5: Eine-Welt-Arbeit in Kommunen



nen, die keinen Agenda-Beschluss haben, geworfen werden. Denn unabhängig von der Lokalen Agenda 21 wird ebenfalls Eine-Welt-Arbeit geleistet. Die prozentuale Verteilung (Abb. 5) stellt sich im Vergleich zu Agenda-Kommunen etwas ausgeglichener dar. Kommunen ohne Agenda-Beschluss sind zu 61,4% auf dem Gebiet der Eine-Welt-Arbeit aktiv. Weitere 38,6% betätigen sich weder

¹¹ Frage II.1 im Fragebogen.

auf dem Gebiet der Agenda, noch im Eine-Welt-Bereich. Dies zeigt zumindest, dass ein Agenda-Beschluss den Zugang zu Eine-Welt-Themen erleichtert.

In welcher Form wird Eine-Welt-Arbeit in Kommunen geleistet, die nicht im Rahmen der lokalen Agenda organisiert sind? Aus den Fragebögen geht hervor, dass es sich dabei meist um einzelne Aktivitäten handelt. Dort wird überwiegend ein einzelnes Handlungsfeld abgedeckt. In erster Linie behandeln diese Kommunen den Fairen Handel. Aber auch Städtepartnerschaften sowie entwicklungspolitische Bildungsarbeit gehören zu den Aktivitäten.

Insgesamt wäre für diese Kommunen ein Agenda-Beschluss hilfreich. Er könnte neue Impulse geben und zusätzliche Ressourcen erschließen sowie einen Rahmen bieten für die lokale Nachhaltigkeit. Dies kann sich vorteilhaft, in Form einer Ausweitung der bisher abgedeckten Handlungsfelder, auf die Eine-Welt-Aktivitäten auswirken. Einschränkend muss gesagt werden, dass nur politisch konkrete Beschlüsse (z.B. zur Vermeidung ausbeuterischer Kinderarbeit in der Beschaffung) immer auch konkrete Umsetzung erfordern. Ein Beschluss allein reicht nicht immer aus.

2.1 Handlungsfelder der Eine-Welt-Arbeit

Die tabellarische Gesamtübersicht (Tabelle 4) gibt Aufschluss darüber, welchen Stellenwert die verschiedenen Themen in der Eine-Welt-Arbeit besitzen. Diese Angaben beziehen sich auf die Antworten aus allen Fragebögen.¹² Zusätzlich werden die Daten der Fragebögen auch nach Kommunen und Nichtregierungsorganisationen getrennt ausgegeben. Insofern können die Angaben aus der Spalte „Gesamt“ auch als Durchschnittswerte betrachtet werden.

Sämtliche Handlungsfelder, die im Fragebogen angegeben sind, werden sowohl von Kommunen als auch von Nichtregierungsorganisationen in deren Arbeit einbezogen. Unter der Spalte „Handlungsfelder“ wird in der Tabelle 4 als letzte Angabe die Kategorie „andere“ genannt. Dabei handelt es sich um Antworten, die von den Befragten im Fragebogen frei angeführt werden konnten; Nennungen hier machen einen Gesamtanteil von 1,8% aus. Häufig genannt wurden beispielsweise die Punkte Globales Lernen und städtische Initiativen, aber auch Bereiche, die sich mit der Entwicklungszusammenarbeit befassen.

Ähnlich wie in der Umfrage 2002 erscheinen die einzelnen Daten auf den ersten Blick recht geringer Größe zu sein. Auch die Differenzen zwischen den einzelnen Prozentwerten hinterlassen den Eindruck, als seien sie unerheblich. Grund dafür ist die Vielzahl der unterschiedlichen Handlungsfelder, insgesamt 17. Dabei wurden im Vergleich zur ersten Befragung vier weitere Antwortoptionen vorgegeben: Ergänzt wurden "entwicklungspolitische Themen", "Bildung nachhaltige Entwicklung", "Millen-

¹² Frage II.2 im Fragebogen.

Tab. 4: Handlungsfelder in der Eine-Welt-Arbeit (Mehrfachantworten möglich)

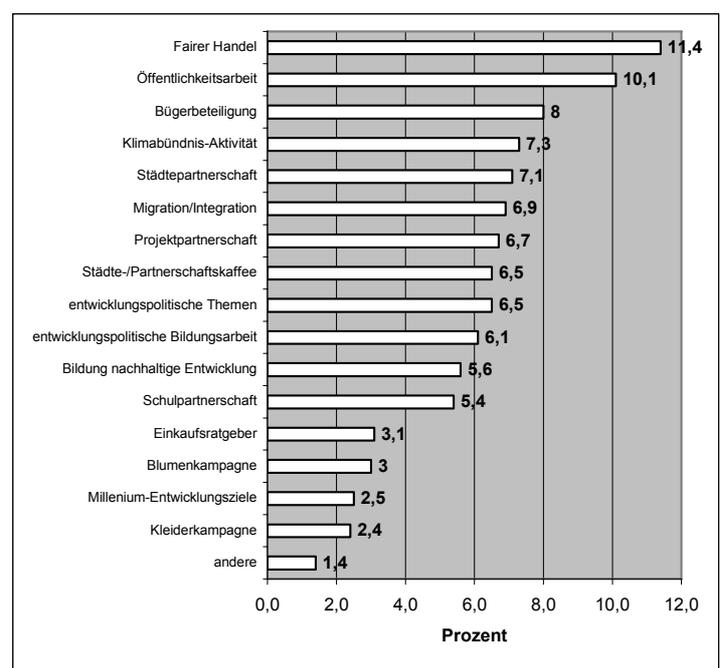
Handlungsfelder	NRO		Kommune		Gesamt	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
Fairer Handel	83	11,7	87	11,4	170	11,5
Öffentlichkeitsarbeit	66	9,3	77	10,1	143	9,7
entwicklungspolitische Themen	79	11,2	50	6,5	129	8,8
entwicklungspolitische Bildungsarbeit	77	10,9	47	6,1	124	8,4
Bildung nachhaltige Entwicklung	61	8,6	43	5,6	104	7,1
Städte-/Partnerschaftskaffee	51	7,2	50	6,5	101	6,9
Projektpartnerschaft	41	5,8	51	6,7	92	6,2
Migration/Integration	36	5,1	53	6,9	89	6,0
Bürgerbeteiligung	24	3,4	61	8,0	85	5,8
Städtepartnerschaft	25	3,5	54	7,1	79	5,4
Klimabündnis-Aktivität	18	2,5	56	7,3	74	5,0
Millenniums-Entwicklungsziele	48	6,8	19	2,5	67	4,5
Schulpartnerschaft	24	3,4	41	5,4	65	4,4
Blumenkampagne	26	3,7	23	3,0	49	3,3
Einkaufsratgeber	16	2,3	24	3,1	40	2,7
Kleiderkampagne	17	2,4	18	2,4	35	2,4
andere	16	2,3	11	1,4	27	1,8
Summe	708	100	765	100	1.473	100

iums-Entwicklungsziele" und "Schulpartnerschaften". Ein Vergleich zur Umfrage 2002 ist deshalb nur bedingt möglich.

Wie schon 2002 stellen der Faire Handel (11,5%) und die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit (9,7%) die wichtigsten Handlungsfelder in der Eine-Welt-Arbeit dar. Unmittelbar darauf folgen heute aber entwicklungspolitische Themen (8,8%) und entwicklungspolitische Bildungsarbeit (8,4%), zwei Optionen die 2002 noch nicht gegeben waren. Zu diesem Zeitpunkt waren Städte- und Projektpartnerschaften als weitere wesentliche Handlungsfelder angegeben. Heute finden sich diese mit 5,4% und 6,2% eher im Mittelfeld wieder. Ähnlich wie 2002 wurden auch heute die Handlungsfelder des Einkaufsratgebers und der Kleiderkampagne am wenigsten angekreuzt.

Die prozentuale Verteilung der Angaben zu Kommunen (Abb. 6) und Nichtregierungsorganisationen (Abb. 7) wird in getrennten Balkendiagrammen dargestellt.

Für den kommunalen Bereich (Abb. 6) stehen fair gehandelte Produkte mit 11,4% bei den Eine-Welt-Aktivitäten im Vordergrund, dicht gefolgt von der Öff-

Abb. 6: Handlungsfelder der Kommunen

fentlichkeitsarbeit mit gut 10%, die im Vergleich zur Befragung von 2002 an Bedeutung zugenommen hat. Dies erklärt sich möglicherweise dadurch, dass Öffentlichkeitsarbeit in der Einen-Welt-Arbeit auch im Sinne einer gewünschten Bürgerbeteiligung, die hier auf Rang 3 vorzufinden ist, wichtiger wird.

Die Klimabündnis-Aktivitäten (7,3%) weisen zwar im Verhältnis zur ersten Umfrage ähnliche prozentuale Werte auf, stehen hier im Bezug auf den Stellenwert aber im oberen Drittel und nicht im Mittelfeld, wie noch 2002. Ebenso zählen die Städtepartnerschaften (7,1%) nach wie vor zu einem der wichtigsten Handlungsfelder in der Einen-Welt-Arbeit. Fasst man alle Antwortoptionen zu Partnerschaften zusammen, machen sie sogar den größten Anteil aus.

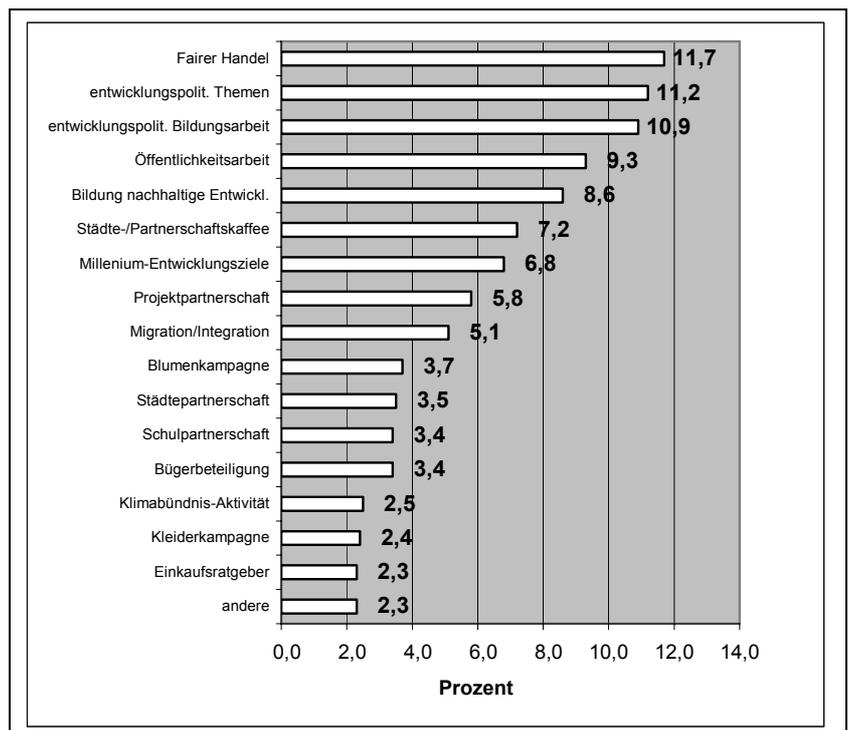
In absteigender Abfolge kommen dann die Handlungsfelder Migration/Integration (6,9%), Projektpartnerschaften (6,7%) und Städte-/Partnerschaftskaffee (6,5%), sowie entwicklungspolitische Bildungsarbeit (6,1%).

Im Vergleich zu den Kommunen zeigt sich, bis auf den Spitzenreiter des Fairen Handels (11,7%) und die Öffentlichkeitsarbeit (9,3%), die auch hier eine wichtige Rolle spielt, eine deutlich andere Schwerpunktsetzung in den Handlungsfeldern der Nichtregierungsorganisationen (Abb. 7). Als besonders bedeutende Handlungsfelder werden hier sowohl entwicklungspolitische Themen wie auch entwicklungspolitische Bildungsarbeit angesehen. Dies ist in der schwerpunktmäßigen Arbeit der Nichtregierungsorganisationen hierzu begründet. Im Vergleich zur Umfrage von 2002 zeigt sich eine neue Prioritätensetzung:

Der höchste Anteil der Eine-Welt-Arbeit wurde damals zu 18% durch Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit abgedeckt. Der faire Handel machte eine Rate von 14% aus, gefolgt von Projektpartnerschaften mit 12%igem Anteil. Da die Option der entwicklungspolitischen Themen noch nicht vorgegeben war, ist ein unmittelbarer Vergleich nur bedingt möglich. Des Weiteren sind die Bildung für nachhaltige Entwicklung mit 8,6%, sowie das Betreiben von Städte- und Partnerschaftskaffees (7,2%) ein wichtiges Handlungsfeld. Auch die Millenniums-Entwicklungsziele (6,8%) spielen im Verhältnis zu den Kommunen (2,5%) eine wesentlich größere Rolle.

Anders als in der 2002-Umfrage wurden in 2006 die **Partnerschaften** genauer befragt: es sollten die Kontinente, mit denen die jeweilige Partnerschaft besteht, angegeben werden (Tabelle 5). Am häufigsten wurden dabei bestehende Projektpartnerschaften vor Städte-

Abb. 7: Handlungsfelder der Nichtregierungsorganisationen



Tab. 5: Partnerschaften in der Welt

Kontinent	Projektpartnerschaft		Städtepartnerschaft		Schulpartnerschaft	
	abs.*)	in %	abs.	in %	abs.**)	in %
Asien	21	24,6	7	8,9	7	11,7
Afrika	32	36,4	27	34,2	27	45,0
Südamerika	25	28,4	10	12,7	12	20,0
Mittelamerika	7	8,0	4	5,1	4	6,7
Nordamerika	-	-	-	-	-	-
Europa	3	3,5	31	39,2	10	16,7
Australien	-	-	-	-	-	-
Summe	88	100,8	79	100,0	60	100,0

*) von 92 Befragten machten 4 keine Angaben über den Kontinent

***) von 65 Befragten machten 5 keine Angaben über den Kontinent

und Schulpartnerschaften genannt. Dabei wird im Bezug auf alle Partnerschaften ein Schwerpunkt in der Arbeit mit Afrika deutlich. Sowohl bei den Projekt- (36,2%) als auch bei den Schulpartnerschaften (45%) wurde Afrika am häufigsten genannt. Auch bei den Städtepartnerschaften (34,2%) spielt Afrika eine große Rolle, wird aber von Europa mit 39,2% übertroffen. Ansonsten spielt Europa bei den anderen Partnerschaften eine untergeordnete Rolle. Nach Afrika wurde am zweithäufigsten eine Partnerschaft mit Südamerika, gefolgt von einer Partnerschaft mit Asien angegeben. Keinerlei partnerschaftliche Beziehungen wurden mit Nordamerika und Australien genannt.

Städtepartnerschaften pflegen hauptsächlich Kommunen. Im Schwerpunkt sind es solche innerhalb Europas (45,3%). Bei Nichtregierungsorganisation stehen Projektpartnerschaften höher im Kurs, Afrika und Südamerika liegen als Kontinente vorn.

Zusammenfassend kann man bezüglich der Handlungsfelder der Eine-Welt-Arbeit festhalten, dass besonders der Faire Handel, die Öffentlichkeitsarbeit, entwicklungspolitische Themen und Partnerschaften den wesentlichen Teil der Arbeit ausmachen. Die Aktivitäten der Nichtregierungsorganisationen und

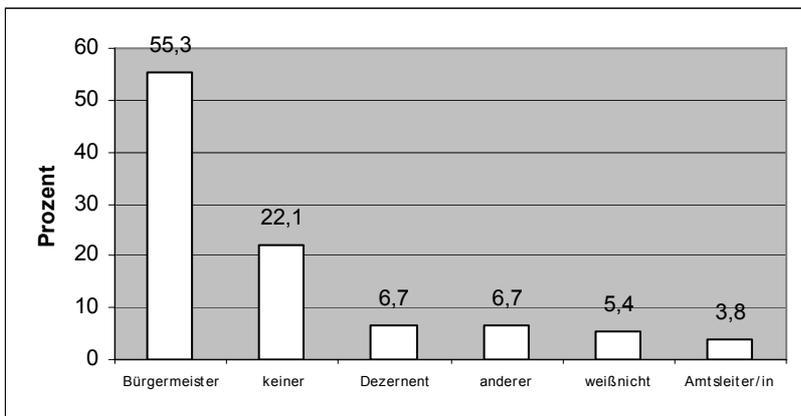
Kommunen unterscheiden sich dabei nur in ihrer Schwerpunktsetzung. Während Kommunen besonders auf den Gebieten Fairer Handel, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit und Städtepartnerschaften aktiv sind, setzen Nichtregierungsorganisationen neben dem Fairen Handel verstärkt auf entwicklungspolitische Themen (was auch Fairer Handel bedeutet) und Bildungsarbeit. Partnerschaften insgesamt nehmen hier noch einen größeren Anteil als bei den Kommunen ein. Nicht selten pflegen lokale NRO's auch ausschließlich eine Partnerschaft. Allerdings insgesamt nimmt die Partnerschaftsarbeit bei den Kommunen im Rahmen der Eine-Welt-Themen einen höheren Stellenwert ein (19,2 zu 12,7%). Des weiteren arbeiten Kommunen stark im Bereich der Bürgerbeteiligung und Klimabündnis-Aktivitäten, während Nichtregierungsorganisationen sich auch mit der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung und Millenniums-Entwicklungszielen beschäftigen.

Zusätzlich wurde in der Befragung eine Antwort¹³ über den zuständigen **Schirmherr** im Rathaus oder Kreistag über diese Aktivitäten verlangt (Abbildung 8). Erfreulicherweise wurden an führender Position (55,3%) sowohl in der gesamten Betrachtungsweise, als

¹³ Frage II.3 im Fragebogen.

auch getrennt nach Nichtregierungsorganisationen und Kommunen, der/die Bürgermeister/in bzw. der Landrat oder die Landrätin genannt. Unmittelbar darauf folgt bedenklicherweise mit über 22% direkt die Antwortoption „keiner“. Manche bearbeiten das Thema wohl lieber ohne einen Schirmherr, der öffentlich und/oder politisch den Hut auf hat. Oder andere wissen nicht, welche positiven Potenziale in einer Schirmherr-

Abb. 8: Schirmherr der Eine-Welt-Arbeit



schaft darin stecken. Letztlich kann auch der Versuch vor Ort gescheitert sein, einen Schirmherr zu finden.

An dritter Stelle wurden dann zu gleichen Teil (jeweils 6,7%) der Dezernent bzw. Beigeordneter und die Option „anderer“ genannt. Unter „anderer“ wurden in erster Linie Umwelt- bzw. Agendabeauftragte aufgeführt.

2.2 Aktionsformen in der Eine-Welt-Arbeit

Neben den Handlungsfeldern wird – wie auch 2002 – die Art der Umsetzung von Eine-Welt-Arbeit näher betrachtet. Im Fragebogen¹⁴ wurden acht Aktionsformen vorgegeben, die eine detaillierte Beschreibung der Umsetzung von Eine-Welt-Aktivitäten ermöglichen sollten und

die genau mit den Antwortoptionen der 2002er Umfrage übereinstimmen. Dazu wird eine tabellarische Gesamtübersicht (Tabelle 6) gezeigt.

Im Fragebogen wurde die Möglichkeit eingeräumt, neben den acht vorgegebenen Kategorien weitere Aktionsformen zu benennen. Ihr Anteil am Gesamtvolumen der angegebenen Daten beträgt 1,8%. Als Aktionsform

wurden beispielsweise Projektarbeit und jährlich stattfindende Veranstaltungen genannt.

Die Aktionsformen in der Eine-Welt-Arbeit sind größtenteils von annähernd gleich starker Intensität und spiegeln teilweise das Antwortverhalten über die Handlungsfelder wieder (ab Seite 28). Zwar spielt hier nicht der Verkauf von Fairhandelsprodukten die wichtigste Rolle, aber man findet als am häufigsten genannte Aktionsform mit über 17% die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit. An zweiter Stelle findet man Aktionen in Schulen (14,3%). Kaum weniger wichtig sind kulturelle Veranstaltungen (13,8%) gefolgt von Publikationen (13,6%). Die genannten Aktionsformen weisen im Vergleich zur Befragung von 2002 die gleiche Rangfolge auf, verzeichnen aber einen leichten Bedeutungszuwachs. In

¹⁴ Frage II.4 im Fragebogen.

ihrer Bedeutung gesunken sind im Vergleich zur ersten Umfrage die Mitarbeit in Agenda-Gremien (von 2002: 13,1% auf 2006: 12,6%), der Verkauf von Fairhandelsprodukten

(2002: 13,5%, 2006: 11,4%) und erlebnisorientierte Aktionen (2002: 7,3%, 2006: 6%).

Eine untergeordnete Rolle spielen lediglich frei genannte Aktionsformen (1,8%) und politische Einflussnahme (9,3%), auch wenn diese im Vergleich zu 2002 insgesamt an Bedeutung zugenommen hat (2002: 7,9%).

Im Folgenden sollen die Aktionsformen getrennt nach Nichtregierungsorganisationen (Abb. 9) und Kommunen (Abb. 10) betrachtet werden, da sich hier einige Unterschiede zum Gesamtergebnis (in Tabelle 6) zeigen.

Bei den Nichtregierungsorganisationen (Abb. 9) gestaltet sich die prozentuale Verteilung wie folgt: Ebenso wie in der Gesamtverteilung liegt hier die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit an erster Stelle (17,6%) und wird gefolgt von Publikationen (15%; auch eine Öffentlichkeitsarbeit) und Aktio-

Tab. 6: Aktionsformen in der Einen-Welt-Arbeit

Aktionsformen	NRO		Kommune		Gesamt	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit	94	17,6	84	16,6	178	17,1
Aktionen in Schulen	77	14,4	72	14,3	149	14,3
kulturelle Veranstaltungen	71	13,3	73	14,5	144	13,8
Publikationen	80	15	61	12,1	141	13,6
Mitarbeit in Agenda-Gremien	50	9,3	81	16	131	12,6
Verkauf Fairhandelsprodukte	57	10,7	62	12,3	119	11,4
politische Einflussnahme	63	11,8	34	6,7	97	9,3
erlebnisorientierte Aktionen	32	6	30	5,9	62	6
Sonstiges	11	2,1	8	1,6	19	1,8
Summe	535	100	505	100	1.040	100

nen in Schulen. Im Vergleich zur vorherigen Befragung kann man nur geringfügige Unterschiede erkennen. Dort lagen die Aktionen in Schulen (13,3%) minimal vor Publikationen (13,1%). Einen deutlichen Unterschied im Vergleich zur Gesamtuntersuchung findet man bei der Aktionsform der politischen Einflussnahme, die hier mit 11,8% im Vergleich zu 9,3% im Mittelfeld zu finden ist; im Vergleich zur ersten Befragung ist ihr Anteil angestiegen. Die Mitarbeit in A-

Abb. 9: Aktionsformen der Nichtregierungsorganisation

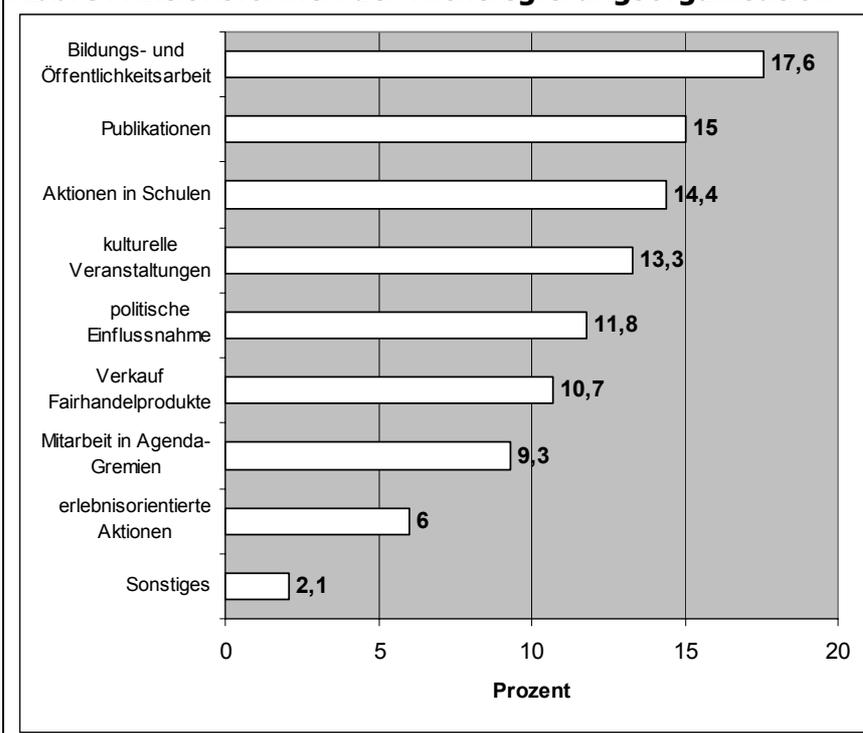
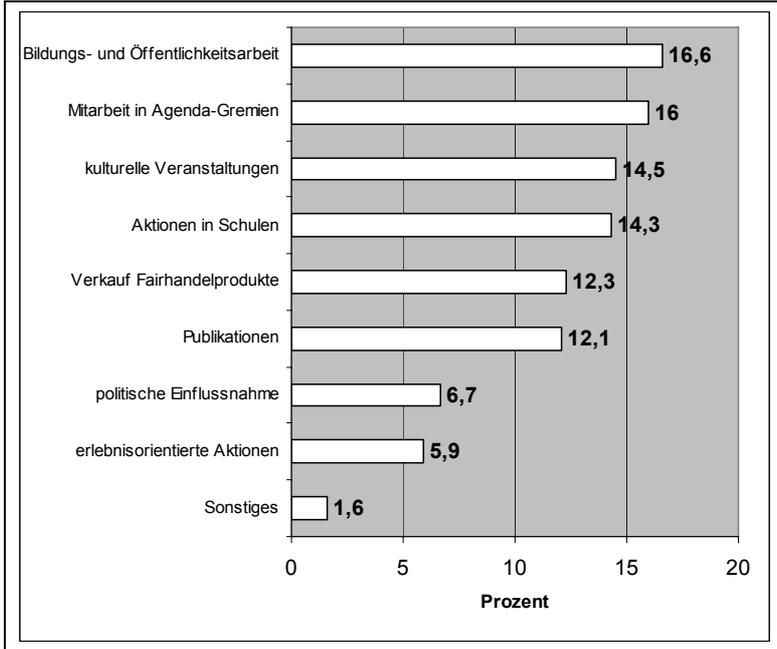


Abb. 10: Aktionsformen der Kommunen



agenda-Gremien hingegen weist, wie auch schon in der Gesamtbefragung, eine gegenteilige Tendenz auf. Hier sanken die Prozentpunkte von 10,3% im Jahr 2002 auf 9,3%. Die erlebnisorientierten Aktionen, die ebenso einen Rückgang verzeichnen (2002: 7,7%, 2006: 6%) und die frei angegebenen Aktionsformen machen mit 2,1% den geringsten Anteil aus. Bei den Nichtregierungsorganisationen wurden hier in erster Li-

nie Kooperationen mit Kinos oder Theatern, Aktionsgruppen oder politische Aktionen genannt.

Bei den Kommunen (Abb. 10) zeigt sich zwar auch die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit mit 16,6% an der Spitze der Aktionsformen wird aber unmittelbar gefolgt von der Mitarbeit im Agenda-Gremien (16%), welches den deutlichsten Unterschied sowohl zur Gesamtbeurteilung als auch zur Untersuchung der Nichtregierungsorganisationen ausmacht. Im Unterschied zu 2002 lässt sich hier

ein prozentualer Anstieg erkennen (2002: 14,9% 2006: 16%), der im Gegensatz zur öffentlich diskutierten Rückläufigkeit von lokalen Agenda-Prozessen steht und überrascht. Kulturelle Veranstaltungen und Aktionen in Schulen spielen ebenso wie bei den Nichtregierungsorganisationen eine wichtige Rolle. Einen Rückgang im Vergleich zu 2002 verzeichnen der Verkauf von Fairhandelsprodukten sowie die weiteren Aktionsformen mit den Werten unter 10%. Unter "Sonstiges" wurden bei den Kommunen vor allem Partnerschaftsprojekte und Städtecafés angegeben. Bei Betrachtung der Handlungsfelder lagen diese Aktionsformen im oberen Mittelfeld.

Zusätzlich zu den dargestellten Aktionsformen wurde in diesem Jahr auch nach der **Mitwirkung** an weiteren Projekten gefragt (Tabelle 7).¹⁵ Dabei konnte man sich zwischen dem

Tab. 7: Mitwirkung der Befragten an Aktionen

	NRO		Kommune		Gesamt	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.*)	in %
Weltladentag	19	63,3	11	36,7	30	100,0
Faire Woche	41	51,9	37	47,4	78	100,0
Andere	44	55,7	35	44,3	79	100,0

*) insgesamt gibt es bei 231 Befragten Eine-Welt-Arbeit

Andere Aktionen	abs.	in %
Projekte, Kampagnen	25	31,6
Aktionstage	15	19,0
Aktionsmärkte	5	6,3
Infoveranstaltungen/-stände	5	6,3
Agendawoche	5	6,3
Agendafest	4	5,1
UN-Projekte	4	5,1
keine	5	6,3
Sonstige	11	13,9
Summe	79	100,0

¹⁵ Frage II.4 im Fragebogen, untere Teilfrage.

Weltladentag, der **Fairen Woche** und „andere Projekte“ entscheiden. Eine leichte Mehrheit der Befragten (42,2%) wählte die Antwortoption „andere“, kurz vor der Mitwirkung an der Fairen Woche (41,7%). Am Weltladentag beteiligten sich nur 16% der Befragten (hiervon waren nur 10% der Antworten von Weltläden, gut 30% aus Rathäusern).

Bei einer getrennten Betrachtung nach Kommune und Nichtregierungsorganisation werden Unterschiede vor allem hinsichtlich der Beteiligung am Weltladentag deutlich. Wie zu erwarten beteiligten sich hieran mehrheitlich die Nichtregierungsorganisationen mit 63,3%. Bei der Beteiligung an der Fairen Woche und anderen Veranstaltungen zeigt sich ein relativ ausgeglichenes Bild.

Unter der Beteiligung und Mitwirkung an „Anderen“ (Tab. 7) wurden in erster Linie einzelne Projekte und Kampagnen genannt (31,6%), gefolgt von besonderen Aktionstagen (19%) und zu gleichen Teilen (6,3%) von Aktionsmärkten, Infoveranstaltungen und der A-gendawoche.

Wenn man alle Beteiligten betrachtet, in deren Kommune bzw. Kreis Eine-Welt-Arbeit existiert (bei 231 Beteiligten), engagieren sich jeweils um die 30% bei der Mitarbeit an der Fairen Woche und anderen Projekten und Kampagnen. Dieser Trend der Partizipation ist zu begrüßen.

2.3 Projekterweiterung

Wie auch 2002 wurde nach der Planung von Projekterweiterungen (Tabelle 8) gefragt.¹⁶ Die Beteiligten konnten dabei zwischen einer Erweiterung im Vergleich zu 2002, 2005 und 2002 und 2005 wählen. Zunächst einmal zeigt sich im Vergleich zur ersten Umfrage, dass die Anzahl der gültigen Antworten bei dieser Frage deutlich zugenommen hat. Waren es 2002 noch 73% der Befragten die auf diese Fragestellung antworteten, sind es heute 93% (2002: 73% gültige und 27% ungültige Antworten). Addiert man alle Antwortoptionen bei denen „Ja“ angegeben wurde, zeigt sich im Vergleich zu 2002, dass diejenigen Kommunen bzw. Nichtregierungsorganisationen die Erweiterungen planen mit 41% etwas zugenommen haben (2002 37%) a. Die Mehrzahl der Befragten plant dabei eine Projekterweiterung im Vergleich zu 2005 (19,8%) gefolgt von denjenigen die eine

Tab. 8: Projekterweiterungen nach Jahren

Erweiterung	NRO		Kommune		Gesamt	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.*)	in %
Erweiterung ab 2002	9	9,7	6	4,9	15	6,9
Erweiterung ab 2005	25	26,9	18	14,8	43	19,8
ab 2002 und 2005	15	16,1	16	13,1	31	14,3
weder noch	44	47,31	82	67,2	128	59,0
Gesamt	93	100,0	122	100,0	217	100,0

*) von 231 Befragten machten 14 keine Angaben

Erweiterung im Vergleich zu beiden Jahren vorgesehen haben (14,3%).

Etwas mehr als die Hälfte der Organisationen bzw. Kommunen sieht mit 59% keine Projekterweiterungen auf sich zu kommen, 2002 waren es noch 63%. Angesichts der weiteren Verschärfung der Haushaltslagen ist die Absichtsbe-

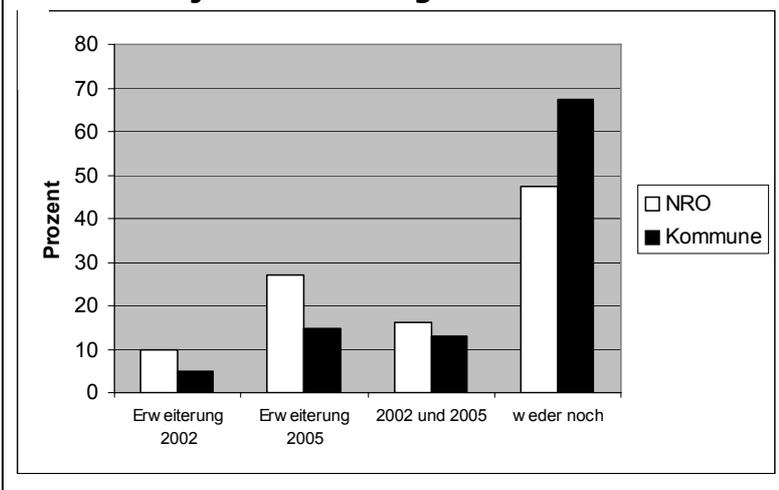
¹⁶ Frage II.5 im Fragebogen.

kundung zur Projekterweiterung umso erfreulicher zu beurteilen.

Prüft man das Antwortverhalten nach Unterschieden zwischen Nichtregierungsorganisationen und Kommunen (Tab. 8, Abb. 11) wird deutlich, dass bei den geplanten Erweiterungen in Bezug auf die Einzeljahre 2002 und 2005 die Nichtregierungsorganisationen vor den Kommunen liegen. Bei denjenigen Befragten, die keine Erweiterungen pla-

nung wiedergegeben, wobei diese im Verhältnis bei den Kommunen mit 67,2% größer als bei den Nichtregierungsorganisationen (47,3%) ist. Unterschiede zeigen sich auch bei denjenigen, die eine Erweiterung zu 2005 planen: Hier ist der Wert der Nichtregierungsorganisationen um ca. 10% höher als bei den Kommunen (siehe Abbildung 11) – hier besteht ungebrochener Projektlust oder eben auch der größere Zwang, sich mittels neuer inhaltlicher Projekte als NRO auch finanziell zu sichern.

Abb. 11: Projekterweiterungen nach Jahren



nen, liegen die Kommunen mit 66,6% deutlich vor den Nichtregierungsorganisationen. Dies mag auch an der unterschiedlichen Arbeitsbasis liegen: Kommunen planen mittels überjähriger Haushaltsführung – da ist 2002 lange vorbei. Nichtregierungsorganisationen planen projektorientierter und bauen auf erfolgreiche Einzelprojekte inhaltlich stärker auf, sodass sich auch eher Erweiterungen zu 2002 z.B. anbieten.

Bei denjenigen Befragten, die keine Angabe über mögliche Projekterweiterungen machten zeigt sich, dass 65,4% aus Kommunen kommen.

Betrachtet man die Angaben der Befragten innerhalb der Nichtregierungsorganisation und der Kommunen und stellt diese gegenüber, wird die generelle Tendenz einer Planung ohne Erweite-

Das Thema einer Erweiterung von bereits vorhandenen Projekten scheint sich im Vergleich zu 2002 also ein wenig verändert zu haben. Schien es zu diesem Zeitpunkt noch ein schwieriges Thema zu sein, zeigt sich inzwischen ein ausgeglicheneres Bild; nach wie vor aber mit leichter Tendenz zu keiner Projekterweiterung. Während 2002 bei Nichtregierungsorganisationen sowie den

Kommunen deutlich die Fälle überwiegen, die keine Erweiterung der Projekte vorgesehen hatten, zeigt sich diese Tendenz heute nur noch für die Kommunen. Bei den Nichtregierungsorganisationen hält es sich eher die Waage (47,3% planen keine, 52,7% planen eine Erweiterung).

Eine endgültige Bewertung dieses Trends ist schwierig, da gerade auch bei den Kommunen die Frage von einigen Personen unbeantwortet blieb. Dies mag damit zusammenhängen, dass zu diesem Zeitpunkt noch keine genaue Jahresplanung abgestimmt vorlag, oder eben keine Projekterweiterung geplant ist. Speziell für die Kommunen bestand möglicherweise wieder das bereits angesprochene Problem des adäquaten Ansprechpartners.

Neben der bloßen Angabe über die Existenz von Projekterweiterungen, konnten die Befragten frei formulierte Begründungen angegeben, über die Art der Erweiterung bzw. über die Gründe weshalb keine Erweiterung vorgenommen werden kann.

Aus der Vielzahl von Argumenten sind nachträglich Kategorien gebildet worden, die eine qualitative Analyse ermöglichen.

Da die Mehrzahl der Befragten keine Projekterweiterungen vorsehen, soll zunächst auf deren Beweggründe eingegangen werden. Die vorgegebenen Kategorien decken sich mit der Umfrage 2002.

Die ermittelten Werte werden in einer tabellarischen Darstellung ausgegeben (Tabelle 9) und anschließend für Kommunen und Nichtregierungsorganisationen getrennt erläutert.

Wie aus der Tabelle 9 ersichtlich, sind „Mangelnde Ressourcen“ (32,9%) sowohl bei getrennter Betrachtung nach Nichtregierungsorganisationen und Kommunen, als auch bei der gesamten Betrachtung der Hauptgrund, weshalb keine Erweiterung der Projekte vorgenommen werden kann. Darunter sind fehlende Finanzierung und zu wenig Personal zusammengefasst. Auch 2002 war dies einer der Hauptgründe für das Fehlen von Projektweiterungen, es teilte sich aber den ersten Rang zu diesem

Zeitpunkt mit dem Fehlen von Personal, (jeweils 24,5%) welches 2006 erst an dritter Stelle vorzufinden ist. Als zweitwichtigster Hinderungsgrund wird angegeben, dass man mit dem vorhandenen Angebot voll ausgelastet ist und eine Stabilisierung anstrebt (19,2%). 2002 begründeten 16% der Befragten die Antwort mit diesem Argument. Es folgen Begründungen mit Personal- und Finanzproblemen, wobei die Personalprobleme, wie schon erwähnt, 2002 noch einen wichtigeren Stellenwert einnahmen. In der Summe kommen Personal- und Finanzprobleme sowie mangelnde Ressourcen auf stattliche 57,6%. Keine Angabe machten nur 8,2% der Befragten.

Bei der getrennten Analyse nach Nichtregierungsorganisationen und Kommunen zeigen sich sowohl untereinander, als auch zur Gesamtbetrachtungen Unterschiede.

33,7% der befragten Kommunen begründen die Tatsache, dass sie keine Projekte ausweiten mit mangelnden Ressourcen, gefolgt von der personellen Situation (16,3%), nur 8,1% geben Finanzen als Grund an. Da die personelle Situation von der Finanzlage abhängig ist, können beide Begründungen nicht nur getrennt betrachtet werden. Die Werte für Personal- (21,2%) und Finanzprobleme (10,6%) waren im Verhältnis größer als heute.

Tab. 9: Gesamtübersicht der Gründe, die gegen eine Ausweitung der Projekte sprechen

Gründe	NRO		Kommune		Gesamt	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
mangelnde Ressourcen	19	31,7	29	33,7	48	32,9
vorhandenes Angebot stabilisieren	16	26,7	12	14,0	28	19,2
Personalprobleme	6	10,0	14	16,3	20	13,7
Finanzielle Probleme	9	15,0	7	8,1	16	11,0
Ohne Angabe	7	11,7	5	5,8	12	8,2
mangelndes Bürgerinteresse	2	3,3	9	10,5	11	7,5
Eine-Welt-Arbeit stagniert/reduziert	1	1,7	10	11,6	11	7,5
Summe	60	100	86	100	146	100

14% wollen ihr bestehendes Angebot zunächst umsetzen, bevor die Projekte erweitert werden. Die Kommunen haben aber auch mit mangelndem Bürgerinteresse (10,5%) zu kämpfen. 2002 gaben nur 6,8% der Befragten diese Problematik an. Deutlich angestiegen im Vergleich zu 2002 ist auch der Wert über die Stagnation der Einen-Welt-Arbeit. 11,6% der befragten Kommunen geben an, dass die ursprünglich betriebene Eine-Welt-Arbeit stagniert und demzufolge keine Erweiterung geplant wird, 2002 waren es nur 2,3%. Hier wird also eine klare Tendenz der Entwicklung der Eine-Welt-Arbeit in den Kommunen deutlich. Erwähnenswert erscheint des weiteren, dass diejenigen Personen die keine Angaben über die Gründe machten, deutlich abgenommen haben. 2002 machten 23,5% keine Angabe, während bei der jetzigen Umfrage nur 5,8% keine Auskunft geben wollten. Dies ist positiv zu bewerten, zeigt aber auch, dass die hier genannten Gründe und Daten dem tatsächlichen Zustand näher kommen.

Bei den Nichtregierungsorganisationen zeigt sich, dass diese etwas weniger auskunftsbereit sind als die Kommunen (11,7%) und der Wert zu 2002 (7,4%) etwas zugenommen hat. Die Summe aus mangelnden Ressourcen, Personal und Finanzen beträgt bei den Nichtregierungsorganisationen 56,7% und hat im Vergleich zu 2002 (64,8%) abgenommen. Vor allem die Personalprobleme als Hinderungsgrund für Projekterweiterungen haben dabei deutlich an Bedeu-

tung verloren. Heute machen sie nur noch 10% aus, während sie 2002 noch mit 30,9% bewertet wurden. Eine wirkliche Begründung ist dieser Umfrage nicht zu entnehmen; vielleicht gibt es andere Problemstellungen oder die Personalsituation ist verbessert worden und andere Themen behindert den Ausbau der entwickelten Aktivitäten.

Leicht zugenommen haben dafür mangelnde Ressourcen und finanzielle Probleme. Einen ähnlichen Stellenwert wie noch 2002 nimmt die Konzentration auf bestehende Projekte ein. Sie nehmen heute mit 26,7% den zweitwichtigsten Platz ein. Die Gründe des mangelnden Bürgerinteresses und der Stagnation der Einen-Welt-Arbeit, die 2002 gar nicht genannt wurden, fanden auch 2006 mit 3,3% und 1,7% bei den Nichtregierungsorganisationen wenig Beachtung.

Tab. 10: Bereiche der Projekterweiterung im Vergleich zu 2002/2005

Erweiterung im Bereich:	abs.	in % der ¹⁷	
		Nennungen	Befragte*)
nationale Projekte	24	24,5	27,6
internationale Projekte	18	18,4	20,7
Fairer Handel	11	11,2	12,6
Partnerschaften	9	9,2	10,3
Aktionen in Schulen	8	8,2	9,2
Öffentlichkeitsarbeit	4	4,1	4,6
Sonstiges	6	6,1	6,9
Keine Angabe	18	18,4	20,7
Summe	98	100,0	87

*) Befragte die eine Erweiterung der Projekte planen

Bezüglich dieser zwei Argumente besteht zwischen den Kommunen und den Nichtregierungsorganisationen der größte Unterschied. Spannend ist an dieser Stelle ein Verweis auf die später zu diskutierenden Hemmnisse der Arbeit, die u.a. in der Bürgerbeteiligung gesehen und deutlich dort anders eingeschätzt wird (siehe Seite 44).

Im folgenden sollen nun aber auch die Formen bzw. Bereiche der Projekterwei-

¹⁷ In % der Befragten bezieht sich auf die Anzahl derjenigen, die die Frage beantwortet haben. In % der Nennungen gibt bei Mehrfachantworten alle Nennungen zur Frage prozentual an.

terungen (Tabelle 10) im Vergleich zu den vorherigen Jahren Beachtung finden.

Als geplante Projekterweiterungen sind in erster Linie nationale (24,5%) und internationale (18,4%) Projekte vorgesehen. Betrachtet man dieses Ergebnis in % der Befragten, planen also 48,3% aller Befragten eine vermehrte Projektarbeit. 12,6% sehen Aktionen im Bereich des fairen Handels vor, welches die Bedeutung des fairen Handels aus den vorhergehenden Abschnitten unterstreicht. Weitere Aktionen werden auch im Bereich der Partnerschaften (9,2%) und Aktionen in Schulen geplant (8,2%). Von allen Befragten machte mit 20,7% ein Großteil aber auch keine Angabe über die geplante Form der Projekterweiterung.

Eine getrennte Betrachtung beider Gruppen zeigt, das beide circa $\frac{1}{4}$ ihrer Projekte im nationalen Bereich erweitern möchten. Im internationalen Bereich wollen 12% der Nichtregierungsorganisationen aber 25% der Kommunen aktiv werden.

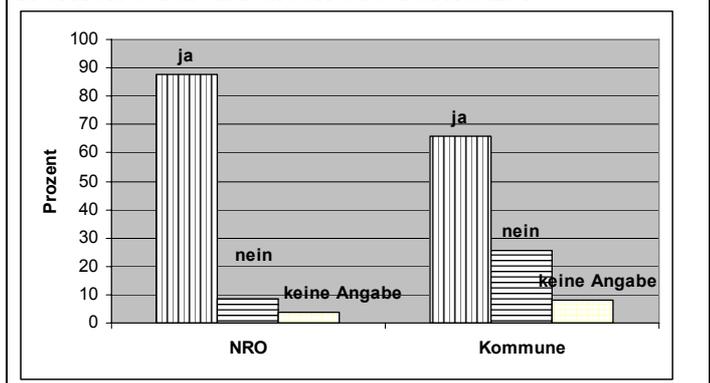
Zumindest die hohe Bedeutung der Projekterweiterung im internationalen Bereich ist angesichts der damit meist verbundenen Kosten und der immer wieder geführten Diskussion über die rechtliche Zulässigkeit internationaler Aktivitäten von Kommunen überraschend.

2.4 Vernetzung in der Eine-Welt-Arbeit

Vernetzung spielt eine immer größere Rolle. Eine gute Kommunikation und der gegenseitige Austausch von Erfahrungen und Informationen sowie Kooperationen mit anderen Organisationen und Gebietskörperschaften tragen zu einer qualitativ hochwertigen Eine-Welt-Arbeit bei.

Auf die Frage „Stehen Sie in Verbindung mit Netzwerken oder arbeiten Sie vernetzt?“¹⁸ (Abbildung 12) haben 76,2%

Abb. 12: Stehen Sie in Verbindung mit Netzwerken oder arbeiten Sie vernetzt?



aller Befragten positiv geantwortet, dass sind nur ca. 2% weniger als in der Befragung von 2002. Nur 17,7% arbeiten nicht vernetzt, 6,1% machten keine Angabe zu dieser Frage.

Bei den 43%, die bereits 2002 die Umfrage beantwortet haben, stellt sich das Bild wie folgt dar:

2002 arbeiteten von allen Befragten 78% vernetzt, 22% konnte keine vernetzten Aktivitäten aufweisen. Im Unterschied Nichtregierungsorganisation – Kommune zeigte sich dabei, dass es vor allem die Nichtregierungsorganisationen sind (94%), die stark in Netzwerken ar-

¹⁸ Frage II.6 im Fragebogen.

beiten, bei den Kommunen waren es im Vergleich nur 70%.

Betrachtet man nun die Angaben derer die sich schon 2002 beteiligten und die heute vernetzt arbeiten, ergibt sich für die Gesamtbetrachtung ein Durchschnittswert von 73%. Betrachtet man diese Entwicklung getrennt nach Nichtregierungsorganisation und Kommune zeigt sich bei den NRO's mit 93,3% ein fast identisches Ergebnis zu 2002. Bei den Kommunen verhält es sich etwas anders: Hier arbeiten nur noch 63,9% der Kommunen vernetzt, die sich auch schon 2002 an der Umfrage beteiligt haben. Die Vernetzungsaktivitäten haben demnach abgenommen, welches sich möglicherweise durch eine Bedeutungsabnahme oder Veränderung des Charakters der Eine-Welt-Arbeit und unklare Zuständigkeiten in den Kommunen erklären lässt. Die Abnahme des durchschnittlichen Werts der Vernetzung zu 2006 erklärt sich also durch die (vermeintliche) Abnahme der Vernetzungsaktivitäten der Kommunen.

Anhand einer getrennten Betrachtung von Kommunen und Nichtregierungsorganisationen können die Unterschiede zwischen ihnen deutlich gemacht werden. Der Vergleich beider befragten Gruppen ergibt, dass in Kommunen zu 66% und bei Nichtregierungsorganisationen zu 87% vernetzt gearbeitet wird. Die Werte sind dabei im Vergleich zu 2002 gesunken (siehe oben).

Die durchschnittliche Rate der Vernetzung beträgt 76%. Die Kommunen arbeiten zwar größtenteils vernetzt, liegen aber unter dem Durchschnitt. Nichtregierungsorganisationen legen großen Wert auf Vernetzung. Sie liegen mit 87% deutlich über dem durchschnittlichen Wert. Gründe hierfür liegen auch in der unterschiedlichen Arbeitsweise der Kommunen und Nichtregierungsor-

ganisationen begründet, wobei letztere hinsichtlich der Eine-Welt-Arbeit stärker vernetzt denken und arbeiten. Aber auch, dass für Kommunen und NRO's der Begriff "Vernetzung" unterschiedlich verstanden wird. Ein Netzwerk für Akteure in Nichtregierungsorganisation ist oft nicht so starr zu verstehen, wie ein geregeltes, weniger lockeres Netzwerk durch eine Mitgliedschaft, die dann für eine Kommune als Netzwerk fungiert, wie z.B. ein kommunaler Spitzenverband. Außerdem ist bei Nichtregierungsorganisationen ein Arbeiten – zumal ehrenamtlich – ohne Vernetzung auch undenkbarer.

Dies verdeutlicht auch eine Betrachtung der Nichtregierungsorganisationen gesondert nach den Gruppen (vgl. Abbildung 2, Seite 20), die die Frage der Arbeit in Netzwerken mit "Ja" beantwortet haben: knapp 33% der Partnerschaftsvereine und 30% der freien NRO's arbeiten nach eigenen Aussagen in Netzwerken, jeweils 14,2% der Weltläden und kirchlichen NRO's, die geantwortet haben, tun dass, und immerhin 86,7% der Verbände und Netzwerke.

Im Fragebogen wurde nach der Art der Netzwerken gefragt. Dabei sind nicht nur Organisationen genannt worden, die in Form eines Netzwerkes fungieren, sondern auch verschiedene Partner, mit denen eine kooperative Zusammenarbeit besteht. Sie können im Einzelnen nicht alle genannt werden und sind daher in Kategorien aufbereitet worden. Unter der Kategorie „andere“ sind die Angaben zusammengefasst, aus denen keine klare Zuordnung abgeleitet werden konnte. Die Kategorisierung folgt derjenigen von 2002, auch um eine bessere Vergleichbarkeit zu gewährleisten.

Die Netzwerke und Partner mit denen die Befragten in der Eine-Welt-Arbeit zusammenwirken, bewegen sich auf verschiedenen Ebenen. Sie sind folgendermaßen gegliedert:

- internationale Netzwerke
- nationale bzw. bundesweite Netzwerke
- Landesnetzwerke in Deutschland (nach Bundesländern)
- Netzwerke auf kommunaler Ebene

Aus Tabelle 11 wird ersichtlich, dass die Verbindung zu Netzwerken mit 38,8% schwerpunktmäßig in den nationalen Rahmen fällt. Darauf folgen Verbindungen zu kommunalen (28,8%) und Landesnetzwerken (20,8%). Die geringsten Verbindungen bestehen, vermutlich aus organisatorischen und kommunikativen Gründen, zu internationalen Netzwerken (11,5%).

Tab. 11: Art der Netzwerke

(Mehrfachnennungen waren möglich)

Art der Netzwerke	abs.	in %
nationale Netzwerke	121	38,8
kommunale Netzwerke	90	28,8
Landesnetzwerke	65	20,8
internationale Netzwerke	36	11,5
Summe	312	100

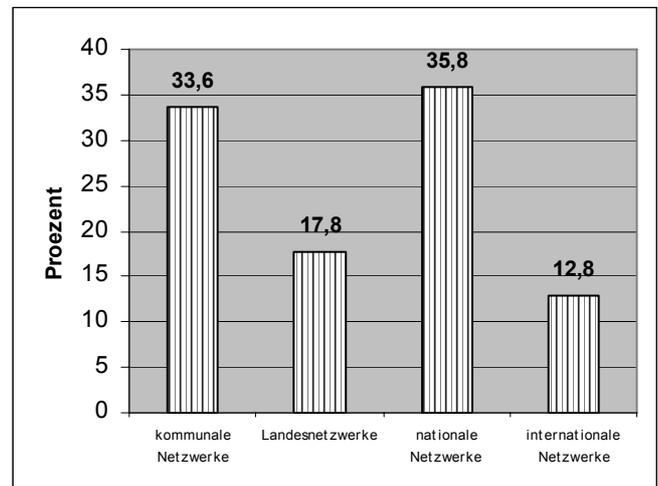
Nachfolgend wird die Verteilung der Netzwerke für Kommunen und Nichtregierungsorganisationen getrennt ausgegeben.

Vergleicht man zunächst die Ergebnisse zwischen NRO's und Kommunen zeigt sich bis auf die Landesnetzwerke eine prozentuale Ausgeglichenheit. Bei den Verbindungen zu Landesnetzwerken zeigt sich, dass mit 61,5% die NRO's vor den Kommunen mit 38,5% stehen.

Wie die Darstellung zu den Netzwerken für die Kommunen (Abbildung 13) zeigt,

bestehen die meisten Vernetzungen auf nationaler Ebene. Der Anteil beträgt 35,8%. Sie werden dicht gefolgt von der Zusammenarbeit mit kommunalen Netz-

Abb. 13: Art der Netzwerke für Kommunen



werken. 2002 war die Zusammenarbeit mit letztgenannten Netzwerken mit 44,6% noch führend. Eventuell bildet sich hier auch der Rückgang der Mitgliederkommunen in kommunalen Spitzenverbänden ab.

Landesnetzwerke machen einen Wert von 17,8% (im Vergleich: 2002 24,9%) aus, mit Netzwerken im internationalen Bereich arbeiten 12,8% zusammen (2002: 4,7%). Im Vergleich zur Umfrage 2002 hat für die Kommunen demnach eine deutliche Verschiebung der Zusammenarbeit mit Netzwerken im nationalen und internationalen Bereich stattgefunden. Dies unterstützt auch die Tatsache, dass im Bereich der Projekterweiterung am zweithäufigsten internationale Projekte genannt wurden. Auch hier sei der Hinweis erlaubt, dass dieses eine dem Thema der Eine-Welt-Arbeit angemessene, aber trotzdem überraschende Entwicklung darstellt.

Auf Bundesebene wird die Vernetzung vor allem mit dem Klima-Bündnis und dem Weltladen-Dachverband betrieben,

ebenso mit dem NABU. Eine weitere wichtige Vernetzung besteht mit dem Deutschen Städtetag.

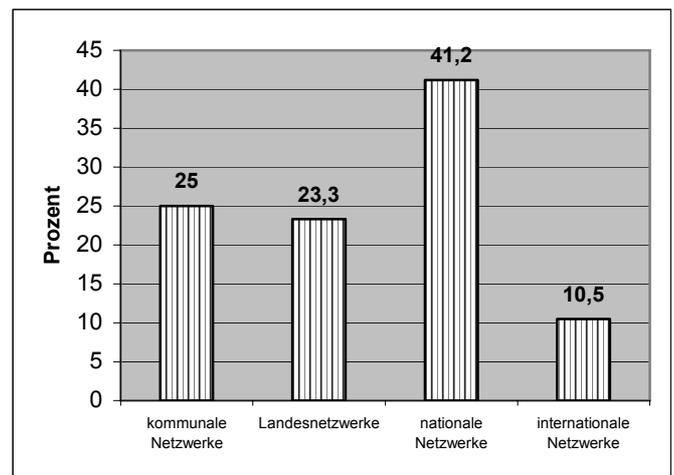
Die Vernetzung auf kommunaler Ebene ist sehr stark durch die lokale Agenda 21 geprägt. So werden beispielsweise Eine-Welt-Foren, Weltläden, Arbeitsgemeinschaften und -kreise häufig genannt. Neben dieser agendaspezifischen Vernetzung existiert auch eine projekt- und themenspezifisch orientierte Zusammenarbeit. Sie bezieht sich auf Städtepartnerschaften, Umwelt und Stadtentwicklung, Bildung und Migration. Eine klare Trennung der spezifischen Bereiche ist nicht immer gegeben, da sie sich häufig überschneiden. Es lassen sich jedoch Tendenzen erkennen.

Auf Landesebene besteht die Vernetzung mit Landesarbeitsgemeinschaften der lokalen Agenda 21 und entwicklungspolitischen Landesnetzwerken wie beispielsweise dem Eine-Welt-Netz NRW e.V., dem VEN Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen e.V., oder dem Eine Welt Netzwerk Bayern e. V.

Die internationale Vernetzung bezieht sich stark auf die Zukunftsfähigkeit von Städten und Kommunen, aber auch auf das Thema Umwelt. Als Netzwerk wurde häufig ICLEI genannt. Aber auch hier werden neben InWEnt auch Organisationen wie Amnesty International, die UNESCO oder der DED genannt.

Die Verteilung der Netzwerke bei Nichtregierungsorganisationen (Abb. 14) gestaltet sich ähnlich wie die der Kommunen, wenn auch mit anderer prozentualer Verteilung. Hier bilden die Netzwerke auf Bundesebene eine deutliche Mehrheit aus (41,2%), geringfügige Unterschiede zeigen sich hier nur zwischen

Abb. 14: Art der Netzwerke für NRO's



den kommunalen Netzwerken (25%) und denen auf Landesebene (23,3%). Dieses Ergebnis deckt sich mit den Analysen aus der ersten Befragung. Die intensivste Vernetzung wurde 2002 mit 36,1% auf der Bundesebene praktiziert. Sie wurde dicht gefolgt von der kommunalen Ebene mit 34,5%. Einen deutlichen Zuwachs weist, wie auch bei den Kommunen, die internationale Vernetzung auf, die 2002 nur 2,8% betrug und heute auf 10,5% angewachsen ist. Auch hier hat also ein deutlicher Bedeutungszuwachs in Richtung der internationalen Vernetzung stattgefunden.

Die Netzwerke auf Bundesebene spielen bei Nichtregierungsorganisationen eine etwas größere Rolle als die Vernetzungen auf kommunaler Ebene. Der VENRO Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. und

auch der Weltladen-Dachverband treten neben der agl Arbeitsgemeinschaft der Landesnetzwerke e.V. besonders hervor.

Die Vernetzung auf kommunaler Ebene ist, wie bei der Vernetzung von Kommunen, ebenfalls breit gefächert. Eine-Welt- bzw. Nord-Süd-Foren werden neben agendaspezifischer Vernetzung ebenso genannt wie themenspezifische Kooperationen zu Bildung, verschiedenen Kampagnen, Migration und Partnerschaft.

Bei der Vernetzung auf Landesebene heben sich das INKOTA-netzwerk e.V., BER Berliner entwicklungspolitischer Ratschlag e.V. und das Eine Welt Netz Nordrhein-Westfalen heraus.

Bezüglich der internationalen Organisationen wurde am häufigsten InWEnt, gefolgt von UNICEF und Amnesty International genannt. Auch wurde das Network for European Worldshops aufgeführt.

Wie verhält es sich mit den Kommunen und Nichtregierungsorganisationen, die nicht vernetzt arbeiten? Nur 29 von 41 Befragten, die die Frage nach der Vernetzung negativ beantwortet haben, gaben hierfür Gründe an. Genannt wurden hier: mangelndes Interesse, mangelnde Kapazitäten, fehlende geeignete Partner.

Wie sich eine Vernetzung auf die Kommunikation der Arbeit auswirkt, wird in Kapitel 3.7 (Seite 59) diskutiert.

3. Antworten zur Struktur der Eine-Welt-Arbeit. Womit Sie arbeiten.

Der dritte Fragenblock beschäftigt sich mit der Struktur der Eine-Welt-Arbeit. Dabei soll neben der Analyse der personellen und finanziellen Situation der Kommunen und Nichtregierungsorganisationen auch die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und die Transparenz der Eine-Welt-Aktivitäten zwischen Bürgerschaft und Verwaltung genauer betrachtet werden. Vorangestellt werden soll die Analyse der Frage nach den Hemmnissen in der Eine-Welt-Arbeit, da es sich hier um einen wichtigen Korrelationsfaktor handelt, mit dem die weiteren Fragen in Verbindung gebracht werden.

3.1 Hemmnisse der Eine-Welt-Arbeit vor Ort

Der Fragebogen stellt die Frage¹⁹ nach Hemmnissen, die in der Eine-Welt-Arbeit auftreten können. Insgesamt wurden 14 verschiedene Hemmnisse als Antwortmöglichkeiten vorgegeben, von denen jeweils nur die drei wichtigsten angekreuzt werden sollten. Dadurch sollen die Hauptprobleme in der Eine-Welt-Arbeit sichtbar werden. In Ergänzung zur Umfrage 2002 wurde als weitere Antwortoption „Desinteresse der Medien“ hinzugefügt.

In Tabelle 12 zeigt sich, dass als wesentliche Hemmnisse der Eine-Welt-Arbeit in erster Linie Finanzen (24,8%) und Personal (24,8%) angesehen werden. Darauf folgt mit einem Abstand von ca. 10 Prozentpunkten eine mangelnde Bürgerbeteiligung. Soweit sind diese Ergebnisse, bis auf geringe prozentuale Abweichungen, deckungsgleich mit denen aus der Umfrage 2002. An vierter Stelle folgt der Mangel an politischer Unterstützung mit 8,7%. 2002 spielte dieser Hemmnisfaktor mit 14,1% eine noch größere Rolle. Die neue Antwortoption des Desinteresses der Medien nimmt mit 6,7%

Tab. 12: Hemmnisse in der Eine-Welt-Arbeit

Hemmnisse	NRO		Kommune		Gesamt	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
Finanzen	71	24,9	80	24,7	151	24,8
Personal	68	23,9	74	22,8	142	23,3
Bürgerbeteiligung	29	10,2	45	13,9	74	12,2
politische Unterstützung	28	9,8	24	7,4	53	8,7
Desinteresse der Medien	30	10,5	11	3,4	41	6,7
Kooperationsbereitschaft	9	3,2	20	6,2	29	4,8
Informationsfluss	5	1,8	14	4,3	19	3,1
Koordination	9	3,2	10	3,1	19	3,1
Konkurrenz	9	3,2	10	3,1	19	3,1
Ausdauer bei Projekten	4	1,4	16	4,9	19	3,1
Umsetzung von Vorhaben	11	3,9	7	2,2	18	3,0
Einbeziehung Akteure	9	3,2	4	1,2	13	2,1
Organisation/Planung	3	1,1	9	2,8	12	2,0
Moderation	-	-	-	-	-	-
Summe	285	100,0	324	100,0	609	100,0

Rang 5 ein. Die darauffolgenden potenziellen Hemmnisse scheinen mit jeweils weniger als 5% eine eher untergeordnete Bedeutung zu haben. Von

¹⁹ Frage III.7 des Fragebogens.

keinem der Befragten wurden die Option „Moderation“ als Hemmnis festgelegt, 2002 nahm sie mit 1% ebenfalls den letzten Rang ein.

Es fällt auf, dass neben ressourcenbedingten Hemmnissen, vor allem solche genannt werden, die von einem mangelnden öffentlichen Interesse aller Seiten zeugen. Im Empfinden der Befragten scheinen nicht nur die Medien und die Politik ihr Interesse an der Einen-Welt-Arbeit verloren zu haben, auch die Beachtung durch die Gesellschaft hat offensichtlich nachgelassen – oder sich nicht in der Weise entwickelt, wie es die Akteure erhofft haben.

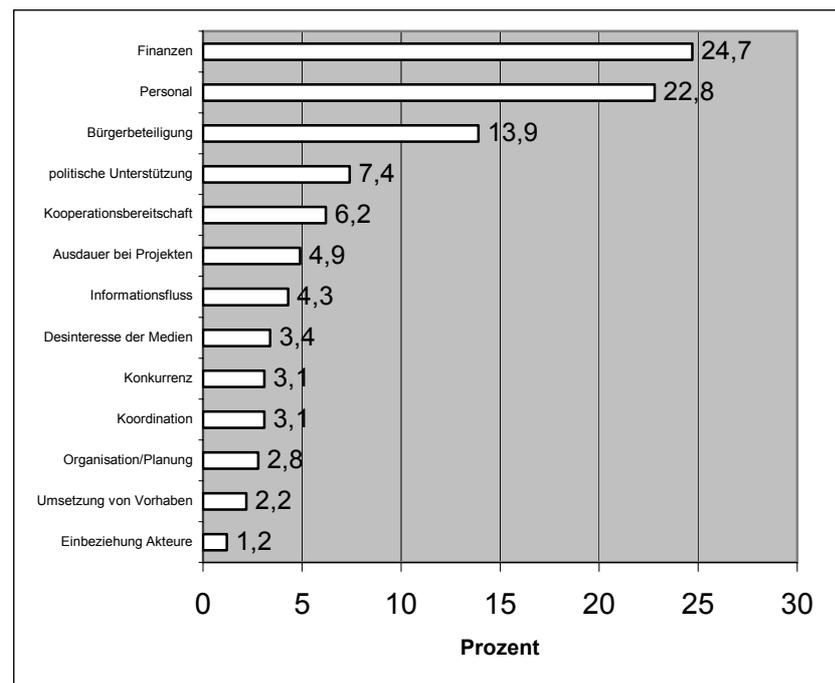
Vergleicht man die Ergebnisse der Hemmnisse der Einen-Welt-Arbeit mit den Gründen, weshalb keine weiteren Projekterweiterungen geplant sind (siehe Seite 35), zeigen sich deutliche Übereinstimmungen. Vor allem mangelnde Ressourcen, personelle und finanzielle Probleme wurden mit insgesamt 57,6% als wichtigste Hinderungsgründe angegeben. Bei einer Korrelation dieser Hinderungsgründe mit den Hemmnissen kam heraus, dass alle Befragten, die einen Hinderungsgrund in der genannten Richtung sehen, diese auch später als Hemmnis der Einen-Welt-Arbeit angaben.

Während 2002 bei einer getrennten Betrachtung der Hemmnisse nach Kommune und Nichtregierungsorganisation die Reihenfolge beider weitgehend mit der Gesamtbetrachtung übereinstimmte, zeigen sich 2006 Abweichungen. Daher sollen Kommunen und Nichtregierungs-

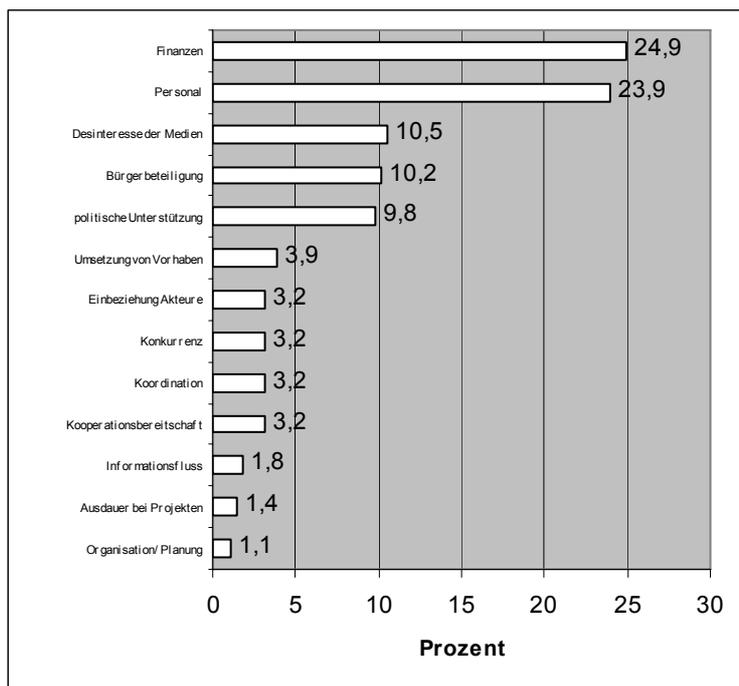
organisationen im Folgenden getrennt voneinander dargestellt werden.

Die Rangfolge der Hemmnisse bei den Kommunen (Abbildung 15) verläuft bis zu Rang 4 genau wie in der Gesamtbetrachtung. Rang 5 wird aber statt durch das Desinteresses der Medien mit 6,2% von der mangelnden Kooperationsbereitschaft eingenommen. Ein Desinteresse von Seiten der Medien (3,4%) scheint für die Kommunen keine wesentliche Rolle als Hemmnis zu spielen, da Kommunen meistens auch über gute Pressekontakte und/oder eigene Pressestellen verfügen. Die fehlende Ausdauer bei langfristigen Projekten sowie Prob-

Abb. 15: Hemmnisse der Kommunen



leme im Informationsfluss scheinen für die Kommunen als Hemmnis entscheidender zu sein. Hier werden demnach als Hemmnis neben einem Ressourcenmangel vor allem Probleme thematisiert, die in den kommunikativen Bereich fallen.

Abb. 16: Hemmnisse der NRO's

Alle weiteren Problematiken haben einen Anteil der unter 5% liegt. Sie bilden damit keine Schwerpunkte unter den Hemmnissen.

Die Nichtregierungsorganisationen (Abbildung 16) haben mehr Faktoren mit hohen Prozentzahlen bedacht, als die Kommunen. Dabei spielen an vorderster Front wieder finanzielle und personelle Probleme die Hauptrolle. Danach folgen, mit nur geringen Unterschieden, das Desinteresse der Medien (10,5%) eine mangelnde Bürgerbeteiligung (10,2%) und fehlende politische Unterstützung (9,8%). Die Nichtregierungsorganisationen definieren die Haupthemmnisse in der Eine-Welt-Arbeit im Unterschied zu den Kommunen neben ressourcenbedingten Problemen mit einer mangelnden gesellschaftlichen Aufmerksamkeit.

Auffällig ist bei Kommunen und Nichtregierungsorganisationen die beinahe identische Schwerpunktsetzung auf finanzielle und personelle Probleme.

Die einfache Aussage könnte heißen: Mit mehr Geld und mehr Leuten können wir mehr erreichen.²⁰

Eine andere Grundvoraussetzung für Eine-Welt-Arbeit, an der es in beiden Bereichen zu mangeln scheint, ist zum einen ein breites öffentliches Interesse, vertreten durch Bürgerbeteiligung, Interesse der Medien und politische Unterstützung – alles Faktoren, die sich natürlich auch gegenseitig bedingen. Auf der anderen Seite bedeuten für die Kommunen auch kommunikative Schwierigkeiten wie Kooperationsbereitschaft, Ausdauer bei langfristigen Projekten und Probleme im Informationsfluss ein Hemmnis.

Die angegebenen Hemmnisse wurden auch mit der Frage nach einer vorherigen Beteiligung an der Umfrage von 2002 korreliert. Dabei zeigten sich jedoch kaum Unterschiede. Es wurde nur deutlich, dass diejenigen, die sich schon 2002 an der Umfrage beteiligt haben, das Desinteresse der Medien als stärkeres Hemmnis betrachten, als die Personen, die nur an der vorliegenden Umfrage teilgenommen haben. Insofern konnten auch die damaligen Befragten keinen grundsätzlich geänderten Stand in der Einschätzung der Hemmnisse erlangen.

²⁰ Der Fragebogen beinhaltet zwei weitere Fragen, die sich eingehender mit den Themen Personal (Seite 47) und Finanzen (Seite 53) beschäftigen.

3.2 Personelle Situation

Die personellen Strukturen sind im Hinblick auf Eine-Welt-Arbeit ein sowohl spannendes als auch spannungsreiches Thema. Wie sich die Situation für die Akteure darstellt, ist bereits in vorhergehenden Kapiteln angeklungen. An dieser Stelle soll eine detaillierte Darstellung gegeben werden.

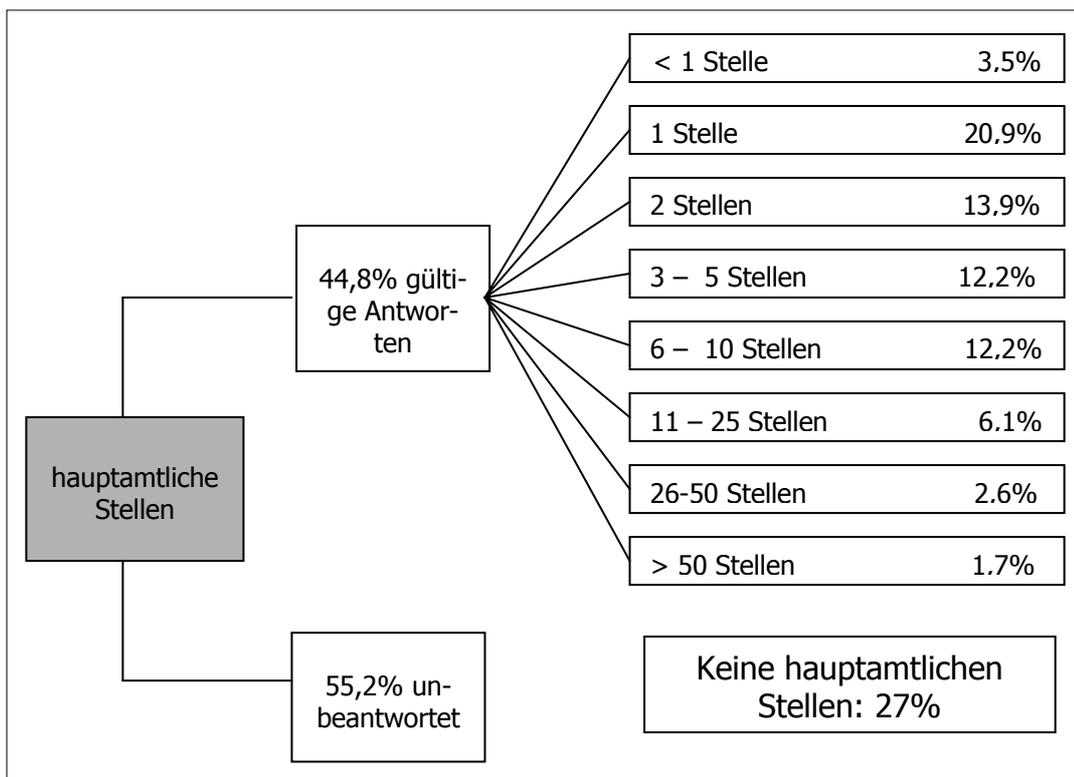
Im Fragebogen²¹ wurde zwischen hauptamtlichen Stellen und ehrenamtlich aktiven BürgerInnen differenziert. Beide Typen von Personal werden im Folgenden getrennt analysiert.

Die Frage zu der Anzahl hauptamtlicher Stellen in der Eine-Welt-Arbeit ist sehr zurückhaltend beantwortet worden. Obwohl nur Informationen zur Anzahl der Stellen erbeten wurden, haben gut 55% aller Befragten keine Angaben gemacht. 2002 lag der Wert mit 63% unbeantworteten Fragen sogar noch höher. Möglicherweise sind die fehlenden Antworten durch Unkenntnis der genauen Stellenzahl zu erklären.

Die Ergebnisse beruhen daher auf lediglich 44,8% gültiger Angaben. Diese wurden in Kategorien gefasst, die in der Gesamtübersicht (Abbildung 17) nach steigender Anzahl der Stellen aufgezeigt werden. Begonnen wird mit „< 1 Stelle“, wobei es sich um halbe Stellen, oder

Stellen mit weniger als 20 Stunden pro Woche handelt. Eine Vergleichbarkeit zur Umfrage von 2002 ist nur begrenzt möglich, da diesmal andere Größenkategorien gewählt wurden. Auffällig ist beim Vergleich der Werte, dass der Anteil an Stellen < 1 Stelle in 2002 11,8% betrug, heute liegt er bei

Abb. 17: Gesamtübersicht zu hauptamtlichen Stellen in der Eine-Welt-Arbeit



3,5%. Auffällig bei den Ergebnissen ist die Tatsache, dass 27% der Befragten angaben, dass in ihrem Kreis/ ihrer Kommune keine hauptamtlichen Stellen für die Eine-Welt-Arbeit vorhanden sind. Es folgt mit 20,9% 1 Stelle. Mit zuneh-

²¹ Frage III.1 im Fragebogen.

mender Anzahl der Beschäftigten sinken die Prozentzahlen weiter ab.

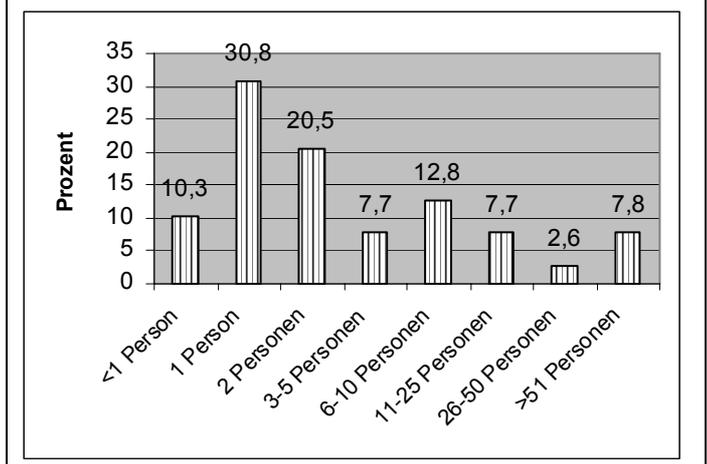
Im Folgenden soll ermittelt werden, ob die Befragten, die angegeben haben, keine hauptamtlichen Stellen zu besitzen, das Personalproblem auch als größtes Hemmnis betrachten. Dabei zeigt sich jedoch überraschender Weise, dass nur 77,4% die personelle Situation auch als eine der wesentlichen Hemmnisse der Einen-Welt-Arbeit ansehen. Diejenigen Befragten, die sich keine Aussage über die Anzahl der hauptamtlichen Beschäftigten zutrauten, sehen entsprechend dem Gesamtbild der Hemmnisse der Eine-Welt-Arbeit auch die personelle sowie finanzielle Situation und mangelnde politische Unterstützung als maßgeblich an. Handelt es sich hier nicht um einen Widerspruch? Warum wird Personal als Hemmnis angegeben, wenn kein Überblick über die tatsächliche personelle Situation besteht? Es kann darüber nur spekuliert werden. Falls die Befragten in diesem Fall das Personal als Hemmnis betrachten, bestätigen sie damit nur, was als Problem allgemein bekannt und anerkannt ist.

Nachfolgend wird die Situation der hauptamtlichen Stellen für Kommunen und Nichtregierungsorganisationen getrennt beleuchtet. Die geringen Fallzahlen bei der Beantwortung dieser Frage, dürfen bei der Betrachtung nicht außer Acht gelassen werden. Bei den Kommunen machten insgesamt nur 39 Personen Angaben über die wirkliche Anzahl der hauptamtlich tätigen, bei den Nichtregierungsorganisationen 45.

Die Kommunen (Abbildung 18) bewältigen die Eine-Welt-Arbeit mit einer sehr geringen Anzahl hauptamtlichen Personals. Da allein schon 27% die Angabe machten, dass keine hauptamtlichen Stellen im Bereich der Eine-Welt-Arbeit vorhanden sind, wird demnach ein Großteil der Arbeit durch ehrenamtliche

Tätigkeiten – außerhalb der Rathäuser – erledigt. Der Anteil von Kommunen, die eine Stelle besetzen, liegt bei 30,8%, zwei Stellen liegen bei 20,5%. 7,7% haben drei bis fünf Stellen eingerichtet, während 10,3% mit Personal arbeiten, dass weniger als eine Stelle ausfüllt. Der

Abb. 18: Hauptamtliche Stellen in Kommunen

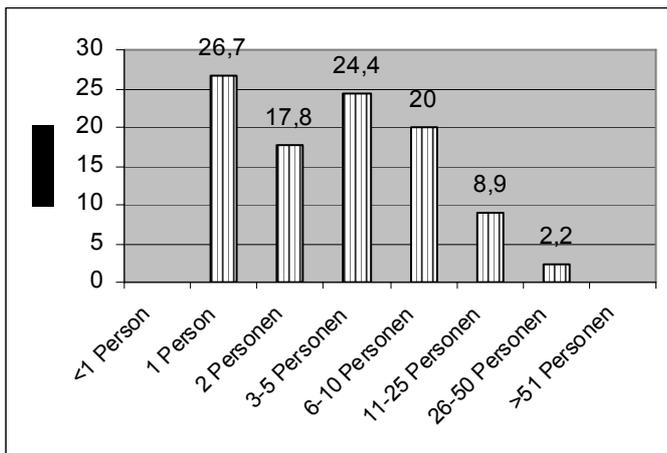


Anteil von sechs bis zehn Stellen liegt bei 12,8%.

Anhand dieser Verteilung wird deutlich, weshalb ein Mangel an Personal als wesentliches Hemmnis der Eine-Welt-Arbeit betrachtet wird. Es dokumentiert aber auch die Probleme, einen Ansprechpartner im Rathaus zu finden, da dieser im Regelfall fehlt.

Bei den Nichtregierungsorganisationen (Abbildung 19) gestaltet sich – wie auch schon 2002 – die Situation hauptamtlich Beschäftigter etwas besser. Den größten Anteil macht zwar auch hier mit 26,7% eine Stelle aus (2002 waren es zwei bis drei Stellen mit 26%). Aber 24,4% werden schon durch drei bis fünf Stellen zur Verfügung.

Auch die Besetzung durch sechs bis zehn Personen (20%), sowie durch zwei Stellen (17,8%) nehmen hohe Prozentzahlen ein. Mit weniger als einer Stelle muss keine der Nichtregierungsorganisationen auskommen. 2002 lag dieser Wert noch bei 4%. Dies kann sowohl

Abb. 19: Hauptamtliche Stellen bei NRO's

eine Verbesserung als auch eine Verschlechterung dokumentieren.

Gegebenenfalls muss auf die unterschiedliche Definition geachtet werden: Was ist eine Stelle? Im Rathaus wird dies über den Stellenplan und ggf. Stellenprofile oder einen Aufgabengliederungsplan zugewiesen. Was dort als Thema nicht gelistet ist, hat keine zugeordnete Stelle. In einer Nichtregierungsorganisation muss nicht jede der genannten Stellen ausschließlich für dieses Thema aktiv sein, hier sind die Übergänge zwischen einigen Aufgaben fließender.

Nimmt man eine Betrachtung nach der Anzahl der Hauptamtlichen vor und setzt dies ins Verhältnis mit dem Urteil der Personalsituation als "Hemmnis"²², so zeigt sich zunächst, dass diese Wertung generell mit der Anzahl der Beschäftigten abnimmt: Je mehr Personal da ist, desto geringer sind Handlungsmöglichkeiten durch die Personalsituation beeinträchtigt. Diese Tendenz wird nur unterbrochen von den Organisationen mit 6-10 hauptamtlichen, hier gibt es eine kleine Zunahme gegenüber den vorherigen Klassen. Dies bewirken ausschließlich die Einschätzungen der Nichtregierungsorganisation: 33,3% der "Einzel-

²² Frage III.7 im Fragebogen; Seite: 44.

kämpfer", 22,2% der 2-Personen-Klasse, 11,1% der 3-5 Personen aber 25,9% der 6-10-Personen-Klasse werten die Personalsituation als Hemmnis. Bei den Kommunen nehmen die Werte dagegen stark ab: 27,3% (1 Person), 22,7 (jeweils bei 2 und bei 3-5 Personen) sowie 9,1% der 6-10 Personen.

Beide Gruppen haben wohl nicht immer die Fragestellung bzgl. der Anzahl hauptamtlich Beschäftigter verstanden. Dieses Urteil erscheint wegen der Nennungen von teilweise über 100 oder 500 Personen plausibel. Es ist nicht davon auszugehen, dass diese Werte tatsächlich auf nur jenes Personal in den Organisationen bezogen sind, welches für die "Eine-Welt-Aktivitäten" vor Ort aktiv ist. Hier darf bezweifelt werden, ob nicht u.a. das Gesamtpersonal einer Kommune aufgeführt wurde, zumal dann, wenn diese in der Größenklasse über 500 Hauptamtliche Personalhemmnisse noch zu 4,5% benennt.

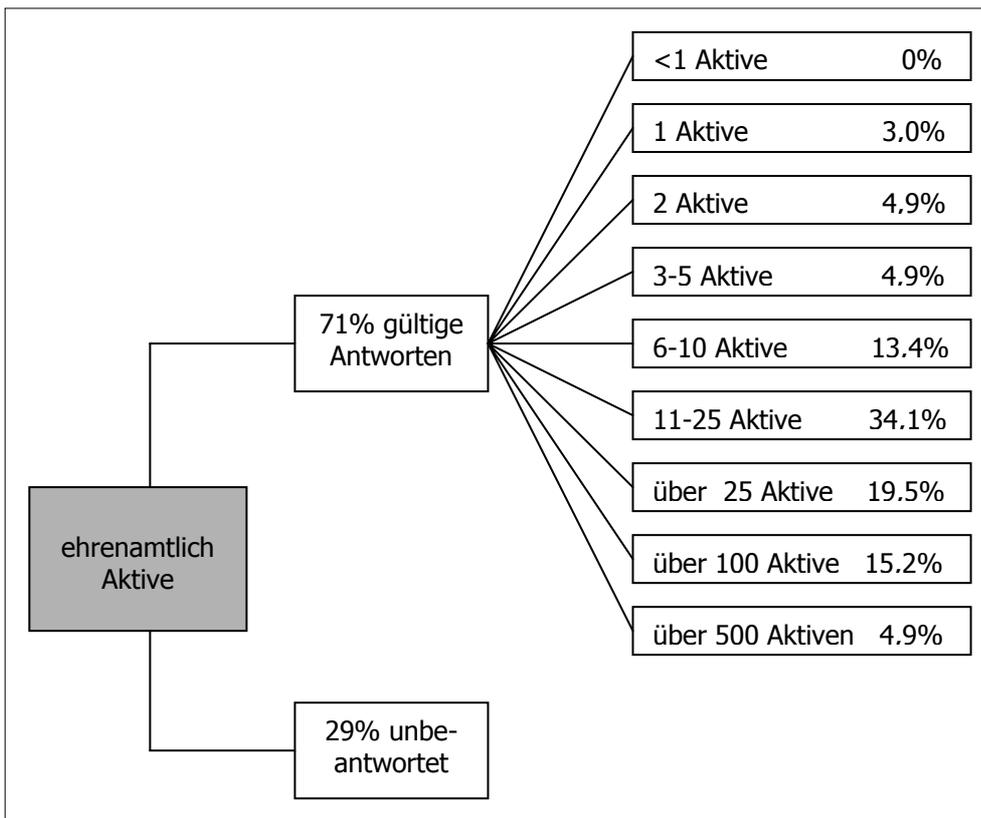
Trotzdem bleibt:

Im Vergleich zwischen Kommunen und Nichtregierungsorganisationen zeigt sich, dass den Kommunen wesentlich weniger hauptamtliche Mitarbeiter zur Verfügung stehen. Beide Gruppen haben für die Eine-Welt-Arbeit nicht viel. Das Bild, in Rathäusern gebe es bezahlte Menschen für alle Aufgaben, trägt ebenso wie das es in Nichtregierungsorganisation nur unbezahlte Menschen für Themen gibt.

Nachfolgend werden die Zahlen²³ des **ehrenamtlichen Engagements**, ebenfalls für Kommunen und Nichtregierungsorganisationen getrennt, aufgezeigt.

²³ Frage III.1 im Fragebogen.

Abb. 20: Gesamtübersicht zu ehrenamtlich Aktiven in der Eine-Welt-Arbeit



In der Gesamtübersicht (Abbildung 20) wird deutlich, dass bei der Frage zum ehrenamtlichen Engagement der Bürger ein deutlich besseres Antwortverhalten vorliegt. Nur 29% (statt 55% bei der Hauptamtlichen-Frage) der Befragten ließen diese Frage unbeantwortet. Auch im Vergleich zu 2002 ist die Antworthäufigkeit angestiegen. Mit 54% hatten etwas mehr als die Hälfte der Befragten keine Zahlen der ehrenamtlich Aktiven angegeben.

Bei Betrachtung der ehrenamtlich Aktiven zeigt sich im Vergleich zu den hauptamtlichen Stellen eine gegenläufige Verteilung was die Höhe der Prozentzahlen mit der steigenden Anzahl der Aktiven anbelangt. Prozentzahlen über 10 werden erst ab sechs bis zehn Aktiven erreicht (bei den Hauptamtlichen nehmen sie danach wieder ab; siehe Abb. 17). Am Häufigsten (34,1%) wur-

den 11-25 ehrenamtlich Tätige angegeben.

In 38,7% der Kommunen (siehe Abbildung 21), die den Fragebogen beantwortet haben, stehen 11-25 ehrenamtlich Aktive zur Verfügung. Mit insgesamt 25,9% ist der Anteil von 1-10 Aktiven ungefähr 10% geringer.

Abb. 21: Ehrenamtlich Aktive in Kommunen

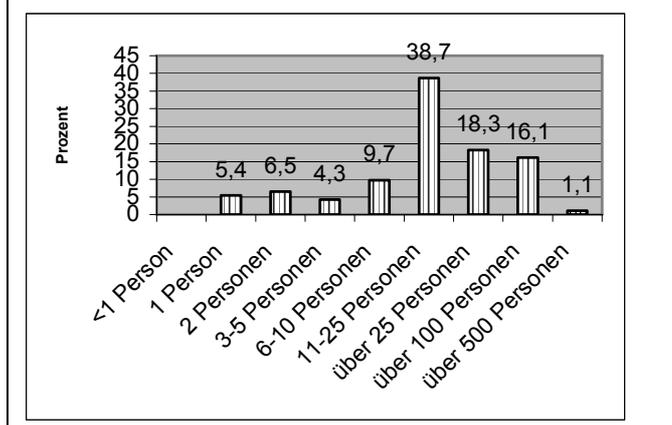
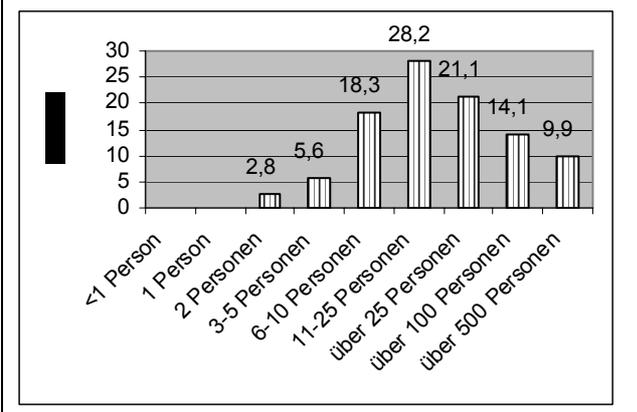


Abb. 22: Ehrenamtlich Aktive in NRO's

Mit steigender Anzahl (über 25%) der ehrenamtlichen Bürger sinkt der prozentuale Anteil wieder. Immerhin weisen 16,1% der Kommunen einen Anteil an ehrenamtlich Aktiven von über 100 Personen auf. 2002 lagen die Prozentzahlen, wenn auch bei anderer Kategorisierung ähnlich.

Die Situation des ehrenamtlich beschäftigten Personals gestaltet sich bei Nichtregierungsorganisationen ähnlich (Abb. 22). Auch hier wird der Hauptanteil von 11-25 Personen mit 28,2% angegeben. Dieser Wert fällt geringer aus als bei den Kommunen aus. Während bei den Kommunen nur 9,7% zwischen 6-10 Personen ehrenamtlich beschäftigen, sind es hier 18,3%. Bei der Anzahl an Aktiven über 500 sind es bei den Kommunen nur 1,1% während der Wert bei den Nichtregierungsorganisationen 9,9% beträgt. Die Prozentwerte sinken nach 11-25 Aktiven ebenfalls mit steigender Zahl Ehrenamtlicher.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass Nichtregierungsorganisationen die ehrenamtliche Beteiligung höher einschätzen als Kommunen. Sieht man von Vereinsmitgliedschaften ab, gibt es dafür letztlich keine wirkliche Statistik, so dass gerade bei dieser Fragestellung geschätzt werden musste.

3.3 Organisierte Eine Welt vor Ort

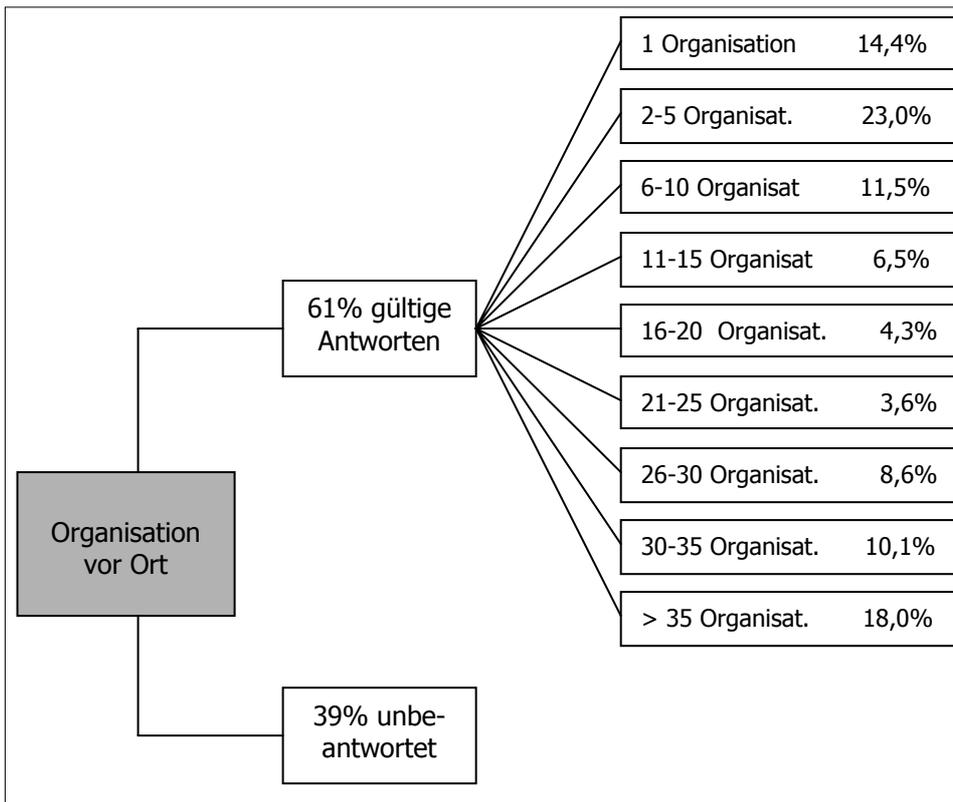
In der Umfrage 2006 wurde, um die Struktur der Eine-Welt-Arbeit genauer analysieren zu können, neben der personellen Situation auch nach der Anzahl der Organisationen vor Ort gefragt, die Eine-Welt-Arbeit betreiben.²⁴ 2002 wurde dies nicht erfragt. Ähnlich wie bei der Abfrage der personellen Situation, lag der Anteil an Personen, die diese Frage unbeantwortet ließen mit 39% relativ hoch (Abbildung 23). Vermutlich kann auch hier die Unkenntnis über die genaue Anzahl als Grund angesehen werden. Generell sollten die Ergebnisse dieser Frage vorsichtig interpretiert werden, da es sich nur um Schätzungen der Befragten handeln kann.

Am häufigsten (23%) wurde von den Befragten angegeben, dass es bei ihnen vor Ort zwischen zwei und fünf Organisationen der Eine-Welt-Arbeit gibt. 18% sagten aus, dass sich mehr als 35 Organisationen vor Ort befinden. Da dieser Kategorie die Größte ist, ist dieser Wert auch nur bedingt aussagekräftig.²⁵

An zweiter Stelle wurde eine lokale Organisation mit 14,4% genannt. Auffällig an der Gesamtübersicht ist, dass sich die höheren prozentualen Werte jeweils an den Rändern der Kategorien befinden: das Mittelfeld (11-25 Organisationen) weist die geringsten prozentualen Anteile auf. 10,1% der Befragten gaben an, dass sich zwischen 30 und 35 Organisationen der Eine-Welt-Arbeit vor Ort befinden. Dies hängt auch mit den unterschiedlichen Herkunftsorten der Befragten zusammen, bei denen einige aus größeren Städten, aber andere aus kleineren Orten stammen.

²⁴ Frage III.2 im Fragebogen.

²⁵ Die drei letzten Zahlen in dieser Kategorie lauten 240, 600 und 2.000.

Abb. 23: Anzahl der Eine-Welt-Organisationen vor Ort

Des weiteren wurde danach gefragt, ob vor Ort auch ein Netzwerk aus den entsprechenden Organisationen besteht.²⁶

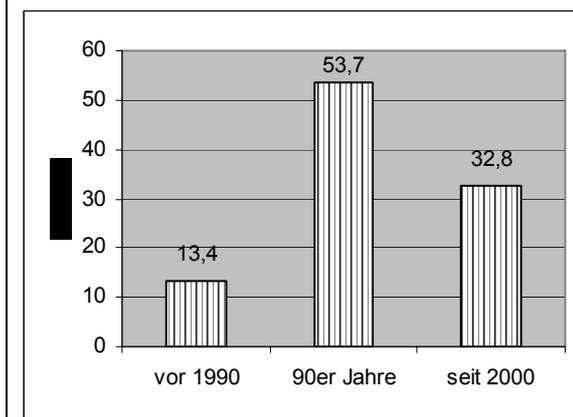
Offensichtlich scheint die Mehrzahl der Befragten über die Situation der Organisationen der Eine-Welt-Arbeit vor Ort nicht besonders gut informiert zu sein. Bestehenden lokalen Netzwerken kann daher empfohlen werden, sich stärker vor Ort (auch Richtung Rathaus) bekannt zu machen.

Über die Hälfte (61,5%) der Befragten konnte diese Frage nicht beantworten. Nur 29% gaben an, dass ein Netzwerk vor Ort existiert: davon 42% Kommunen und 58% Nichtregierungsorganisation. Letztere sind über lokale Netzwerke besser informiert. Dies korrespondiert auch mit ihrer stark vernetzten Arbeitsweise (Abb. 12, Seite 39).

²⁶ Frage III.2 im Fragebogen.

Bei den wenigen, die angaben, dass eine Vernetzung der Organisationen vorhanden ist, sind sehr genaue Kenntnisse über die Struktur vorhanden. Sie wurden nämlich zusätzlich nach dem ungefähren Beginn der Vernetzung gefragt, zu dem alle Befragten antworten konnten. Daraus wurden drei Antwortkategorien gebildet. Aus der Abbildung 24 wird deutlich, dass etwas mehr als die Hälfte (53,7%) der Netzwerke in den

90er Jahren gebildet wurde. Dies liegt auch daran, dass es seinerzeit durch Fördermittel quasi, aber auch seit dem

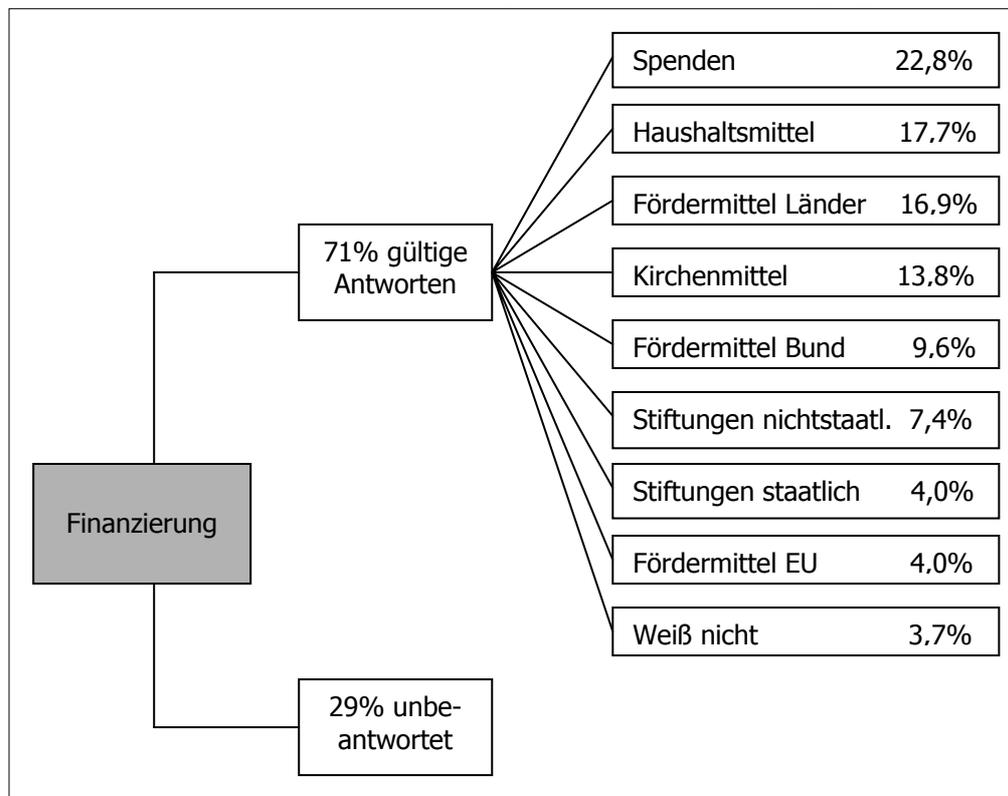
Abb. 24: Gründungszeiträume lokaler Eine-Welt-Netzwerke

Jahr 2000 herrscht diesbezüglich mit 32,8% noch eine rege Aktivität.²⁷

²⁷ 1990 fand die bundesweite Aktion "Eine Welt für alle!" statt, in dessen Folge sich Gruppen zusammenschlossen.

3.4 Finanzielle Situation

Abb. 25: Gesamtübersicht der Angaben zu Finanzierungsquellen



Die Frage nach den Geldquellen²⁸ zur Finanzierung der Eine-Welt-Arbeit unterscheidet acht unterschiedliche Finanzquellen. Ein Unterschied zu 2002 besteht darin, dass die Antwortoption „Stiftungen“ noch einmal in „staatliche“ und „nichtstaatliche“ unterteilt wurde. Keine Berücksichtigung fanden 2006 die „Eigenmittel“. Ebenso wurde die Erweiterungsoption „Andere“ weggelassen.

Es ist lediglich die Art der Finanzierungsquellen erfragt worden. Durch die Frage sollen keine Informationen über die Intervalle, in denen die Finanzierungsmittel bezogen werden, oder über deren Höhe oder ihrem exakten Splitting zur Projektfinanzierung ermittelt werden; dies verhindert oft, solche Fragen beantwortet zu bekommen. Somit beziehen sich die Daten nur auf die Her-

kunft der Gelder und sagen nichts zur Mittelhöhe, auch nicht bezogen auf die zu bezeichnenden Verschiebungen der Quellen.

Die wichtigste Finanzierungsquelle (Abbildung 25) in der heutigen Eine-Welt-Arbeit stellen Spenden (22,8%), gefolgt von kommunalen Haushaltsmitteln (17,7%) dar. 2002 belegten diese beiden Finanzierungsarten mit jeweils 24% ebenfalls die obersten beiden Plätze.

Auch den Fördermitteln der Länder (16,9%) kommt wie auch schon 2002 eine hohe Bedeutung zu. Die Gelder des Bundes (9,6%) und der Europäischen Union (4,0%) fallen weniger stark ins Gewicht, wobei die Fördermittel der EU von 7% in 2002 auf 4% in 2006 abgesunken sind. Der größte Unterschied zur ersten Umfrage besteht im Bedeutungs-

²⁸ Frage III.3 im Fragebogen.

zuwachs der Kirchenmittel, die 2002 nur 4% ausmachten und heute bei 13,8% liegen. Hier gilt sicherlich, dass der Rückgang staatlicher Mittel in den Förderlinien dazu beigetragen hat, stärker auf kirchliche Mittel zuzugreifen. Über einen Anstieg der kirchlichen Finanzierungsmittel in der Höhe besagt dies nichts, sondern nur, dass deren Anteil an der Finanzierung häufiger vorkommt.

Der Anteil von Stiftungen als Quelle stieg ebenfalls am deutlichsten an: von 2002 mit 4% auf nunmehr über 11% (4% staatliche, 7,4% nichtstaatliche Stiftungen). Dies liegt sicherlich auch daran, dass sich staatliche Mittel auf vielen Ebenen teilweise erheblich reduziert haben und zunehmend auch Stiftungen zur Sicherung der Projekte genutzt und zu diesem Zweck auch gegründet werden.

Nur 3,7% der Befragten ("weiß nicht") gaben an, nicht über die Finanzierungsquellen bescheid zu wissen.

In der vergleichenden Übersicht der in Anspruch genommenen Finanzierungsmittel (Tabelle 13) werden die Unterschiede zwischen Kommunen und Nichtregierungsorganisationen deutlich.

Kommunen finanzieren sich im Vergleich zu Nichtregierungsorganisationen stärker durch eigene kommunale Haushaltsmittel (27,1%), Nichtregierungsorganisationen hauptsächlich durch Spenden (24,1%). Spenden spielen aber auch bei den Kommunen mit einem Anteil von 21,2% eine große Rolle (2. Rang).

Die Fördermittel der Länder werden als Quelle sowohl bei den Kommunen, als auch bei den Nichtregierungsorganisationen mit einer Häufigkeit von 18,3% bzw. 15,8% bezogen, 3. Rang.

Ein großer Unterschied besteht im Bezug auf Fördermittel des Bundes. Bei Kommunen betragen sie 3,7%, während der Anteil der Nichtregierungsorganisationen bei 14,3% liegt. Dies dürfte u.a. am auch inhaltlichen Schwerpunkt bei den Nichtregierungsorganisationen im

Tab. 13: Gesamtübersicht der Finanzierungsmittel getrennt nach Kommune und NRO (Mehrfachnennungen waren möglich)

Finanzierungsquellen	NRO		Kommune		Gesamt	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
Fördermittel der EU	16	4,6	9	3,3	25	4,0
Fördermittel des Bundes	50	14,3	10	3,7	60	9,6
Fördermittel des Landes	55	15,8	50	18,3	105	16,9
Kommunale Haushaltsmittel	36	10,3	74	27,1	110	17,7
Kirchliche Mittel	54	15,5	32	11,7	86	13,8
Spenden	84	24,1	58	21,2	142	22,8
Stiftungen staatlich	14	4,0	11	4,0	25	4,0
Stiftungen nichtstaatlich	35	10,0	11	4,0	46	7,4
weiß nicht	5	1,4	18	6,6	23	3,7
Summe	349	100,0	273	100,0	622	100,0

Thema der entwicklungspolitischen Bildung liegen, die mit staatlichen Mitteln (BMZ) gefordert wird. Außerdem haben Kommunen im Regelfall weder für entwicklungspolitische Bildungsarbeit noch für Auslandsprojekte ein Zuwendungsrecht.

Nichtstaatliche Stiftungen und Kirchenmittel werden im Vergleich von Nichtregierungsorganisationen etwas mehr beansprucht. Der höhere Anteil von Kirchenmitteln im Vergleich zu Kommunen ist hier auf die kirchlichen Nichtregierungsorganisationen zurückzuführen.

2002 zeigte sich mit nur geringen prozentualen Unterschieden das gleiche Bild. Eine Ausnahme stellen nur die Kirchenmittel dar, da deren Nennung – wie schon in der Gesamtübersicht deutlich geworden – stark angestiegen ist.

Im Vergleich wird deutlich, dass die Finanzierung sowohl von Kommunen, als auch von Nichtregierungsorganisationen zu großen Teilen aus den gleichen Finanzquellen bezogen wird. Vor allen Dingen Spenden und Fördermittel der Länder stellen für beide Gruppen wichtige Quellen der Finanzierung dar.

Die Finanzierung wurde von den Befragten als ein Haupthemmnis in der Eine-Welt-Arbeit eingestuft (siehe Seite 44). An dieser Stelle soll daher kurz untersucht werden, aus welchen Töpfen diejenigen Institutionen gefördert werden, die Finanzierung als ein Hemmnis ansehen. Dabei wird deutlich, dass mit 23,6% vor allem Geförderte aus Kommunalen Haushaltsmitteln, gefolgt von Spendenabhängigen (19,9%) in der Finanzierung ein Hemmnis der Einen-Welt-Arbeit sehen.

Wenn man das generelle Problem verschuldeter Kommunen und der abnehmenden (Mit)Finanzierung in diesem Bereich sieht, so ist die Sorge derjenigen, die sich aus dieser Quelle finanzieren, nicht unbegründet.

Spender schauen verstärkt auf den Erfolg von Projekten und dem für sie sichtbaren Vorteil/Imagenuutzen. Aber auch private Spender können plötzlich wegfallen, weil ein anderes Ereignis in den Fokus kommt oder diese selbst weniger Mittel zu verteilen haben. Spendenmittel sind keine feste vertragliche Geldquelle.

Ebenso zeigt sich, dass Geförderte aus Mitteln des Landes (16,5%) und Kir-

chenmitteln (15,8%) mit der Finanzierung unzufrieden sein müssen.

Wegen der erheblichen Mittelkürzungen in Nordrhein-Westfalen für die Förderung der Eine-Welt-Arbeit wurde in der Frage der Landesmittel die Situation hier gesondert beleuchtet. Dabei zeigt sich seit 2002 eine Verdoppelung der Hemmnisbeurteilung nur bei den Antworten aus NRW: 32% nennen dies 2006 ein Hemmnis. Dies beurteilen Kommunen (31,2%) und Nichtregierungsorganisation (33,3%) fast gleichwertig.²⁹

Die Unzufriedenheit bei den Beziehern von Kirchenmitteln ist schwer zu beurteilen. Eventuell hängt dies mit der Höhe der Finanzierung zusammen, die aber mittels der Umfrage nicht erfragt wurde.

Abschließend ist das Splitting der Geldquellen von Interesse: Wie viele Geldgeber dienen insgesamt der Finanzierung? Hier zeigt sich, dass 24,1% (der höchste Wert) mit nur einer Quelle auskommen. Zwei Geldquellen benötigen 21,7%, drei 23,6%. Immerhin 10,4% nutzen fünf Quellen gleichzeitig, 3,3% nannten alle acht. Mit 1-2 Geldgebern agieren 45,8%, mit 1-3 69,3%.

Bei der Unterscheidung beider Gruppen zeigt sich Folgendes: Kommunen kommen in der Summe mit weniger Geldgebern aus (1-3 Quellen: 80,7%) als Nichtregierungsorganisation (1-3 Quellen: 57,3%). Nur einen Geldgeber haben Kommunen mit 28,4% (höchster Wert), NROs mit nur 19,4%, bei NROs liegt der höchste Einzelwert bei 3 genannten Geldgebern mit 22,3%.

Der Aufwand steigt erfahrungsgemäß mit der Anzahl der zu erschließenden und zu betreuenden Geldgeber – auch dadurch kann die Finanzierungsthematik

²⁹ Siehe hierzu gesonderte Betrachtung von Nordrhein-Westfalen (zu Geld: ab Seite 91).

ein Hemmnis für Aktivitäten werden. Gleichzeitig sichert die Arbeit eine Diversifizierung auf verschiedene Geldquellen anders ab, als die Abhängigkeit von einer Quelle.

3.5 Einbeziehung von Organisationen vor Ort

Ein weiterer neuer Aspekt der diesjährigen Befragung ist das Interesse an den Organisationen, die vor Ort mit in den Prozess der Eine-Welt-Arbeit eingebunden werden.³⁰ Dabei waren elf Antwortmöglichkeiten (Tabelle 14) vorgegeben, unter der zusätzlichen Option „Andere“ (Tabelle 15) konnten eigenständig Organisationen benannt werden.

Tab. 14: Gesamtübersicht über die einbezogenen Organisationen in den Prozess der Eine-Welt-Arbeit
(Mehrfachnennungen waren möglich)

Organisationen	NRO		Kommune		Gesamt	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
Eine-Welt Vereine	81	20,5	106	20,6	187	20,5
Kirchen	84	21,3	88	17,1	172	18,9
Schulen	80	20,3	91	17,7	171	18,8
Umweltgruppen	44	11,1	67	13,0	111	12,2
Kindergarten	24	6,1	47	9,1	71	7,8
Migrant/Innenvereine	29	7,3	38	7,4	67	7,4
andere (siehe Tab. 15)	20	5,1	23	4,5	43	4,7
Supermarkt	12	3,0	22	4,3	34	3,7
Sportvereine	10	2,5	19	3,7	29	3,2
Handwerkskammer IHK	7	1,8	10	1,9	17	1,9
Schützenvereine	4	1,0	4	0,8	8	0,9
Summe	395	100,0	515	100,0	910	100,0

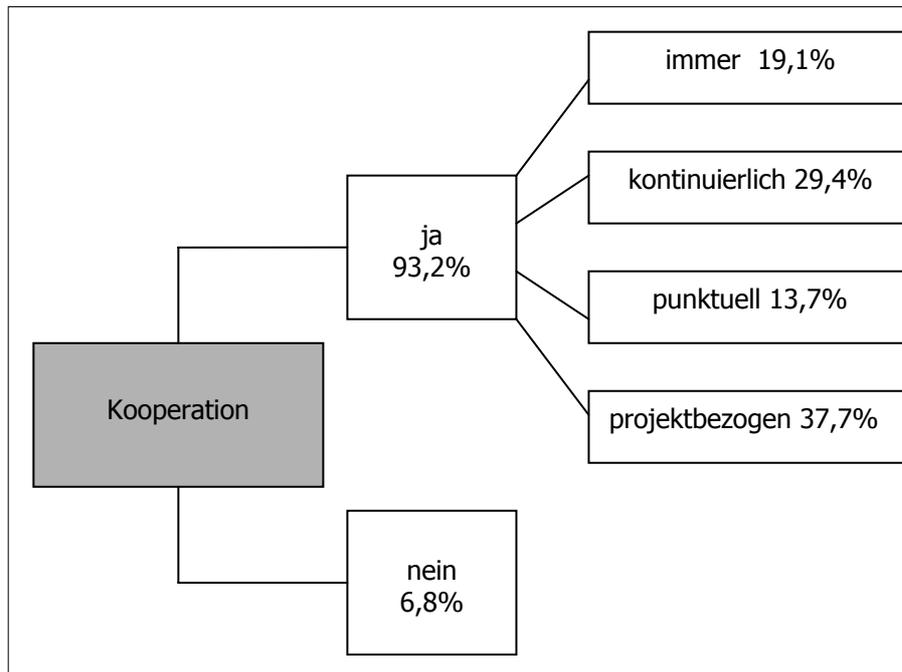
Tab 15: Andere Prozessbeteiligte

Andere	abs.	in %
andere Vereine	10	23,3
Bürgergruppen	9	20,9
Unternehmen/Firmen	7	16,3
Verbände	6	14,0
Einzelhandel	5	11,6
Weltläden	3	7,0
Sonstiges	3	7,0
Summe	43	100,0

Bei der Gesamtbetrachtung der Organisationen, die in den Prozess der Eine-Welt-Arbeit mit eingebunden werden, führen die Eine-Welt-Vereine mit 20,5% vor den Kirchen (18,9%) und den Schulen (18,8%). Sicherlich bietet die hohe Beteiligung von Kirchen vor Ort auch eine Erklärung für die Einwerbung von Finanzmitteln seitens der Kirchen. Der gute Wert für Schulen zeigt auch, dass Projekte in diesem Bereich z.B. seitens der Nichtregierungsorganisation laufen

³⁰ Frage III.6 im Fragebogen

Abb. 26: Gesamtübersicht zur Kooperation mit nichtstaatlichen Akteuren



und ankommen. Das im Rahmen einer Befragung zum Thema der Einen Welt die Eine-Welt-Gruppen den Spitzenplatz einnehmen, ist zu erwarten gewesen.

Auch Umweltgruppen spielen mit einem Prozentanteil von 12,2% noch eine wichtige Rolle. Es folgen Kindergärten und Migrant/Innenvereine unter 10% und Supermärkte, Sportvereine und die Handwerkskammer mit Angaben unter 5%. Schützenvereine werden am wenigsten (0,9%) mit in den Eine-Welt-Prozess vor Ort eingebunden.

4,7% der Befragten gaben andere Organisationen oder Institutionen an, die unmittelbar vor Ort in die Eine-Welt-Arbeit eingebunden werden. Diese sind in Tabelle 15 aufgeschlüsselt dargestellt. Dabei wurden an erster Stelle andere Vereine (vor allem Karnevalsvereine) genannt, gefolgt von Bürgergruppen, Unternehmen bzw. Firmen, Verbänden und dem Einzelhandel.

Eine getrennte Darstellung nach Kommunen und Nichtregierungsorganisationen ist in diesem Fall nicht sinnvoll, da deren Rangfolge kaum von der Gesamtdarstellung abweicht und auch unterein-

ander kaum Unterschiede bestehen. Im Grundsatz ist dies auch ein positives Ergebnis, denn es zeigt, dass sich diese beiden Gruppen bezüglich der einzubeziehenden Organisationen zu einem guten Teil einig sind. Festgehalten werden kann ferner, dass

Nichtregierungsorganisationen häufiger mit Kirchen und Schulen zusammenarbeiten als die Kommunen, wohingegen diese vermehrt eine Zusammenarbeit mit Um-

weltgruppen und Kindergärten anstreben (vgl. Tab. 14).

3.6 Kooperation mit nichtstaatlichen Akteuren

Die Frage nach der Kooperation³¹ mit nicht-staatlichen Akteuren stellt im Wesentlichen eine Vernetzungsfrage dar. Mit nicht-staatlichen Akteuren sind Vereine, Verbände, Gruppen, Kirche, etc. gemeint. Zunächst soll ermittelt werden, ob eine Zusammenarbeit existiert. Wenn sie besteht, wird nach der Form der Kooperation gefragt.

Eine Gesamtübersicht (Abbildung 26) zeigt die Gliederung zur Kooperation und ihren Formen mit nicht-staatlichen Akteuren.

Bei der Gesamtübersicht wurde die im Fragebogen vorhandene Antwortoption „zufällig“ nicht aufgeführt, weil sie von keinem der Befragten gewählt wurde. Eine Vergleichbarkeit zur ähnlichen Frage von 2002 ist nur begrenzt möglich, da die Antworten nicht genau übereinstimmen. 2002 fehlte die Antwortmöglichkeit „immer“.

Die Kooperation mit nicht-staatlichen Akteuren steht insgesamt betrachtet, wie auch schon 2002, eindeutig im Vordergrund: 93,2% (2002: 91%) der Befragten geben an, mit diesen Akteuren zu kooperieren, während 6,8% keinerlei Zusammenarbeit betreiben.

37,7% der Kooperationen findet auf Projekte bezogen statt (2002 waren es noch knapp die Hälfte: 49%). Weitere 29,4% bezeichnen ihre Form der Zusammenarbeit als kontinuierlich. Dauernde Kooperationen bestehen bei 19,1% der Befragten. Eine punktuelle

Art der Kooperation wird ebenfalls praktiziert, ist mit einem Anteil von 13,7% jedoch seltener.

Im Anschluss an die Betrachtung der Gesamtmenge aller Befragten, sollen die

Tab. 16: Kooperationen mit nichtstaatlichen Akteuren vor Ort

Kooperation	NRO		Kommune		Gesamt	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
zufällig	-	-	-	-	-	-
projektbezogen	39	40,2	38	35,5	77	37,7
kontinuierlich	26	26,8	33	30,8	60	29,4
immer	19	19,6	20	18,7	39	19,1
punktuell	13	13,4	16	15,0	28	13,7
Gesamt	97	100,0	107	100,0	204	100,0

Ergebnisse dieser Frage auch für Kommunen und Nichtregierungsorganisationen getrennt betrachtet werden.

Dabei zeigt sich bei einem Blick auf Tabelle 16, dass sich keine großen Unterschiede zur Gesamtbetrachtung und auch nicht untereinander ergeben.

Kommunen sowie Nichtregierungsorganisationen kooperieren mit nicht-staatlichen Akteuren überwiegend auf projektbezogener Basis, wobei der Anteil der Nichtregierungsorganisationen (40,2%) gegenüber den Kommunen (35,5%) hier größer ist. Dafür überwiegt bei den Kommunen leicht der Anteil an kontinuierlichen und punktuellen Kooperationen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Art der Kooperation nicht entscheidungsrelevant dafür ist, ob beide Gruppen ein Projekt gemeinsam realisieren können. Die eine wie die andere Gruppe könnte sich die leichten Präferenzen zu nutze machen, um den Zugang eventuell zu verbessern.

³¹ Frage III.4 im Fragebogen.

Im Zusammenhang mit dieser Frage wurde auch untersucht, ob alle Befragten, die angaben mit nichtstaatlichen Akteuren zu kooperieren, auch bei der Frage nach einer Vernetzung (siehe Seite 39) entsprechende Angaben gemacht haben. Dabei zeigt sich, dass alle Institutionen, die mit nichtstaatlichen Akteuren kooperieren auch, angaben, vernetzt zu arbeiten. Dies lässt auch den Schluss zu, dass aus Vernetzung und Kooperation positive Erfahrungen gesammelt wurden.

3.7 Transparenz der Aktivitäten

In dieser Frage³² wurde nach der Transparenz der Aktivitäten der Eine-Welt-Arbeit zwischen der Verwaltung und der Bürgerschaft gefragt.

Insgesamt wird aus Tabelle 17 ersichtlich, dass etwas mehr als die Hälfte der Beteiligten (53,5%) mit dem Informationsfluss zwischen Verwaltung und Bürgerschaft zufrieden sind, bzw. dass eine Transparenz der Aktivitäten gegeben ist.

Betrachtet man die Ergebnisse getrennt nach Nichtregierungsorganisationen und Kommunen zeigt sich eine deutliche Diskrepanz. Während innerhalb der Kommunen 66,9% der Meinung sind, die Eine-Welt-Aktivitäten würden transparent kommuniziert, liegt der Anteil innerhalb der Nichtregierungsorganisationen nur bei 36,8%. Hier könnte vor Ort sowohl über die Relevanz eines transparenten

Tab. 17: Werden die Aktivitäten zwischen Verwaltung und Bürgerschaft transparent kommuniziert?

	NRO		Kommune		Gesamt	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
ja	35	36,8	79	66,9	114	53,5
nein	19	20,0	22	18,6	41	19,2
weiß nicht	41	43,2	17	14,4	58	27,2
Gesamt	95	100,0	118	100,0	213	100,0

Prozesses als auch über die engere Kooperation gerade in diesem Punkt seitens der Kommunen mit den Nichtregierungsorganisationen gesprochen werden. Ferner dürfte es unterschiedliche Ideen und Wünsche darüber geben, was eine transparente Kommunikation ist.

Dies könnte auch folgendes erklären:

³² Frage III.5 im Fragebogen.

Dieses Ergebnis relativiert sich durch den hohen Anteil an Personen, die sich keine Meinung zur Transparenz zutrauen (43,2%). Die Prozentzahlen bei den Befragten die „nein“ ankreuzten sind zwischen beiden Gruppen in etwa gleich.

Aus einer Korrelation mit den Hemmnissen ergab sich, dass diejenigen Befragten, die der Meinung sind, die Aktivitäten zur Eine-Welt-Arbeit würden nicht transparent kommuniziert, als wesentliche Hemmnisse die finanzielle und personelle Situation ansehen, gefolgt von einer mangelnden Bürgerbeteiligung und politischen Unterstützung. Spezielle auf die Kommunikation bezogene Hemmnisse fielen nicht weiter ins Gewicht.

Bei der Gruppe von Befragten, die zur Netzwerkarbeit (Seite 39) urteilten und außerdem Angaben machten zur Transparenz, verändert sich die Aussage leicht: Wer in Verbindung mit Netzwerken steht sieht zu 56,9% Aktivitäten transparent kommuniziert, wer ohne Netzwerk agiert nur zu 40%. Analog verändert sich auch das negative Urteil zur Transparenz: Wer in einem Netzwerk agiert sieht nur zu 16,3% eine schlechte Kommunikation, wer ohne Netzwerk ist, urteilt zu 27,5% so. Ob die Kommunikation tatsächlich ausreichend ist, wurde damit nicht geklärt. Zumindest ist der Eindruck für diejenigen deutlich besser, die in und mit einem Netzwerk agieren. Gemeinsame Aktivitäten lassen sich auch besser kommunizieren und die Informationswege optimieren.

Betrachtet man nur die Gruppen einzeln wird der Unterschied in der Einschätzung sehr auffällig:

Ein positives Urteil zur Transparenz mit Netzwerkaktivität sehen 36,7% der Nichtregierungsorganisationen, aber 77,9% der Kommunen. Beim Urteil der Nichtregierungsorganisationen muss allerdings beachtet werden, dass 40,5% hierzu keine Meinung abgegeben haben.³³

Die deutlich unterschiedliche Einschätzung beider Gruppen bedürfte einer Erläuterung, die aber mittels dieser Umfrage nicht erfolgen kann. Zu diskutieren ist sicherlich auch über das unterschiedliche Niveau dessen, was eine angemessene Transparenz und Kommunikation im Einzelfall sein sollte und sein muss. Möglicherweise liegen bei den Gruppen oder Akteuren zum Beispiel verschiedene Vorstellungen auch darüber vor, was die Wirkung von Kommunikation und Transparenz betrifft.

³³ Da die Zahl der Nennungen (getrennt nach den beiden Gruppen) bei der Gegenprobe "kein Netzwerk" zu klein ist, ist eine statistische Aussage dazu nicht möglich.

4. Antworten zur Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Wie Sie uns beurteilen.

Mit diesem, im Vergleich zu 2002, völlig neuen Fragenblock sollte eine Selbstevaluation der Arbeit und Angebote der Servicestelle durchgeführt werden. Da man sonst nur wenig und selten strukturiert über sein Außenbild und die Bewertung der eigenen Arbeit durch andere erfährt, war dieser Weg eine gute Möglichkeit, Informationen und Anregungen bei den Zielgruppen der Servicestelle einzuholen.

4.1 Kontakt mit der Servicestelle

Die ersten drei Fragen beziehen sich dabei auf den Kontakt zur Servicestelle.³⁴ Zunächst wurde dabei erfragt, ob auch schon vor dem Fragebogen ein Kontakt zur Servicestelle bestanden hat.

Dabei zeigt sich (Tabelle 18) sowohl bei der Gesamtbetrachtung als auch bei einer getrennten Analyse nach Kommune und Nichtregierungsorganisation ein positives, relativ einheitliches Bild. Um die 70% aller Befragten gaben an, schon vor der Umfrage in Kontakt mit der Servicestelle gestanden zu haben; um die 30% verneinten dies. Dieser erfreuliche Wert gründet sich natürlich auch darauf,

Tab. 18: Kontakt mit der Servicestelle

	NRO		Kommune		Gesamt	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
ja	82	73,9	106	67,5	188	70,1
nein	29	26,1	51	32,5	80	29,9
Gesamt	111	100,0	157	100,0	268	100,0

das die eigenen Adressdaten und Verteiler für die Umfrage eingesetzt wurden. Es zeigt aber auch, dass die Angaben zu diesem Frageblock überwiegend von Befragten vorgenommen wurden, die über Erfahrungswerte mit der Servicestelle verfügen. Immerhin konnten auch neue Kontakte entstehen, denn durch die Umfrage wurden fast 30% erstmals in Kontakt zur Servicestelle gebracht.

In diesem Zusammenhang wurde auch untersucht, ob es sich bei denjenigen, die schon vorher in Kontakt mit der Ser-

³⁴ Fragen IV.1-3 im Fragebogen.

vicestelle getreten sind, möglicherweise hauptsächlich um die Personen handelt, die schon 2002 an der Umfrage teilgenommen haben. Dabei zeigt sich, dass 65,8% derjenigen Befragten, die nicht an der 2002-Umfrage teilgenommen haben, trotzdem schon vor der Umfrage von 2006 in Kontakt mit der Servicestelle standen. Dies ist für die Servicestelle ein erfreulicher Wert: Es konnten neue Kunden erreichen werden, die sich auch durchaus die Mühe machen, den Fragebogen auszufüllen.

22,4% sind trotz einer Beteiligung in 2002 nicht in Kontakt mit der Servicestelle getreten. Hier ist nicht mehr als das Ausfüllen der Fragebögen 2002 und 2006 "passiert".

Gefragt wurde auch, wer den ersten Kontakt³⁵ ausgelöst hat. Zunächst zeigt sich, dass diese Frage von 24,9% nicht beantwortet wurde. Jeweils ca. 37% gaben dann an, dass der Kontakt nicht bzw. von Ihnen ausging. Hier unterscheiden sich Kommunen und Nichtregierungsorganisationen nicht bezüglich der Antwort, dass der Kontakt von ihnen ausging. Wer mit "nein" antwortete, kam allerdings zu 68% aus Kommunen.

Differenziert man an der Stelle nach den Funktionen der Antwortenden in ihrer Struktur, so ergibt sich ein spannendes Bild: Leitungsträger (Vorstandsvorsitz, Geschäftsführung, etc.) kontaktieren überwiegend von sich aus die Servicestelle. Nur bei der Antwort "leitende Funktion" ist das Verhältnis zwischen den Antwortmöglichkeiten ausgewogen. Überwiegend von der Servicestelle angesprochen im Erstkontakt wurden die Agenda-Beauftragten oder sonstigen Sachbearbeiter.

Dies zeigt zusammenfassend, dass die potenzielle Klientel der Servicestelle diese als Ansprechpartner durchaus eigen-

ständig ermittelt und anspricht, und sich die Servicestelle nicht allein durch ihre Eigeninitiative bekannt macht.

Die Frage, ob man bestimmte Mitarbeiter aus dem Team der Servicestelle kennt³⁶, konnten etwas mehr als die Hälfte (54,2%) mit „ja“ beantworten, 34,7% ist kein Mitarbeiter bekannt.

³⁶ Frage IV.3 im Fragebogen.

³⁵ Frage IV.2 im Fragebogen.

4.2 Aktivitäten der Servicestelle

In einer Frage³⁸ wurde nach dem Themen bzw. Aktivitäten gefragt, die die Befragten mit der Servicestelle in Verbindung bringen. Dabei scheinen die einzelnen Daten, wie auch schon bei der Analyse im 2. Fragenblock (ab Seite 27), auf den ersten Blick recht geringer Größe zu sein. Auch die Differenzen zwischen den einzelnen Prozentwerten hinterlassen zum Teil den Eindruck, als seien sie unerheblich. Grund dafür ist die Vielzahl der unterschiedlichen Themen, insgesamt 22 Stück (Tabelle 19).

Das Thema, welches am häufigsten von allen Aktivitäten mit der Servicestelle in Verbindung gebracht wird, sind die Eine-Welt-Nachrichten, mit 14,9%. In % der Befragten bedeutet dies, dass 66,8% aller an der Umfrage Beteiligten die Eine-Welt-Nachrichten

als die für die Servicestelle signifikanteste Aktivität ansehen.³⁹ Am zweithäufigsten wurde mit 10,3% von 46,2% der Befragten der Faire Handel genannt, der im gesamten Antwortverhalten der Umfrage einen wichtigen Stellenwert einnimmt. Zu ähnlichen prozentualen Anteilen folgen dann das faire Beschaffungswesen (6,9%), der Wettbewerb Hauptstadt des Fairen Handels (6,8%) sowie Workshops und Fachgespräche (6,5%). Wenig Kenntnis haben die Befragten

Tab. 19: Themen die mit der Servicestelle in Verbindung gebracht werden (Mehrfachnennungen waren möglich)

Themen/Aktivitäten	abs.	in % der ³⁷	
		Nennungen	Befragte
Eine-Welt-Nachrichten	185	14,9	66,8
Fairer Handel	128	10,3	46,2
Faires Beschaffungswesen	86	6,9	31,0
Wettbewerb Hauptstadt des Fairen Handels	85	6,8	30,7
Workshops/Fachgespräche	81	6,5	29,2
Förderprogramme	71	5,7	25,6
Dialog Global	65	5,2	23,5
Tsunami	60	4,8	21,7
Partnerschaftsvermittlung	57	4,6	20,6
Internationale Konferenzen	51	4,1	18,4
Vorträge	46	3,7	16,6
Integrationsarbeit	46	3,7	16,6
ModeratorInnennetzwerk	44	3,5	15,9
Bundeskonferenz	42	3,4	15,2
Bürgerbeteiligungshaushalt	38	3,1	13,7
Netzwerkaufbau	35	2,8	12,6
Finanzierungsratgeber	29	2,3	10,5
Kulturarbeit	28	2,3	10,1
Nachhaltigkeitsindex	28	2,3	10,1
vor-Ort-Beratung	22	1,8	7,9
Evaluation	14	1,1	5,1
Summe	1.241	100,0	277

von den Tätigkeiten im Bereich des Netzwerkaufbaus (2,8%), vom Finanzierungsratgeber (2,3%⁴⁰), der Kulturarbeit

³⁷ In % der Befragten bezieht sich auf die Anzahl derjenigen, die die Frage beantwortet haben. In % der Nennungen gibt bei Mehrfachantworten alle Nennungen zur Frage prozentual an.

³⁸ Frage IV.4 im Fragebogen.

³⁹ Der Newsletter erscheint seit Februar 2002 monatlich; in 2006 hatte er über 2.800 Abonnenten.

⁴⁰ Auf der Homepage der Servicestelle ist der Ratgeber allerdings stark nachgefragt.

(2,3%) der Servicestelle und dem Nachhaltigkeitsindex (2,3%).

Eine genauere Beleuchtung soll zur Bedeutung des Handlungsfeldes "Partnerschaftsvermittlung" vorgenommen werden, welches durch die Servicestelle Partnerschaftsinitiative eine besondere Bedeutung in den Jahren 2005-2006 inne hatte.

Hier zeigt sich, über 31% derjenigen, die eine Partnerschaft vor der Tsunami hatten, bringen die Servicestelle mit dem Thema Tsunami in Verbindung; immerhin 43,2% derjenigen, die im Zuge der Hilfe nach der Tsunami eine Partnerschaft – mit oder ohne die Servicestelle – gegründet haben. Wer eine Partnerschaft hat (vor oder nach der Tsunami) sieht das Thema der Partnerschaftsvermittlung zu gut 30% bei der Servicestelle angesiedelt. Insgesamt zeigt sich hier eine gute Verankerung des Thema in relativ kurzer Zeit, vor allem auch, weil es nicht nur bei denen so bekannt wurde, die nicht erst mit der Tsunami die Servicestelle kennen lernten.

Die geringste Popularität besitzt die von der Servicestelle angebotene vor-Ort-Beratung (1,8%) und das Evaluations-thema (1,1%).

Spezifische Themen haben augenscheinlich eine stärkere Bindung zwischen Kunden und der Servicestelle erzeugt, als dies andere vermochten. Dies ist angesichts des breiten Aufgabenspektrums der Servicestelle nicht verwunderlich. Irritierend ist, dass offensichtlich auch die Art der Leistungen der Servicestelle vielen unbekannt ist, denn in einer weiteren Frage⁴¹ wurde die Servicestelle von über 10% als "teuer" bezeichnet,

⁴¹ Frage III.5 im Fragebogen, Wortpaar "günstig/teuer".

obgleich alle Beratungsleistungen kostenfrei angeboten werden.

Bezogen auf die geringe Bekanntheit beim Nachhaltigkeitsindex ist anzumerken, dass die Servicestelle hier der Wegbereiter und nicht in erster Linie der Durchführer ist.

Bei der geringen Bekanntheit zur Evaluation wird es eine Rolle spielen, dass sich die Servicestelle hierum nicht im Kern kümmert, sondern nur im Bedarfs-falle berät. Die Servicestelle wurde nach vier Arbeitsjahren gemäß ihrer Konzeption extern evaluiert.⁴²

Die Servicestelle ist also nicht nur für ihren informativen Charakter, sondern besonders auch für ihre "fairen" Aktivitäten bekannt. Ebenso besteht Kenntnis von einzelnen Projekte und Programme. Anhand der prozentualen Verteilungen wird deutlich, an welchen Stellen noch Handlungsbedarf besteht.

⁴² Die Evaluation kann bei der Servicestelle bestellt werden.

4.3 Eigenschaften der Servicestelle

Bei der Frage nach den Eigenschaften⁴³ der Servicestelle sollten Themen wie Freundlichkeit, Verlässlichkeit, Kompetenz etc. anhand von gegensätzlichen Wortpaaren beurteilt werden, indem der nichtzutreffende Begriff gestrichen werden sollte. Auffällig bei dieser Frage ist, dass sich zwischen 32-55% der Befragten nicht in der

Lage fühlten eine Beurteilung abzugeben. Am deutlichsten wird dies bei den Wortpaaren bescheiden/dominant sowie günstig/teuer.

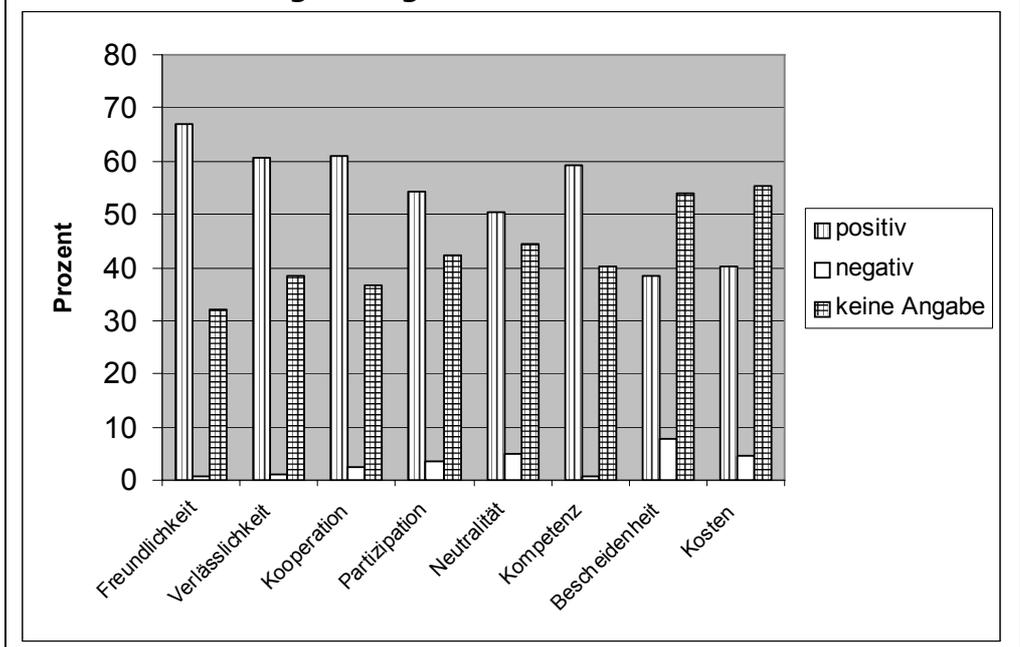
Über die Motive an der geringen Beantwortung kann nur spekuliert werden. Ein Grund besteht sicherlich darin, dass viele der Befragten

Institutionen noch keine Leistungen der Servicestelle in Anspruch genommen haben, ein anderer möglicherweise darin, dass die Antwortpaare zwischen eindeutig positiv und eindeutig negativ keine alternative differenzierte Beurteilung zuließen (wie durch Schulnoten z.B.), sodass mancher Befragte sich in den Wahloptionen nicht wiederfand.

In der Abbildung 27 werden die Eigenschaften als Hauptkategorie mit positiver bzw. negativer Bewertung dargestellt.

Trotz des hohen Anteils an Personen die keine Angabe bei dieser Frage machten, zeigt sich das diejenigen die eine Antwort gaben, die vorgegebenen Eigenschaften der Servicestelle deutlich positiv bewerten. Die Servicestelle wird demnach von 50-60% der Befragten als freundlich, verlässlich, kooperativ und fachlich kompetent bewertet. Bei den Eigenschaften Partizipation, Neutralität,

Abb. 27: Bewertung der Eigenschaften der Servicestelle



Bescheidenheit und Kosten zeigen sich negative Bewertungen, die zwischen 3-7% liegen. Auch wenn die Fallzahl hier sehr gering ist, wurde dennoch eine Analyse getrennt nach Kommunen und Nichtregierungsorganisationen durchgeführt. Dabei zeigen sich bei drei der vier Eigenschaften eine nahezu ausgeglichene Bewertung von Kommunen und Nichtregierungsorganisationen. Nur bezüglich der Neutralität waren deutlich mehr Kommunen (71,4%) als Nichtregierungsorganisationen der Meinung, die Servicestelle sei voreingenommen.

Bei diesen Eigenschaften bewerteten die Befragten die Servicestelle „nur“ zwi-

⁴³ Frage IV.5 im Fragebogen.

schen 35-55% als partizipativ, neutral, bescheiden und günstig.

Die letzten beiden Fragen des Fragebogens beschäftigen sich mit der Nutzung des **online-Angebots** der Servicestelle. Dabei wird nach dem Bezug des Newsletters **„Eine-Welt-Nachrichten“**⁴⁴ und der Nutzung der Servicestelle-Homepage www.service-eine-welt.de⁴⁵ gefragt. Hier zeigt sich, dass mit 70,1% aller Befragten mehr Personen den Newsletter beziehen, als die Homepage nutzen. Hier gaben nur 46,9% an, das Internetangebot zu nutzen.

Bei einer vergleichenden Betrachtung von Kommune und Nichtregierungsorganisation zeigt sich, dass sich der Newsletter bei den Kommunen (56,2%) größerer Beliebtheit erfreut als bei den Nichtregierungsorganisationen (43,8% erhalten den Newsletter). Die gleiche Tendenz gilt für die Nutzung der Homepage.

Ergänzend sei hier angemerkt, dass fast 85% derjenigen, die den Newsletter erhalten, diesen mit der Servicestelle als Leistung in Verbindung bringen.

Unter dem Strich ist die Servicestelle hier sehr positiv bewertet worden und das ist dem Team und den Trägern Anlass zur Freude. Indes gibt die allgemeine Zurückhaltung und die Kritik auch zu denken.

⁴⁴ Frage IV.6 im Fragebogen.

⁴⁵ Frage IV.7 im Fragebogen.

5. Ergebnisse der Umfrage 2006 für Nordrhein-Westfalen



In diesem Kapitel soll gesondert Nordrhein-Westfalen betrachtet werden.

Fast ein Drittel der Rückmeldungen stammen aus diesem einwohnerstärksten Bundesland. Auch die Diskussion in 2006 zum Status und der Entwicklung der Eine-Welt-Arbeit im "Vorzeigeland" kann mit der gesonderten Auswertung reflektiert werden.

Die Präsentation folgt im Kern der Gliederung der Gesamtdarstellung und knüpft auch inhaltlich an die bundesweite Analyse in den vorhergehenden Kapiteln an, ohne diese im Detail zu wiederholen.

Generell muss erwähnt werden, dass die Fallzahlen bei einer getrennten Betrachtung von Nichtregierungsorganisationen und Kommunen für Nordrhein-Westfalen teilweise relativ gering sind und eine Interpretation dieser Teilergebnisse stets vorsichtig vor diesem Hintergrund betrachtet werden muss und ggf. auch nicht erfolgt.

5.1 Rücklauf und Antwortverhalten

Der größte Teil der Befragten Institutionen bzw. Kommunen kommt mit 33,2% (91 Befragte) aus Nordrhein-Westfalen. Dieser besonders hohe Anteil überrascht nicht, da es das Bundesland mit der höchsten Besiedlungsdichte in der Bundesrepublik ist.

Die Anzahl der eingegangenen Fragebögen wurde außerdem mittels der Einwohner für jedes Bundesland in Relation gesetzt. Auf diese Weise ließ sich berechnen, wie viele Einwohner auf einen beantworteten Fragebogen entfallen. Dabei belegte Nordrhein-Westfalen mit 0,20 Mio. Einwohnern pro beantwortetem Fragebogen den 3ten Rang⁴⁶. Ähnliche Ergebnisse wurden bereits bei der ersten Umfrage 2002 erreicht.

Was die **Geschlechterverteilung** der Befragten anbelangt zeigt sich nur ein geringfügiger Unterschied zur Gesamtbefragung. 61,5% von 91 Befragten sind männlichen Geschlechts. In der Gesamtbefragung waren 59% männlichen und 41% weiblichen Geschlechts.

Ebenso wurde im ersten Fragenblock nach der **Funktion** der Beteiligten gefragt (Tabelle 20)⁴⁷. Die Mehrzahl derjenigen, die den Fragebogen beantworteten haben, hat eine leitende Funktion inne (31,7%). Darunter versteht sich die Ebene eines Bürgermeisters, Abteilungs- oder Referatsleiters. Gefolgt wird diese Gruppe von Sachbearbeitern bzw. Angestellten (19,5%) und Agenda- bzw.

⁴⁶ Tabelle bundesweite Analyse, Seite 19

⁴⁷ Tabelle bundesweite Analyse: Seite 17.

Tab. 20: Funktion der beteiligten Befragten differenziert nach NRO und Kommune in NRW

Funktion	NRO		Kommune		Gesamt	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
leitende Funktion	10	26,3	16	36,3	26	31,7
Agenda-/Umweltbeauftragter	1	2,6	12	27,3	13	15,8
Sachbearbeiter/Angestellter	7	18,5	9	20,4	16	19,5
Vorsitzender/Vorstand	7	18,5	-	-	7	8,6
Geschäftsführer/-in	8	21,0	2	4,6	10	12,2
Referent	4	10,5	3	6,8	7	8,6
Sonstiges	1	2,6	2	4,6	3	3,6
Gesamt	38	100,0	44	100,0	82	100,0

*) von 91 Befragten machten neun keine Angabe über Ihre Funktion

Umweltbeauftragten (15,8%). Bei der Gesamtbetrachtung aller Bundesländer, führten ebenfalls Personen mit leitender Funktion gefolgt von Agenda- bzw. Umweltbeauftragten. Betrachtet man die Funktion differenziert nach Kommune und Nichtregierungsorganisation zeigen (Tabelle 20) sich strukturbedingte Unterschiede bei der Beantwortung durch Geschäftsführer/-in, Vorsitzenden/Vorstand und Agenda- bzw. Umweltbeauftragten: Während in den Kommunen die Beantwortung der Fragebögen in die Verantwortung von leitenden Funktionen (36,3%) und Agendabeauftragten (27,3%) fiel, wurde in den Nichtregierungsorganisationen der Fragebogen nach den leitenden Funktionsträgern (26,3%) von Geschäftsführern (21,0%) und von Vorsitzenden oder Vorstandsmitgliedern (18,5%) beantwortet. Gleiches zeigte sich bei der Analyse der Befragung aller Bundesländer.

Betrachtet man die Dauer der **Beschäftigung** der Befragten in dieser Funktion, zeigt sich, dass in Nordrhein-Westfalen 33,8% ihre jetzige Position erst nach 2001 eingenommen haben. Darauf folgen diejenigen, die ihre Position zwischen 1996 und 2001 besetzt haben

(29,7%). 18,9% sind in diesem Beruf schon seit vor 1990 tätig. Zwischen 1991 und 1995 haben 17,6% ihre derzeitige Tätigkeit aufgenommen.

Bei der Befragung aller Bundesländer zeigte sich ein anderes Bild. Es wurde

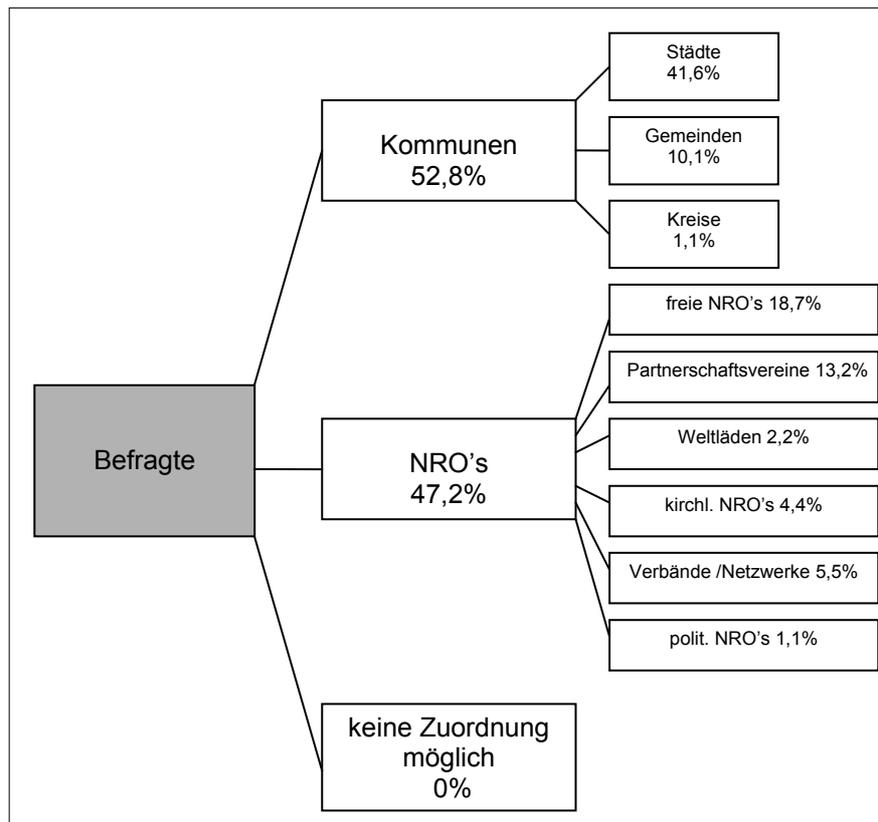
deutlich, dass die Mehrheit der Befragten (39,1%) ihre derzeitige Funktion seit Mitte der 1990er Jahre inne haben. Dabei fallen 30% auf die Jahre 1996-2000 und 39,1% auf die Zeit in bzw. nach 2001. Dies deutet auf Impulse in NRW, die mit der Einführung einer Förderpolitik im Jahre 1996 ("50 Pfennig je Einwohner" im Gemeindefinanzierungsgesetz und dem Beginn des PromotorInnen-Modells) zeitlich zusammen fallen.⁴⁸

Das Flussdiagramm der Befragten (Abbildung 28)⁴⁹ zeigt, dass 52,8% aller zurückgesendeten Fragebögen aus Nordrhein-Westfalen von Kommunen beantwortet wurden. 47,2% haben Nichtregierungsorganisationen geantwortet. Bundesweit war der statistische Unterschied zwischen beiden Gruppen größer (siehe Seite 20).

Bei den Nichtregierungsorganisationen haben freie Organisationen mit 18,7% und Partnerschaftsvereine mit 13,2% den größten Anteil am Rücklauf.

⁴⁸ Mehr zu NRW ab Kapitel 5, Seite 67ff.

⁴⁹ Abbildung bundesweite Analyse: Seite 20.

Abb. 28: Gesamtübersicht der Befragten aus NRW

Die Übersicht der befragten Kommunen zeigt, dass beim Antwortverhalten ein deutlicher Schwerpunkt auf den Städten (41,6%) liegt. Nur 10,1% sind von Gemeinden und lediglich 1,1% von Kreisen ausgefüllt worden. Diese Tendenz konnte auch schon sowohl in der Gesamtbefragung (siehe Seite 20) als auch in der Umfrage von 2002 beobachtet werden.

Bezüglich der **Beteiligung** an der Umfrage von 2002 konnte festgestellt werden, dass 49,5% der Befragten aus Nordrhein-Westfalen noch einmal erreicht werden konnten, die bereits 2002 befragt worden waren. 48,4% haben sich zum ersten mal an der Umfrage beteiligt und bei 2,1% der Befragten konnte keine klare Zuordnung getroffen werden. Damit wurden mehr erneut erreicht, als bundesweit (dort 43%).

5.2 Politische Beschlüsse in den Kommunen / Kreisen

Neben den aus der Umfrage ermittelten Angaben sind zusätzlich die Beschlussjahre aller Agenda-Kommunen des gesamten Bundesgebietes als Vergleichswerte herangezogen worden. Sie beginnen jedoch erst mit dem Jahr 1996.

Aus Tabelle 21⁵⁰ wird deutlich, dass, wie auch schon in der Gesamtbefragung, Kommunen/Kreise in Nordrhein-Westfalen mit **Agenda-Beschluss**⁵¹ deutlich in der Mehrheit sind. Ihr Anteil beträgt 83,1%. Die Ergebnisse der ersten Untersuchung von 2002 sind dabei fast deckungsgleich, welches sich auch durch die hohe Trefferquote an schon einmal Befragten erklären lässt.

Tab. 21: Existieren in NRW zu folgenden Inhalten in Ihrer Kommune / Kreis politische Beschlüsse?

Inhalte	ja		nein		Gesamt	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.*)	in %
Lokale Agenda 21	64	83,1	13	16,9	77	100,0
Klima-Bündnis e.V.	36	52,9	32	47,1	68	100,0
Beschaffungswesen	15	23,4	49	76,6	64	100,0
Vermeidung von Kinderarbeit	16	25,4	47	74,6	63	100,0
Millennium-Entwicklungsziele	9	14,5	53	85,5	62	100,0
Bürgerbeteiligungshaushalt	7	11,9	52	88,1	59	100,0
Städtepartnerschaft vor Tsunami	29	43,9	37	56,1	66	100,0
Städtepartnerschaft nach Tsunami	15	24,6	46	75,4	61	100,0

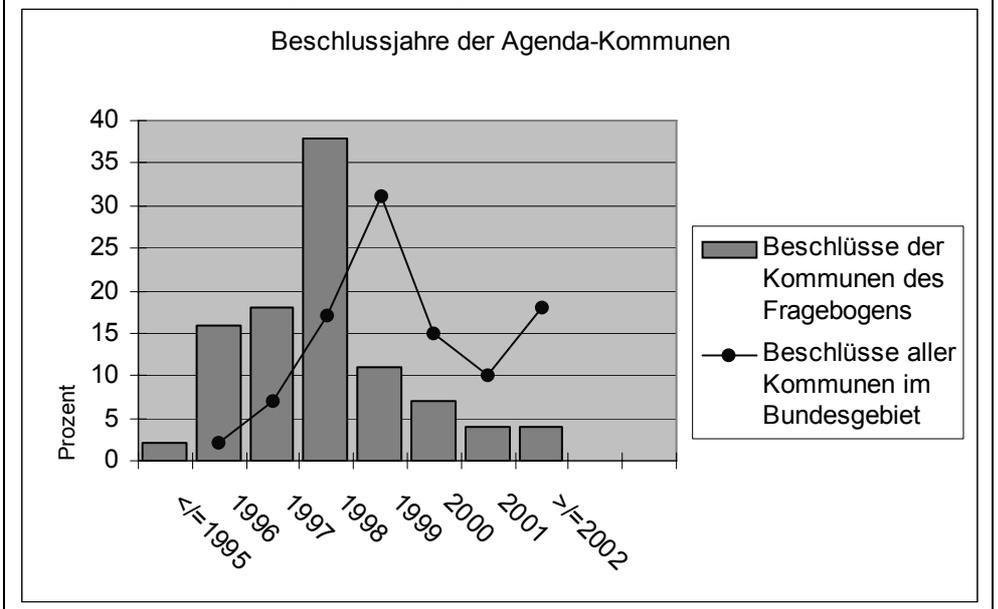
*) von 91 Befragten machte die jeweilige Differenz keine Angabe

werte herangezogen worden. Sie beginnen jedoch erst mit dem Jahr 1996.

Die Prozentwerte aus Nordrhein-Westfalen sind als Balken dargestellt. Die Ver-

Die Kommunen mit Beschlüssen sind unterschiedlich lang in der lokalen Agenda 21 aktiv. In welchen Jahren die Beschlüsse gefasst worden sind, zeigt das Diagramm „Beschlussjahre der Agenda-Kommunen aus NRW“ (Abbildung 29).⁵² Nicht berücksichtigt wurden hier die Antworten, die zwar angaben einen Agenda-Beschluss zu haben, aber keine Jahreszahl nennen konnten.

Abb. 29: Beschlussjahre der Agenda-Kommunen aus NRW



gleichswerte von allen kommunalen Gebietskörperschaften werden durch eine Linie mit dazugehörigen Datenpunkten gezeigt.

⁵⁰ Tabelle bundesweite Analyse: Seite 21.

⁵¹ Die generelle Diskussion zu Beschlüssen findet sich auf Seite 21.

⁵² Abbildung bundesweite Analyse: Seite 22

Im Vergleich lassen sich deutliche Parallelen hinsichtlich einer prozentualen Verteilung der Beschlüsse erkennen. Lediglich die Jahre, in denen die Beschlüsse gefasst wurden, sind leicht verschoben. Zunächst steigen die Beschlüsse kontinuierlich an. Bei den Fragebögen aus den NRW-Kommunen liegt der Höhepunkt mit 38,2% im Jahr 1998. Nach den Zahlen für alle kommunalen Gebietskörperschaften des Bundesgebietes liegt der Höhepunkt mit 31%, jedoch erst 1999. Danach nehmen die Zahlen in beiden Fällen wieder ab. Keine Parallele existiert für das Jahr 2002. Während die Zahlen aus der Umfrage für das Jahr 2002 mit nur 3,6% rückläufig sind, steigen die Beschlüsse aller Agenda-Kommunen mit 18% wieder an.

Es zeigt sich also ein weitgehend repräsentatives Abbild der starken Beschlussjahre zur Lokalen Agenda.

Nach der Lokalen Agenda, existieren zum **Klima-Bündnis** e.V. die zweitmeisten Beschlüsse (36). Die beschlussstarken Jahre sind hier im Vergleich zur Lokalen Agenda etwas vorgelagert und liegen zwischen 1992 und 1995 (insgesamt 69,7%). Bis zum Jahr 2000 wird dann eine Abschwächung deutlich.

Ebenso wie in der Gesamtbetrachtung befinden sich auf Rang drei die Beschlüsse zu den **Städtepartnerschaften** vor dem Tsunami.

15 und 16 Angaben wurden zu Beschlüssen zum fairen/sozialen **Beschaffungswesen** (25%) und zur Vermeidung ausbeuterischer **Kinderarbeit** (23%) gemacht. Am wenigsten Berücksichtigung bei den Befragten fanden Beschlüsse zu den **Millennium-Entwicklungszielen** und zum **Bürgerbeteili-**

gungshaushalt. Hier antworteten 85-88% mit „nein“.

Die Tendenz der Ergebnisse ist bei einem Vergleich zur Gesamtbefragung ähnlich. Erwähnenswerte prozentuale Unterschiede zeigen sich aber bei den Beschlüssen zum fairen Beschaffungswesen und zu den Millennium-Entwicklungszielen. Hier ist der Anteil der positiven Beschlüsse in Nordrhein-Westfalen ungefähr doppelt so groß wie die der Gesamtanalyse. Beispielsweise kommen 56% der insgesamt 16 Beschlüsse zu Millennium-Entwicklungszielen aus Nordrhein-Westfalen. Aktuelle entwicklungspolitische Diskussionen wurden hier im überdurchschnittlich starkem Maße nachvollzogen.

5.3 Stellenwert bestimmter Themen

Die Befragten wurden gebeten, den Stellenwert für sieben Themen in ihrer Kommune/ihrem Kreis mittels einer Rangfolge einzuschätzen.⁵³

Grundsätzlich kann man bei der Analyse (Abbildung 30)⁵⁴ für Nordrhein-Westfalen feststellen, dass das allgemeine Meinungsbild wiedergegeben wird: Mit **Rang 1** (30,4%) wurde hier ebenfalls die Schaffung von Arbeitsplätzen bedacht. Gleiches zeigt sich auch bei einer getrennten Betrachtung für die Nichtregierungsorganisationen. Die Kommunen hingegen betrachten, wenn auch nur knapp (35,3%), die zukunftsfähige Stadtentwicklung als wichtigstes Thema vor der Schaffung von Arbeitsplätzen (29,4%). Zu einem entsprechenden Ergebnis kam man auch bei der Gesamtanalyse.

Rang 2 belegt insgesamt die Förderung von Kindern und Jugendlichen. Hier legen die Nichtregierungsorganisationen etwas mehr Gewicht auf die zukunftsfähige Stadtentwicklung (27,3% zu 22,7% Förderung von Kindern und Jugendlichen). **Rang 3** wird dann zu gleichen Teilen mit jeweils 21,4% von der zukunftsfähigen Stadtentwicklung und der Förderung von Kindern und Jugendlichen belegt. Bei der Belegung im Mittelfeld von **Rang 4** zeigen sich insgesamt die größten Unterschiede. Während insgesamt die Ressourceneinsparungen von 21,4% hervorgehoben werden, haben die befragten Nichtregierungsorganisationen die Bürgerbeteiligung auf

Rang 4 gewählt. Die Kommunen wählten zwar mit leichtem Vorsprung (26,5%) auch die Ressourceneinsparungen auf Rang 4, ebenso wurde aber die Integration von MigrantInnen mit 23,5% stark besetzt. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Betrachtung aller Bundesländer.

Die Bewertung von **Rang 5** zeigt eine Übereinstimmung bei der Betrachtung der Befragten insgesamt mit der Einzelbetrachtung der Kommunen. Hier wurde die Bürgerbeteiligung mit 21,4% bzw. 26,5% auf Rang 5 gewählt. Für die Nichtregierungsorganisationen wurde der 5. Rang deutlich mit dem demographischen Wandel belegt (31,8%).

Rang 6 wird bei der gesamten Analyse von der Ressourceneinsparung eingenommen. Darin sind sich auch Nichtregierungsorganisationen und Kommunen einig.

Bei der Belegung von **Rang 7** zeigt sich, dass die Bürgerbeteiligung von allen Antwortoptionen den geringsten Stellenwert, sowohl bei Nichtregierungsorganisationen (31,8%) als auch bei Kommunen (32,4%) einnimmt.

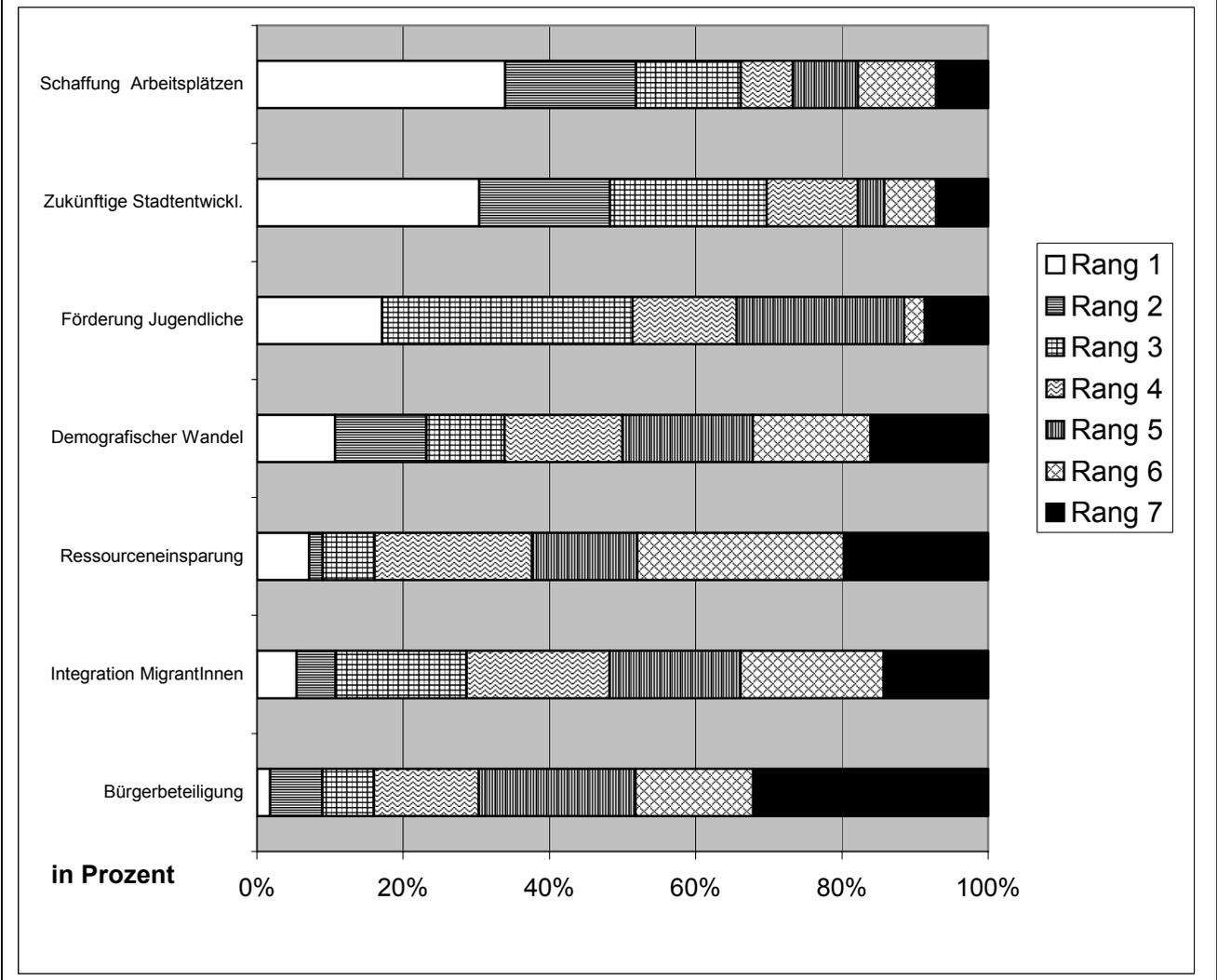
Es wird deutlich, dass die drei Themen mit dem größten Stellenwert die Schaffung von Arbeitsplätzen, gefolgt von der Förderung von Kindern und Jugendlichen, vor der zukunftsfähigen Stadtentwicklung sind.

Dies deckt sich mit dem bundesweiten Ergebnis. Generell zeigt sich aber auch, dass eine klare Feststellung der Wertigkeit aller dieser zweifelsohne wichtigen Themen sehr schwierig ist. Dies ist möglicherweise auch einer der Gründe dafür, dass diese Frage von ca. 39% der Befragten unbeantwortet geblieben ist.

⁵³ Allgemeine Ausführungen hierzu ab Seite 24.

⁵⁴ Abbildung bundesweite Analyse: Seite 25.

Abb. 30: Stellenwert der Themen in NRW



5.4 Antworten zur Eine-Welt-Arbeit

In der Eine-Welt-Arbeit existiert eine große Vielfalt an Themen und Handlungsfeldern. Der Fragebogen ermittelt, in welchen Handlungsfeldern sich die Akteure besonders betätigen.⁵⁵

Bei der großen Mehrheit der befragten Kommunen bzw. Organisationen wird Eine-Welt-Arbeit betrieben (93,4%). Dieser Wert übertrifft noch einmal das bundesweite Ergebnis (84,9%).

5.4.1 Handlungsfelder der Einen-Welt-Arbeit

Die tabellarische Gesamtübersicht (Tabelle 22)⁵⁶ gibt Aufschluss darüber, welchen Stellenwert in Nordrhein-Westfalen die verschiedenen Themen in der Eine-Welt-Arbeit besitzen. Zusätzlich werden

Tab. 22: Handlungsfelder in der Eine-Welt-Arbeit in NRW
(Mehrfachantworten waren möglich)

Handlungsfelder	NRO		Kommune		Gesamt	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
Fairer Handel	29	10,8	31	11,2	60	11,0
entwicklungspolitische Themen	34	12,7	21	7,6	55	10,1
entwicklungspolitische Bildungsarbeit	31	11,6	18	6,5	49	9,0
Millennium-Entwicklungsziele	22	8,2	7	2,5	29	5,3
Migration/Integration	15	5,6	17	6,1	32	5,9
Einkaufsratgeber	5	1,9	9	3,2	14	2,6
Blumenkampagne	9	3,4	11	4,0	20	3,7
Klimabündnis-Aktivität	7	2,6	22	7,9	29	5,3
Städte-/Partnerschaftskaffee	17	6,3	19	6,9	36	6,6
Bürgerbeteiligung	8	3,0	20	7,2	28	5,1
Öffentlichkeitsarbeit	23	8,6	24	8,7	47	8,6
Bildung nachhaltige Entwicklung	19	7,1	11	4,0	30	5,5
Kleiderkampagne	9	3,4	5	1,8	14	2,6
Projektpartnerschaft	20	7,5	22	7,9	42	7,7
Städtepartnerschaft	6	2,2	18	6,5	24	4,4
Schulpartnerschaft	7	2,6	18	6,5	25	4,6
andere	7	2,6	4	1,4	11	2,0
Summe	268	100,0	277	100,0	545	100,0

*) Zahl der Befragten in deren Kommune/Organisation es Eine-Welt-Arbeit gibt

die Daten der Fragebögen auch nach Kommunen und Nichtregierungsorganisationen getrennt ausgegeben. Insofern können die Angaben aus der Spalte „Gesamt“ auch als Durchschnittswerte betrachtet werden.

Sämtliche im Fragebogen angegebenen Handlungsfelder werden sowohl von Kommunen als auch von Nichtregierungsorganisationen in deren Arbeit einbezogen. Unter der Spalte „Handlungs-

⁵⁵ Angaben zur bundesweiten Analyse: Seite 27f.

⁵⁶ Tabelle bundesweite Analyse: Seite 29.

felder“ wird in der Tabelle als letzte Angabe die Kategorie „andere“ genannt. Dabei handelt es sich um die Antworten, die von den Befragten im Fragebogen frei angeführt werden konnten. Sie machen nur einen Gesamtanteil von 2% aus.⁵⁷

Als wichtigste Handlungsfelder in der Eine-Welt-Arbeit wurden in Nordrhein-Westfalen der Faire Handel (11%) und entwicklungspolitische Themen (10,1%) identifiziert. Es folgen die entwicklungspolitische Bildungsarbeit mit 9%, Öffentlichkeitsarbeit (8,6%), Projektpartnerschaften (7,7%), sowie Städte- und Partnerschaftskaffees mit 6,6%. Alle anderen Handlungsfelder weisen Werte unter 6% auf.

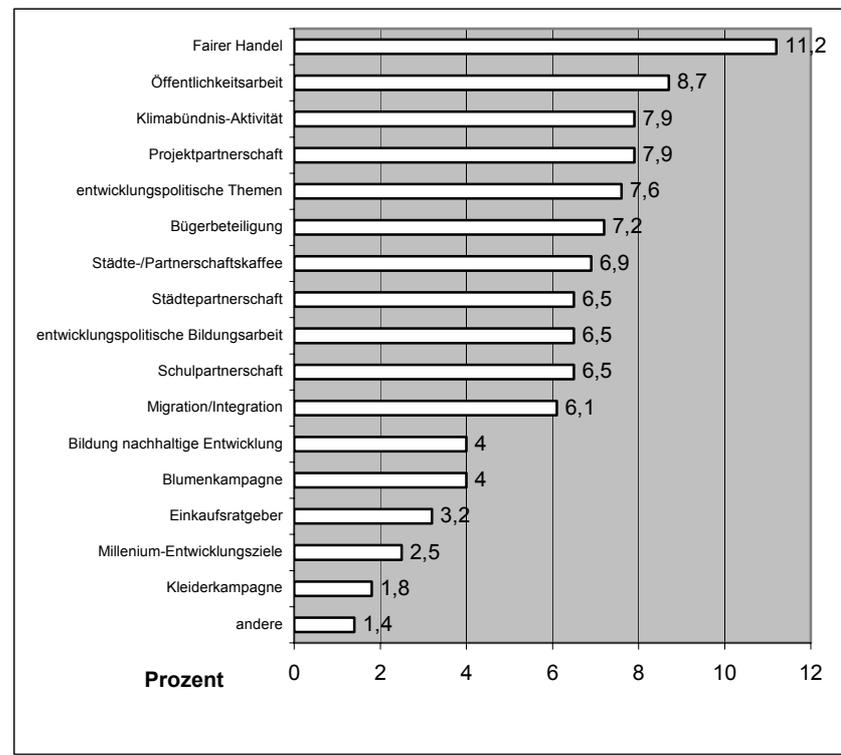
Ein Unterschied zur Betrachtung aller Bundesländer besteht darin, dass in der Gesamtbefragung der Öffentlichkeitsarbeit ein höherer Stellenwert beigemessen wird. Mit 9,7% rangiert sie dort auf Rang 2, gefolgt von den entwicklungspolitischen Themen.

Wie auch in der Betrachtung aller Befragten spielen die Kleiderkampagne und der Einkaufsratgeber die geringste Rolle.

Die prozentuale Verteilung der Angaben zu Kommunen und Nichtregierungsorganisationen wird in getrennten Balkendiagrammen dargestellt.

Für den kommunalen Bereich (Abbildung 31)⁵⁸ stehen fair gehandelte Produkte mit 11,2% bei den Eine-Welt-Aktivitäten im Vordergrund, gefolgt von der Öffentlichkeitsarbeit mit 8,7%. Während in der Gesamtbefragung bei den Kommunen die Bürgerbeteiligung auf Rang 3 vorzufinden ist, teilen sich bei den befragten Kommunen in Nordrhein-Westfalen die Klima-Bündnis-Aktivitäten und die Projektpartnerschaften mit 7,9% diesen Rang. Sie werden außerdem dicht gefolgt von entwicklungspolitischen Themen (7,6%). Den größten Unterschied zur gesamten NRW-Befra-

Abb. 31: Handlungsfelder in der Eine-Welt-Arbeit in NRW-Kommunen



gung macht die Bürgerbeteiligung aus, da sie hier bei den Kommunen mit 7,2% im oberen Drittel zu finden ist.

Mit 6,9% bewegt sich die Bedeutung des Städte-/Partnerschaftskaffees und mit jeweils 6,5% der Städte- und Schulpartnerschaften, sowie der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit im Mit-

⁵⁷ Angaben zur bundesweiten Analyse ab Seite 28.

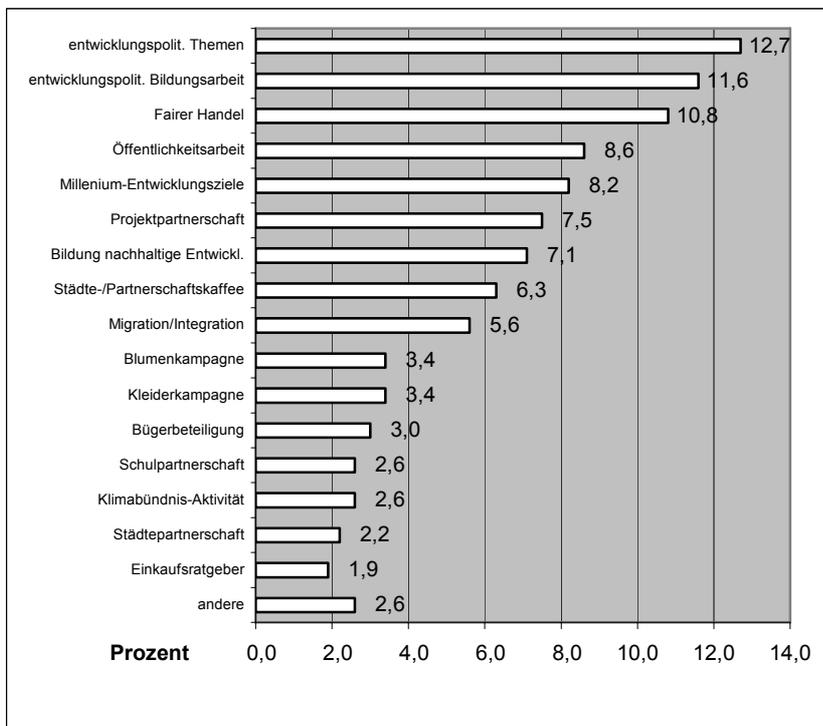
⁵⁸ Abbildung bundesweite Analyse: Seite: 29.

telfeld. Das Handlungsfeld der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit hat jedoch im Vergleich zur gesamten NRW-

gebnissen der Kommunen aller Bundesländer. Dort wird die Spitzenposition vom Fairen Handel (11,7%) und entwicklungspolitischen

Themen (11,2%) eingenommen.

Abb. 32: Handlungsfelder in der Eine-Welt-Arbeit bei Nichtregierungsorganisationen in NRW



Unterschiede zwischen Nichtregierungsorganisationen und Kommunen werden in der Bedeutung der Millennium-Entwicklungsziele und der Bürgerbeteiligung deutlich. Während die Nichtregierungsorganisationen den Millennium-Entwicklungszielen mit 8,2% im Verhältnis zu 2,5% bei den Kommunen den größeren Stellenwert einräumen, genießt die Bürgerbeteiligung bei den Kommunen mit 7,2% eine größere Bedeutung als bei den Nichtregierungsorganisationen (3%). Erneut wird also eine unterschiedliche

Umfrage bei den Kommunen am meisten an Bedeutung verloren. Dies lässt sich möglicherweise durch die thematisch unterschiedliche Ausrichtung in der Arbeit von Kommunen und Nichtregierungsorganisationen erklären.

Prioritätensetzung in den Handlungsfeldern von Kommunen und Nichtregierungsorganisationen spürbar.

Im Vergleich zu den Kommunen zeigen sich im Bereich der Nichtregierungsorganisationen (Abbildung 32)⁵⁹ die entwicklungspolitischen Themen (12,7%), gefolgt von entwicklungspolitischer Bildungsarbeit mit 11,6% als Spitzenreiter, gefolgt vom Fairen Handel (10,8%) und der Öffentlichkeitsarbeit (8,6%). In dieser Positionierung bestehen Unterschiede sowohl zur Gesamtbetrachtung von Nordrhein-Westfalen als auch zu den Er-

Zur **Partnerschaftsarbeit** sollten die Akteure auch angeben, in welchen Kontinenten ihre Kooperationspartner liegen (Tabelle 23).⁶⁰ Dabei wird im Bezug auf alle Partnerschaften ein Schwerpunkt in der Arbeit mit Afrika deutlich. Sowohl bei den Projekt- (41,5%) als auch bei den Schulpartnerschaften (54,5%) wurde Afrika am häufigsten genannt. Bei den Städtepartnerschaften (8,7%) spielt Afrika hingegen nur eine untergeordnete Rolle. Hier wird ein Schwerpunkt mit Europa (52,2%) deutlich, während bei den

⁵⁹ Abbildung bundesweite Analyse: Seite 30.

⁶⁰ Tabelle bundesweite Analyse: Seite 31.

Tab. 23: Partnerschaften in der Welt aus NRW

Kontinent	Projektpartnerschaft		Städtepartnerschaft		Schulpartnerschaft	
	abs.*)	in %	abs.**)	in %	abs.***)	in %
Asien	8	19,5	3	13,0	3	13,6
Afrika	17	41,5	2	8,7	12	54,5
Südamerika	14	34,1	4	17,4	3	13,6
Mittelamerika	2	4,9	2	8,7	1	4,5
Nordamerika	-	-	-	-	-	-
Europa	-	-	12	52,2	3	13,6
Australien	-	-	-	-	-	-
Summe	41	100,0	23	100,0	22	100,0

*) von 42 Befragten machte einer keine Angaben über den Kontinent
 **) von 24 Befragten machte einer keine Angaben über den Kontinent
 ***) von 25 Befragten machten drei keine Angaben über den Kontinent

Projektpartnerschaften Europa gar nicht genannt wird.

Neben Afrika wurde am zweithäufigsten eine Partnerschaft mit Südamerika, gefolgt von einer Partnerschaft mit Asien angegeben. Keinerlei partnerschaftliche Beziehungen bestehen mit Nordamerika und Australien.

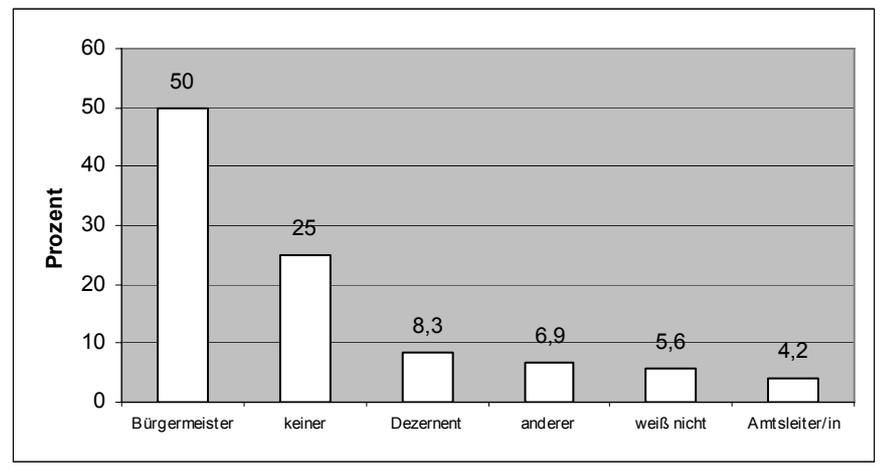
Zusammenfassend kann man bezüglich der Handlungsfelder der Eine-Welt-Arbeit festhalten, dass besonders der Faire Handel, entwicklungspolitische Themen sowie Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit den wesentlichen Teil der Arbeit ausmachen. Während Kommunen besonders auf den Gebieten fairer Handel, Öffentlichkeitsarbeit, Projektpartnerschaften und im Klimabündnis aktiv sind, setzen Nichtregierungsorganisationen verstärkt auf entwicklungspolitische Themen, Bildungsarbeit, fairen Handel und Öffentlichkeitsarbeit.

Ebenso wurde nach dem **Schirmherren** dieser Aktivitäten im Rathaus oder Kreistag über diese Aktivitäten gefragt

(Abbildung 33).⁶¹ An führender Position (50%) wurden dabei, sowohl in der gesamten Betrachtungsweise für NRW, als auch getrennt nach Nichtregierungsorganisation und Kommune, der/die Bürgermeister/in bzw. der Landrat oder die

Landrätin genannt. Unmittelbar darauf folgt bedenklicher Weise mit 25,0% direkt die Antwortoption „keiner“. An dritter Stelle wurde dann der Dezernent bzw. Beigeordnete genannt (8,3%). Die Option „anderer“ wurde mit 6,9% bewertet. Unter „anderer“ wurden in erster Linie Umwelt- bzw. Agendabeauftragte aufgeführt. Unterschiede zur Befragung aller Bundesländer konnten nicht festgestellt werden.

Abb.33: Schirmherr der Eine-Welt-Arbeit in NRW



⁶¹ Tabelle bundesweite Analyse: Seite 32.

5.4.2 Aktionsformen in der Eine-Welt-Arbeit

Neben den Handlungsformen wird die Art der Umsetzung von Eine-Welt-Arbeit näher betrachtet. Im Fragebogen wurden acht Aktionsformen vorgegeben, die eine detaillierte Beschreibung der Umsetzung von Eine-Welt-Aktivitäten ermöglichen sollten. Dazu wird eine tabellarische Gesamtübersicht (Tabelle 24)⁶² gezeigt.

Die Aktionsformen in der Eine-Welt-Arbeit sind größtenteils von annähernd gleich starker Intensität und spiegeln teilweise das Antwortverhalten über die Handlungsform wieder. Zwar spielt hier nicht der Verkauf von Fairhandlungsprodukten die wichtigste Rolle, aber man findet als am häufigsten genannte Aktionsform mit 16,4% die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit wieder. An zweiter Stellen findet man Aktionen in Schulen (14,7%) vor. Kaum weniger wichtig sind kulturelle Veranstaltungen (14,5%) gefolgt von Publikationen mit 14%.

Im Folgenden sollen die Aktionsformen getrennt nach Nichtregierungsorganisa-

tion und Kommunen betrachtet werden, da sich hier doch einige Unterschiede zum Gesamtergebnis zeigen.

Bei den Nichtregierungsorganisationen (Abbildung 34)⁶³ gestaltet sich die prozentuale Verteilung wie folgt. Ebenso

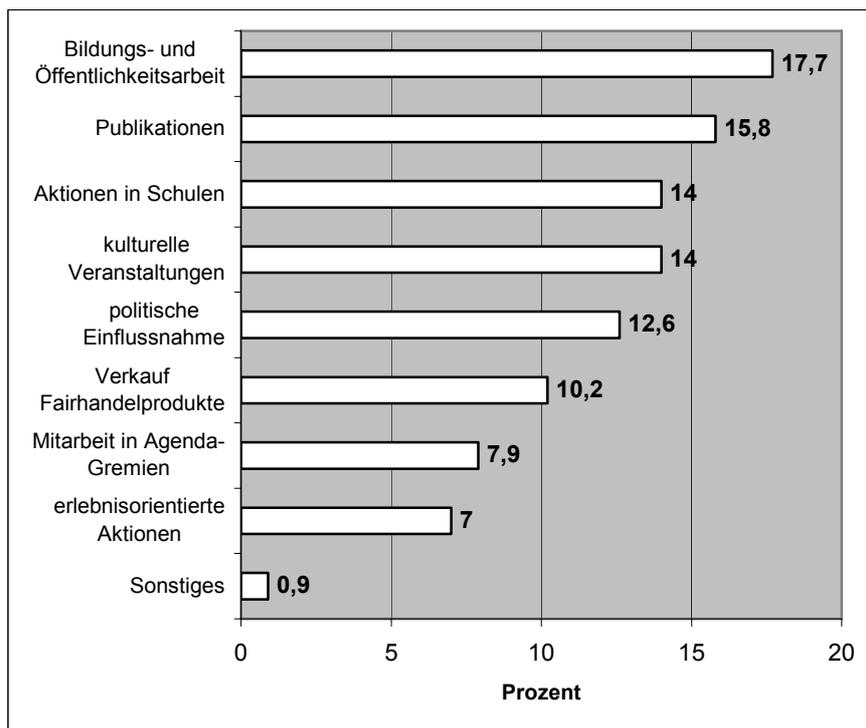
Tab. 24: Aktionsformen in der Eine-Welt-Arbeit in NRW

Aktionsformen	NRO		Kommune		Gesamt	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit	38	17,7	29	15,0	67	16,4
Aktionen in Schulen	30	14,0	30	15,5	60	14,7
kulturelle Veranstaltungen	30	14,0	29	15,0	59	14,5
Publikationen	34	15,8	23	11,9	57	14,0
Verkauf Fairhandlungsprodukte	22	10,2	25	13,0	47	11,5
politische Einflussnahme	27	12,6	18	9,3	45	11,0
Mitarbeit in Agenda-Gremien	17	7,9	26	13,5	43	10,5
erlebnisorientierte Aktionen	15	7,0	10	5,2	25	6,2
Sonstiges	2	0,9	3	1,6	5	1,2
Summe	215	100,0	193	100,0	408	100,0

wie in der Gesamtverteilung liegt hier die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit an erster Stelle (17,7%) und wird gefolgt von Publikationen (15,8%) und Aktionen in Schulen. Dabei sind die Werte im Vergleich zur Befragung aller Bundesländer fast gleich. Einen Unterschied findet man bei der Aktionsform der politischen Einflussnahme, die hier mit 12,6% im Vergleich zu 11% im Mittelfeld zu finden ist. Auch im Vergleich zur Befragung 2002 ist ihr Anteil leicht angestiegen. Möglicherweise kann dies als Reaktion auf die erheblichen Mittelkürzungen für die Eine-Welt-Arbeit in Nordrhein-Westfalen seit 2002 gewertet werden.

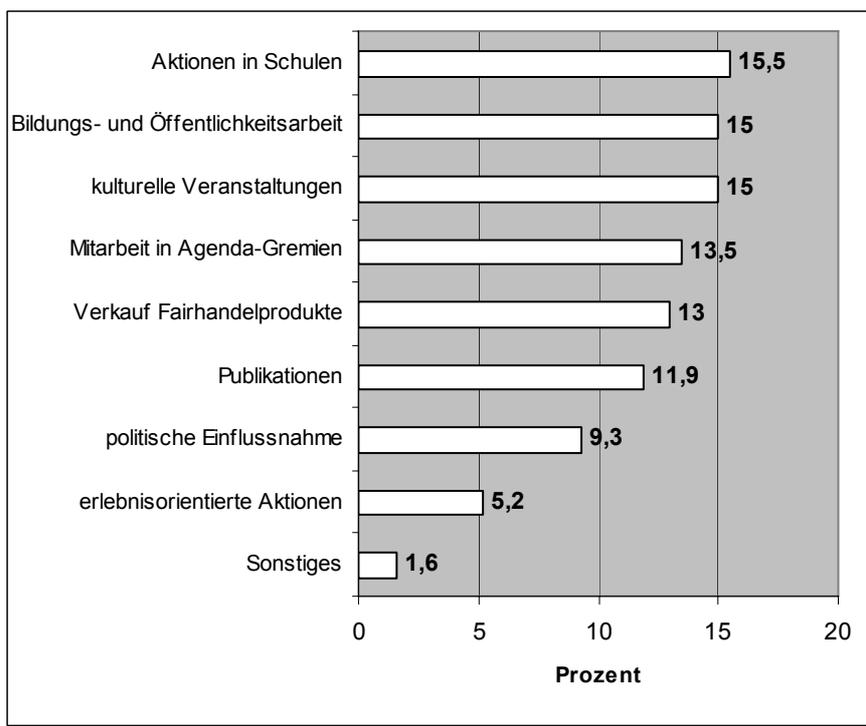
⁶² Tabelle bundesweite Analyse: Seite 33.

⁶³ Abbildung bundesweite Analyse: Seite 33.

Abb. 34: Aktionsformen der NRO's in NRW

der Betrachtung von Nordrhein-Westfalen auf 7,9%. Die frei angegebenen Aktionsformen machen mit 0,9% den geringsten Anteil aus.

Bei den Kommunen (Abbildung 35)⁶⁴ zeigt sich ein leicht anders Bild. Hier liegen die Aktionen in Schulen mit 15,5% knapp vor der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit und kulturellen Veranstaltungen mit jeweils 15%. Bei der Untersuchung aller Bundesländer nahm die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit mit 16,6% den Spitzenplatz ein und wurde gefolgt von der Mitarbeit im Agenda-Gremien (16%). Diese spielt in Nordrhein-Westfalen mit 13,5% in den Kommunen eine geringere Rolle; wenngleich das Engagement der Kommunen im Agenda-Thema noch weit über dem der NRW-NRO's (7,9%) liegt. Den deutlichsten Unterschied sowohl zur Gesamtbetrachtung als auch zur Untersuchung der Nichtregierungsorganisationen stellen die Publikationen mit 11,9% dar.

Abb. 35: Aktionsformen der Kommunen in NRW

Die Mitarbeit in Agenda-Gremien hingegen weist, wie auch schon in der Gesamtbefragung, eine gegenteilige Tendenz auf. Hier sanken die Prozentpunkte von 10,3% im Jahr 2002 auf 9,3% in der Analyse aller Bundesländer und bei

der Betrachtung von Nordrhein-Westfalen auf 7,9%. Die frei angegebenen Aktionsformen machen mit 0,9% den geringsten Anteil aus.

⁶⁴ Abbildung bundesweite Analyse: Seite 34.

Zusätzlich zu den dargestellten Aktionsformen wurde in diesem Jahr auch nach der **Mitwirkung** an weiteren Projekten gefragt.⁶⁵ Dabei konnte man sich zwischen dem Weltladentag, der Fairen Woche und „andere Projekte“ entscheiden. Zu gleichen prozentualen Anteilen wählten dabei die Befragten (45,6%) die Antwortoption „andere“, und Faire Woche. An Weltladentag beteiligten sich nur 8,8% der Befragten. Hier wird ein deutlicher Unterschied zur Befragung aller Bundesländer deutlich, da die Beteiligung am Weltladentag mit 16% fast doppelt so hoch lag.

Bei einer getrennten Betrachtung nach Kommune und Nichtregierungsorganisation zeigen sich für die Beteiligung an der Fairen Woche und anderen Veranstaltungen ein relativ ausgeglichenes Bild. Für die Beteiligung am Weltladentag ist eine getrennte Betrachtung statistisch nicht lohnend.

Unter der Beteiligung und Mitwirkung an „Anderen“ wurden in erster Linie einzelne Projekte und Kampagnen genannt (29,2%), gefolgt von besonderen Aktionstagen (16,7%) und UN-Projekten sowie Agendafesten mit jeweils 12,5%.

⁶⁵ Bundesweite Betrachtung auf Seite 34.

5.4.3 Projekterweiterung

Wie auch in 2002 wurde im Fragebogen 2006 nach der Planung von Projekterweiterungen gefragt. Die Beteiligten konnten dabei zwischen einer Erweiterung im Vergleich zur 2002, 2005 und 2002 und 2005 wählen.

Zunächst einmal zeigt sich, dass erfreulicher Weise alle Befragten aus Nordrhein-Westfalen diese Frage beantwortet haben (Abbildung 36), wodurch der Einfluss der Antworten aus diesem Bundesland bei der bundesweiten Analyse hoch ist (ab Seite 35).

Addiert man alle Antwortoptionen bei denen „Ja“ angegeben wurde, zeigt sich, dass nur 28,2% der Befragten in Nordrhein-Westfalen eine Erweiterung ihrer Projekte planen, 71,8% hingegen rechnen nicht damit. Hier zeigt sich sowohl zur Gesamtbetrachtung von 2002, als auch zu der von 2006, dass die geplanten Projektweiterungen in Nordrhein-Westfalen deutlich geringer ausfallen. 2002 lag der Wert für Projekterweiterungen bei 37%, bei der Gesamtumfrage 2006 sogar bei 42,5%. Hier wird auch die kritische Finanzlage in Nordrhein-Westfalen einen negativen Einfluss haben.

Abb. 36: Projekterweiterungen in NRW

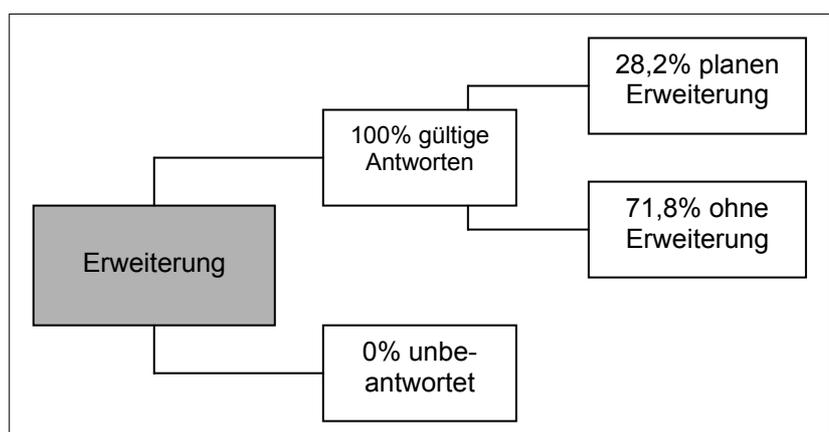
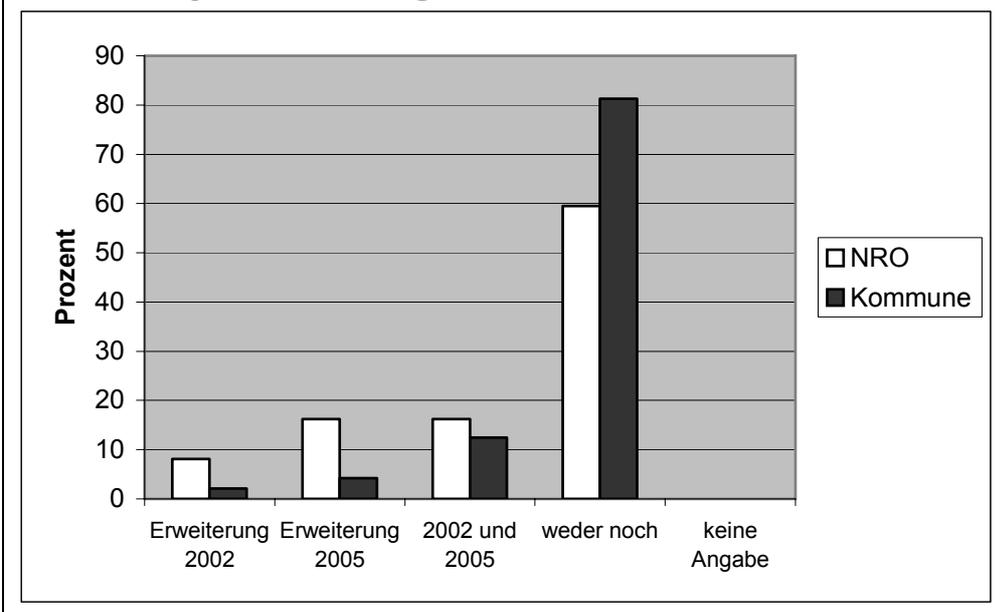


Abb. 37: Projekterweiterungen nach Jahren für NRW

Diejenigen Befragten in Nordrhein-Westfalen (Abbildung 37)⁶⁶ die eine Erweiterung planen, tun dies mehrheitlich im Verhältnis zu "2002 und 2005" (50%) gefolgt von denjenigen die eine Erweiterung im Vergleich zu 2005 vorgesehen haben (33%).

Prüft man das Antwortverhalten nach Unterschieden zwischen Nichtregierungsorganisationen und Kommunen wird deutlich, dass bei den geplanten Erweiterungen die Nichtregierungsorganisationen vor den Kommunen liegen. Vice versa ist der Wert der Kommunen ohne geplante Erweiterungen mit 81,3% höher als bei den Nichtregierungsorganisationen (59,5%).

Das Thema einer Erweiterung von bereits vorhandenen Projekten, scheint demnach in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zur Befragung aller Bundesländer ein Thema mit negativer Konnotation zu sein. Dies unterstreicht auch die eben beschriebene Unterscheidung

im Urteil zwischen beiden Gruppen, denn über Jahre wurden Landesmittel für die Eine-Welt-Arbeit insbesondere den Kommunen zur Verfügung gestellt, die vor allem ab 2005 erheblich reduziert wurden.

Neben der bloßen Angabe über die Existenz von Projekterweiterungen, konnten die Befragten frei formulierte Begründungen angeben, über die Art der Erweiterung bzw. über die Gründe weshalb keine Erweiterung vorgenommen werden kann.

Aus der Vielzahl von Argumenten sind nachträglich Kategorien gebildet worden, die eine quantitative Analyse ermöglichen.

Wie aus der Tabelle 25⁶⁷ ersichtlich, sind „Mangelnde Ressourcen“ (46,5%) sowohl bei getrennter Betrachtung nach Nichtregierungsorganisationen und Kommunen als auch bei der gesamten Betrachtung der Hauptgrund, weshalb keine Erweiterung der Projekte vorgenommen werden kann. Darunter sind fehlende Finanzierung und zu wenig Personal zusammengefasst. Diese wiederum nehmen auch bei einzelner Betrachtung hohe Werte ein und machen alle gemeinsam einen Wert von 79,1% aus. Als zweitwichtigster Hinderungsgrund wird angegeben, dass man mit dem vorhandenen Angebot voll ausge-

⁶⁶ Abbildung bundesweite Analyse: Seite 36.

⁶⁷ Tabelle bundesweite Analyse: Seite 37

Tab. 25: Gesamtübersicht der Gründe, die gegen eine Ausweitung der Projekte in NRW sprechen

Gründe	NRO		Kommune		Gesamt	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
mangelnde Ressourcen	6	37,5	14	51,9	20	46,5
Personalprobleme	3	18,8	7	25,9	10	23,3
Finanzielle Probleme	2	12,5	2	7,4	4	9,3
vorhandenes Angebot stabilisieren	3	18,8	2	7,4	5	11,6
mangelndes Bürgerinteresse	-	-	1	3,7	1	2,3
Eine-Welt-Arbeit stagniert/reduziert	-	-	1	3,7	1	2,3
Sonstiges	2	12,5	-	-	2	4,7
Summe	16	100,0	27	100,0	43	97,7

lastet ist und in diesen Projekten eine Stabilisierung plant (11,6%). Ähnliche Ergebnisse konnte bei der Gesamtbetrachtung aller Bundesländer nachgewiesen werden.

Bei der getrennten Analyse nach Nichtregierungsorganisation und Kommunen zeigen sich sowohl untereinander, als auch zur Gesamtbetrachtungen Unterschiede. Es müssen aber die geringen Fallzahlen beachtet werden.

Gut 52% der befragten Kommunen begründen die Tatsache, dass sie keine Projekte ausweiten mit mangelnden Ressourcen, gefolgt von der personellen Situation (25,9%), nur 7,4% geben Finanzen als Grund an. Da die personelle Situation von der Finanzlage abhängig ist, können beide Begründungen nicht unbedingt getrennt betrachtet werden. Fasst man diese prozentualen Angaben mit den mangelnden Ressourcen zusammen, entsteht eine Rate von 85,2%. In der Gesamtbefragung ergab sich bei der Addition ein Wert von 58%. Für Nordrhein-Westfalen spielen diese drei genannte Faktoren also eine gravierendere Rolle als in der Gesamtbefragung, welches auch erklären würde weshalb sie deutlich weniger Projekterweiterungen planen. Hier spiegelt sich die landespoli-

tische Entwicklung und die Mittleinkürzung der letzten Jahre wider.

7,4% wollen ihr bestehendes Angebot zunächst unverändert weiterführen. An-

dere Faktoren wie mangelndes Bürgerinteresse oder die Stagnation der Einen-Welt-Arbeit sind für die Befragten in Nordrhein-Westfalen nicht von Bedeutung.

Der Anteil von mangelnden Ressourcen, Personal und Finanzen beträgt bei den Nichtregierungsorganisationen zusammengefasst 68,8% und liegt damit deutlich unter dem Wert der Kommunen, aber immer noch über dem Wert der Nichtregierungsorganisationen der Gesamtanalyse aller Bundesländer (56%). Bis auf die Kategorie der finanziellen Probleme sind alle andere Hinderungsgründe bei den Kommunen prozentual größer. Dies erklärt höchstwahrscheinlich auch die Tatsache, weshalb die Nichtregierungsorganisationen im Verhältnis zu den Kommunen mehr Projekterweiterungen vorgesehen haben. Ein klarer Unterschied zu den Kommunen wird auch in der Bedeutung der Stabilisierung des vorhandenen Angebots deutlich, welcher mit 18,8% mehr als doppelt so hoch ausfällt. Die Aussagefähigkeit dieser Werte ist wegen der sehr geringen Fallzahlen jedoch mit Vorsicht zu betrachten.

Im folgenden sollen nun auch die Formen der Projekterweiterungen im Ver-

gleich zur Gesamtanalyse aller Bundesländer Beachtung finden (Tabelle 26).⁶⁸

Tab. 26: Bereich der Projekterweiterung im Vergleich zu 2002/2005 für NRW

Erweiterung im Bereich:	abs.	in % der	
		Nennungen	Befragte*)
ationale Projekte	3	13,0	12,5
internationale Projekte	9	39,1	37,5
Fairer Handel	3	13,0	12,5
Partnerschaften	3	13,0	12,5
Aktionen in Schulen	-	-	-
Öffentlichkeitsarbeit	-	-	-
Sonstiges	1	4,3	4,2
Keine Angabe	4	17,4	4,2
Summe	20	100,0	24

*) Befragte die eine Erweiterung der Projekte planen, 4 machten keine Angabe

Als geplante Projekterweiterungen sind überraschenderweise in erster Linie internationale Projekte vorgesehen (39,1%). Zu gleichen Anteilen folgen nationale Projekte, Fairer Handel und Partnerschaften mit jeweils 13%. In der Befragung aller Bundesländer führen die nationalen Projekte mit (24,5%) vor den internationalen Projekten (18,4%). Betrachtet man dieses Ergebnis in Prozent der Befragten, planen also 37,5% aller Befragten eine vermehrte internationale Projektarbeit. Weitere Aktionen werden in der Gesamtbetrachtung aller Bundesländer auch im Bereich der Partnerschaften (9,2%) und Aktionen in Schulen geplant (8,2%). Diese Bereiche fanden in Nordrhein-Westfalen keine Erwähnung.

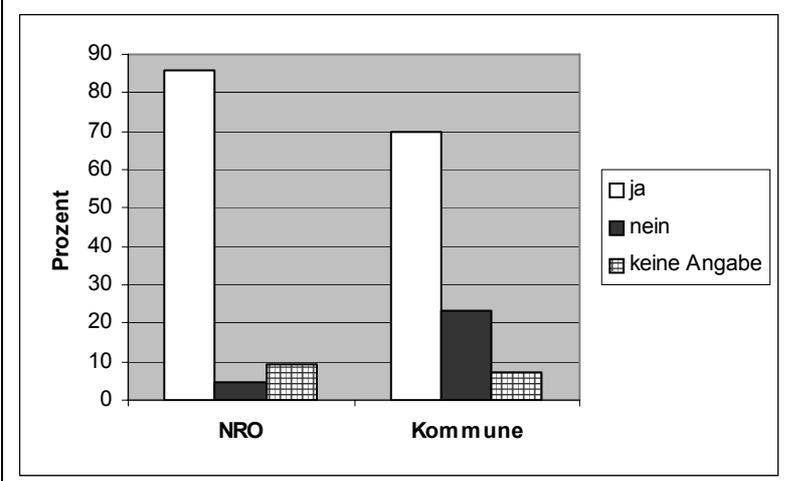
Eine separate Analyse getrennt nach Kommunen und Nichtregierungsorganisationen ist aufgrund der geringen Fallzahlen nicht sinnvoll.

5.4.4 Vernetzung in der Eine-Welt-Arbeit

Vernetzung spielt eine große Rolle. Auf die Frage „Stehen Sie in Verbindung mit Netzwerken oder arbeiten Sie vernetzt?“ haben 77,6% aller Befragten positiv geantwortet, dass sind in etwa genau so viele wie bei der Befragung aller Bundesländer. Nur 14,1% arbeiten nicht vernetzt (bundesweit: 17,7%), 8,2% (bundesweit: 6,1%) machten keine Angabe zu dieser Frage.

Anhand einer getrennten Betrachtung (Abbildung 38)⁶⁹ von Kommunen und Nichtregierungsorganisationen können die Unterschiede zwischen ihnen deutlich gemacht werden. Der Vergleich bei-

Abb. 38: Stehen Sie in NRW in Verbindung mit Netzwerken oder arbeiten Sie vernetzt?



der befragten Gruppen ergibt, dass in Kommunen zu 69,8% und bei Nichtregierungsorganisationen zu 85,7% vernetzt gearbeitet wird. Die Werte sind dabei im Vergleich zu 2002 gesunken (2002: Kommunen 70%, Nichtregierungsorganisationen 94%); dies zeigt einen Trend, denn der Anteil der Wie-

⁶⁸ Tabelle bundesweite Analyse: Seite 38.

⁶⁹ Abbildung bundesweite Analyse: Seite 39.

derholer in beiden Befragungen aus NRW liegt bei fast 50%. Bei der Befragung aller Bundesländer 2006 kann man fast identische Werte feststellen.

Im Fragebogen wurde auch danach gefragt, mit welchen Netzwerken und Partnern die Vernetzung besteht. In der Auswertung hat sich eine große Vielfalt von Angaben angesammelt. Dabei sind nicht nur Organisationen genannt worden, die in Form eines Netzwerkes fungieren, sondern auch verschiedene Partner, mit denen eine kooperative Zusammenarbeit besteht. Sie können im Einzelnen nicht alle genannt werden und sind daher in Kategorien aufbereitet worden. Unter der Kategorie „andere“ sind die Angaben zusammengefasst, aus denen keine klare Zuordnung abgeleitet werden konnte.

Tab. 27: Art der Netzwerke in NRW

(Mehrfachnennungen waren möglich)

	NRO		Kommune		Gesamt	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
kommunale Netzwerke	28	40,6	20	43,5	48	41,7
Landesnetzwerke	12	17,4	7	15,2	19	16,5
nationale Netzwerke	15	21,7	11	23,9	26	22,6
internationale Netzwerke	14	20,3	8	17,4	22	19,1
Summe	69	100	46	100	115	100

Die Tabelle 27⁷⁰ zeigt, dass die Verbindung zu Netzwerken mit 41,7% schwerpunktmäßig in den kommunalen Rahmen fällt. Darauf folgen Verbindungen zu nationalen (22,6%) und internationalen Netzwerken (19,1%), dicht gefolgt von Verbindungen zu Landesnetzwerken mit 16,5%. In der Befragung aller Bundesländer bestand nur in 11,5% der Fälle eine Verbindung zu internationalen Netzwerken. Von 36 Angaben zu internationalen Netzwerken kamen 24 aus Nordrhein-Westfalen. In diesen The-

menfeld liegt auch eine besondere entwicklungspolitische Perspektive und Besonderheit.

Vergleicht man die Ergebnisse zwischen Nichtregierungsorganisationen und Kommunen bezüglich ihrer Verbindungen zu Landesnetzwerken zeigt sich eine prozentuale Ausgeglichenheit, eine getrennte Darstellung ist daher unnötig.

Die Vernetzung auf kommunaler Ebene ist auch in NRW sehr stark durch die lokale Agenda 21 geprägt. So werden beispielsweise Eine-Welt-Foren, Weltläden, Arbeitsgemeinschaften und -kreise häufig genannt. Neben dieser agendaspezifischen Vernetzung existiert auch eine projekt- und themenspezifisch orientierte Zusammenarbeit. Sie bezieht sich auf Städtepartnerschaften und Umwelt.

Auf Bundesebene wird die Vernetzung vor allem mit dem Klimabündnis und dem Weltladendachverband betrieben, ebenso spielen VENRO und der NABU eine wichtige Rolle.

Auf Landesebene besteht die Vernetzung in erster Linie mit dem Eine Welt Netz NRW, welches mit Abstand am häufigsten genannt wurde.

Die internationale Vernetzung bezieht sich stark auf die Zukunftsfähigkeit von Städten und Kommunen, aber auch auf das Thema Umwelt. Als Netzwerk wurde häufig ICLEI genannt. Aber auch hier werden neben InWEnt auch Organisationen wie Amnesty International, die UNESCO oder der DED genannt.

Über mögliche Gründe, warum beide Gruppen nicht vernetzt arbeiten, kann nur spekuliert werden.

⁷⁰ Tabelle bundesweite Analyse: Seite 41.

5.5 Antworten zur Struktur der Eine-Welt-Arbeit

Der dritte Fragenblock beschäftigt sich mit der Struktur der Eine-Welt-Arbeit. Dabei soll neben der Analyse der personellen und finanziellen Situation auch die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und die Transparenz der Eine-Welt-Aktivitäten zwischen Bürgerschaft und Verwaltung genauer betrachtet werden. Ein weiterer Aspekt stellen die Hemmnisse in der Eine-Welt-Arbeit dar. Hierauf wird als erstes eingegangen.

5.5.1 Hemmnisse in der Eine-Welt-Arbeit

Der Fragebogen stellt die Frage nach Hemmnissen, die in der Eine-Welt-Arbeit auftreten können. Insgesamt sind 14 verschiedene Hemmnisse als Antwortmöglichkeiten vorgegeben, von denen jeweils nur die drei wichtigsten angekreuzt werden sollten. Dadurch sollen Aussagen über die Schwerpunkte bei den Problematiken in der Eine-Welt-Arbeit ermöglicht werden.

Tab. 28: Hemmnisse in der Eine-Welt-Arbeit in NRW

Hemmnisse	NRO		Kommune		Gesamt	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
Finanzen	27	24,3	37	32,2	64	28,3
Personal	26	23,4	29	25,2	55	24,3
Bürgerbeteiligung	14	12,6	13	11,3	27	11,9
politische Unterstützung	9	8,1	8	7,0	17	7,5
Desinteresse der Medien	13	11,7	1	0,9	14	6,2
Kooperationsbereitschaft	3	2,7	6	5,2	9	4,0
Informationsfluss	-	-	6	5,2	6	2,7
Koordination	3	2,7	3	2,6	6	2,7
Konkurrenz	2	1,8	4	3,5	6	2,7
Ausdauer bei Projekten	2	1,8	3	2,6	5	2,2
Umsetzung von Vorhaben	4	3,6	1	0,9	5	2,2
Einbeziehung Akteure	4	3,6	-	-	4	1,8
Organisation/Planung	4	3,6	4	3,5	8	3,5
Moderation	-	-	-	-	-	-
Summe	111	100,0	115	100,0	226	100,0

In Tabelle 28⁷¹ zeigt sich, dass als wesentliche Hemmnisse der Einen-Welt-Arbeit in erster Linie Finanzen (28,3%) und Personal (24,3%) angesehen werden (insgesamt flossen über 42% der Nennungen zu Finanzen aus NRW in die bundesweite Einschätzung ein, bei Personal sind es fast 39%). Darauf folgt mit einem Abstand von ca. 14% eine mangelnde Bürgerbeteiligung bzw. Motivati-

⁷¹ Tabelle bundesweite Analyse: Seite 44. 37% der Nennungen in Tabelle 12 sind aus NRW.

on. Soweit sind diese Ergebnisse, bis auf wenige prozentuale Abweichung, deckungsgleich mit den Ergebnissen aus der Umfrage aller Bundesländer. An vierter Stelle folgt der Mangel an politischer Unterstützung mit 7,5%. Die neue Antwortoption des Desinteresses der Medien nimmt mit 6,3% Rang 5 ein. Die darauffolgenden potentiellen Hemmnisse scheinen mit jeweils weniger als 5% eine eher untergeordnete Bedeutung zu haben. Von keinem der Befragten wurde die Option „Moderation“ als Hemmnis festgelegt.

Es fällt auch für Nordrhein-Westfalen auf, dass neben ressourcenbedingten Hemmnissen, vor allem solche genannt werden, die von einem mangelnden öffentlichen Interesse aller Seiten, von Medien, Politik und Gesellschaft zeugen.

Bei einer getrennten Betrachtung der Hemmnisse nach Kommune und Nichtregierungsorganisation bei der Befragung aller Bundesländer konnten Abweichungen von der Gesamtreihenfolge festgestellt werden. Daher sollen Kommunen und Nichtregierungsorganisationen im Folgenden wieder getrennt dargestellt werden.

Die Rangfolge der Hemmnisse bei den Kommunen (Abbildung 39)⁷² verläuft bis zu Rang 4 genau wie in der Gesamtbeurteilung. Rang 5 wird aber dann mit 5,2% von der mangelnden Kooperati-

Abb. 39: Hemmnisse der Kommunen in NRW

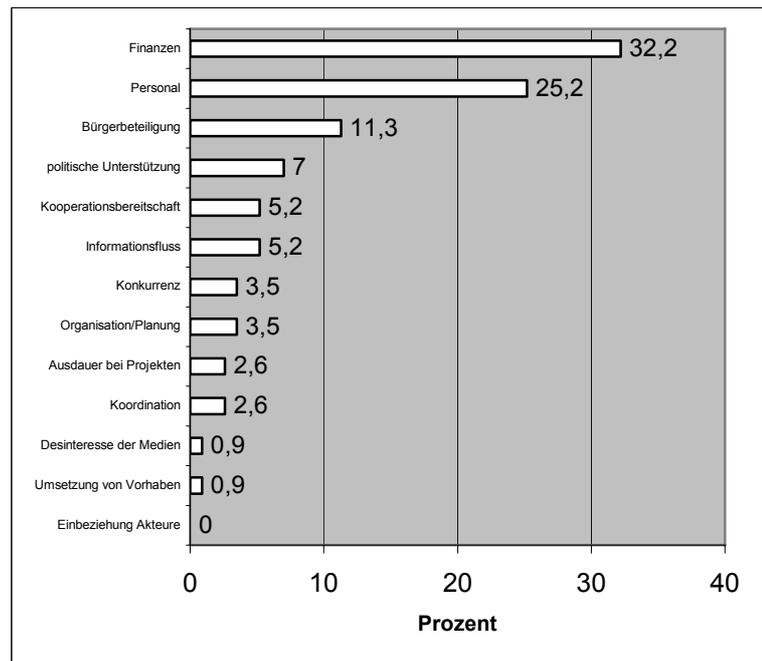
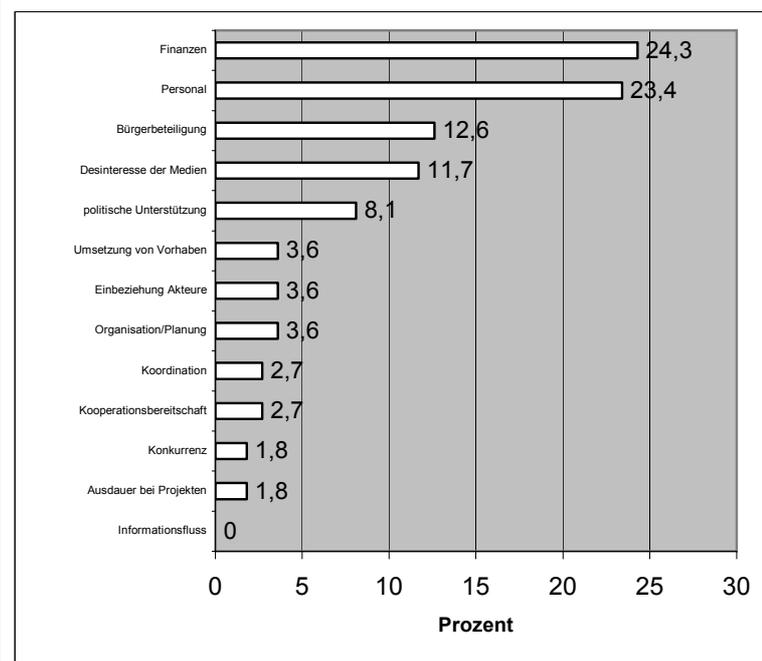


Abb. 40: Hemmnisse der Nichtregierungsorganisationen in NRW



onsbereitschaft und dem Informationsfluss eingenommen. Ein Desinteresse von Seiten der Medien (0,9%) scheint für die Kommunen hingegen keine Problemstellung zu sein. Die Konkurrenz, sowie Probleme bei der Organisation, Planung und Kommunikation scheinen für die Kommunen als Hemmnis entscheidender zu sein.

⁷² Abbildung bundesweite Analyse: Seite 45.

Die Nichtregierungsorganisationen (Abbildung 40)⁷³ definieren ihre Hemmnisse deutlicher als die Kommunen, da sie mehrere Faktoren mit hohen Prozentzahlen bedacht haben. Dies fiel auch schon bei der Analyse aller Bundesländer auf. Dabei stehen an vorderster Front vor allem wieder finanzielle und personelle Probleme.⁷⁴ Danach folgen dann, mit nur geringen prozentuellen Unterschieden, eine mangelnde Bürgerbeteiligung (12,6%), das Desinteresse der Medien (11,7%) und fehlende politische Unterstützung (8,1%). Deutlich wird hier auch, dass die Nichtregierungsorganisationen die finanzielle Lage zwar als entscheidend, aber dennoch weniger dringlich als die Kommunen einstufen. Die darauffolgenden Antwortoptionen spielen mit Werten unter 5% keine bedeutende Rolle. Die Nichtregierungsorganisationen definieren die Haupthemmnisse in der Eine-Welt-Arbeit im Unterschied zu den Kommunen neben ressourcenbedingten Problemen mit einer mangelnden gesellschaftlichen Aufmerksamkeit. Zu dem selben Ergebnis kam man in der Befragung aller Bundesländer.

Beide Gruppen der Befragten weisen im Bezug auf die Problematiken in der Eine-Welt-Arbeit weitgehende Parallelen auf. Finanz- und Personalprobleme bilden den Schwerpunkt, darauf folgen Probleme mit dem öffentlichen Interesse. Auffällig ist die Diskrepanz zwischen Kommunen und Nichtregierungsorganisationen bezüglich ihrer Einschätzung der Medien (0,9% zu 11,7%). Da beide gleichermaßen auf ein mediales Echo angewiesen sind, ist aus der Umfrage zu

lesen, dass Kommunen wohl über besser Medienkontakte verfügen.

Auf der anderen Seite bedeuten für die Kommunen Konkurrenz und Probleme im Informationsfluss ein größeres Hemmnis als für die Nichtregierungsorganisationen.

Die angegebenen Hemmnisse wurden auch mit der Frage nach einer vorherigen Beteiligung an der Umfrage von 2002 korreliert. Dabei zeigten sich kaum Unterschiede. Es wurde nur deutlich, dass diejenigen die sich schon 2002 an der Umfrage beteiligt haben das Desinteresse der Medien als stärkere Hemmnis betrachten, als die Personen die nur an der vorliegenden Umfrage teilgenommen haben. Im Kern haben sich die Hemmnisse seit 2002 demnach in NRW nicht verändert.

⁷³ Abbildung bundesweite Analyse: Seite 46.

⁷⁴ Zu Personal (Seite 88) und Finanzen (Seite 91) wird auf die gesonderten Kapitel verwiesen.

5.5.2 Personelle Situation

An dieser Stelle soll eine detaillierte Darstellung der personellen Strukturen der Eine-Welt-Arbeit gegeben werden. Im Fragebogen wurde zwischen hauptamtlichen Stellen und ehrenamtlich aktiven BürgerInnen differenziert. Beide Typen von Personal werden im Folgenden getrennt analysiert.

Die wenigen Antworten wurden in Kategorien gefasst, die in der Gesamtübersicht (Abbildung 41)⁷⁵ nach steigender Anzahl der Stellen aufgezeigt werden.

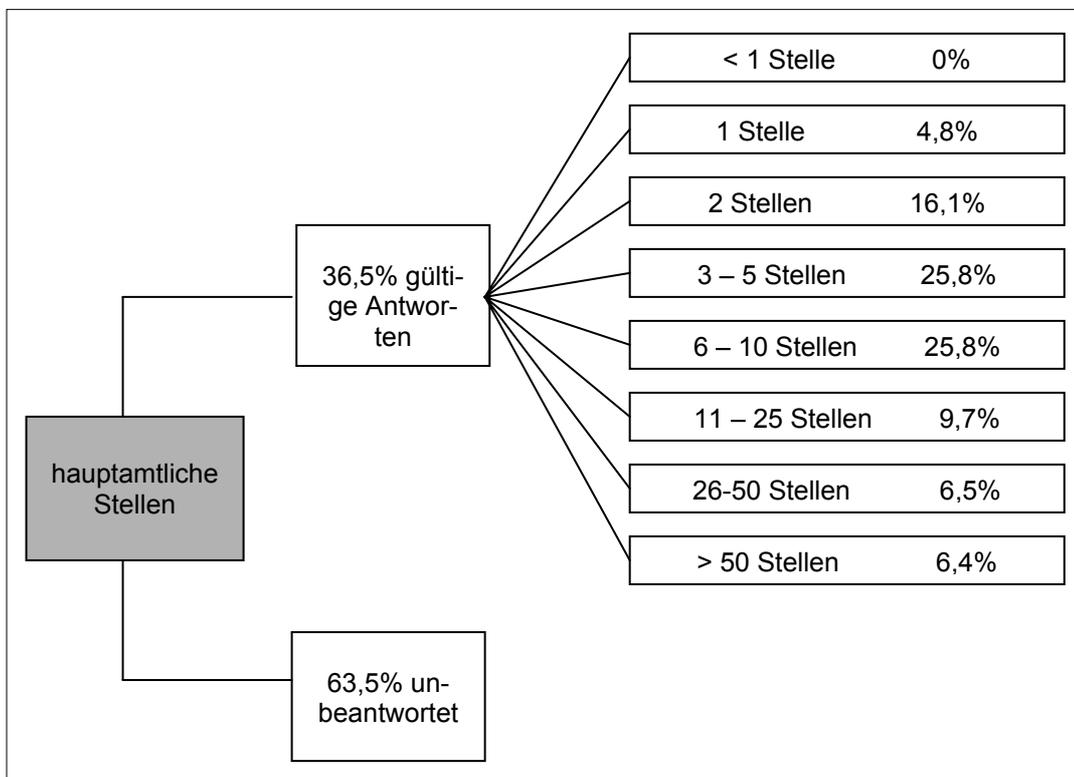
Bei einem Vergleich zur Befragung aller Bundesländer zeigen sich nur geringfügige Unterschiede. Während bei der gesamtdeutschen Befragung bei den hauptamtlich Beschäftigten eine Person mit 20,9% am häufigsten genannt wurde sind es bei der Analyse von Nord-

rhein-Westfalen mit jeweils 25,8% 3-5, sowie 6-10 Stellen. Danach fallen die Prozentzahlen zur nächsten Größenordnung rapide ab. Ähnliches zeigte sich bei der Gesamtbefragung.

Des Weiteren wurde das Verhältnis von der Angabe zu

hauptamtlich Beschäftigten und zum Hemmnis Personal untersucht. Dabei zeigt sich, dass vor allem diejenigen Befragten Personal als Hemmnis betrachten, die nur wenig hauptamtlich Beschäftigte aufweisen. Am häufigsten (31,8%) nannten dabei Befragte mit nur zwei hauptamtlich Beschäftigten das

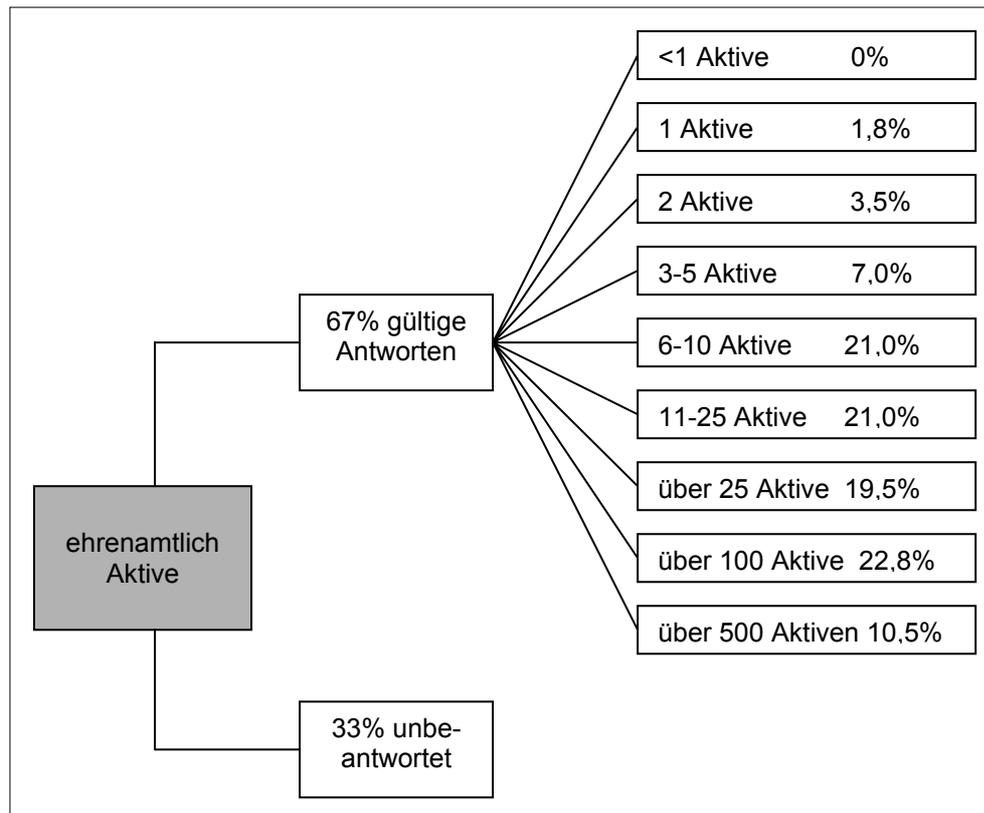
Abb. 41: Gesamtübersicht zu hauptamtlichen Stellen in der Eine-Welt-Arbeit



Die Frage zu der Anzahl hauptamtlicher Stellen in der Eine-Welt-Arbeit ist nur von 36,5% beantwortet worden. Dies entspricht etwa der Prozentzahl von der Umfrage aller Bundesländer, sowie der Umfrage von 2002. Möglicherweise sind die fehlenden Antworten durch Unkenntnis der genauen Stellenzahl zu erklären.

⁷⁵ Abbildung bundesweite Analyse: Seite 47

Abb. 42: Gesamtübersicht zu ehrenamtlich Aktiven in der Eine-Welt-Arbeit in NRW



Prozentzahlen über zehn werden erst ab sechs bis zehn Aktiven erreicht. Bei den hauptamtlichen nehmen sie danach wieder ab. Bei der Betrachtung aller Bundesländer lag mit 34,1% die häufigste Anzahl an ehrenamtlich Tätigen zwischen elf und 25 Personen. Bei den Ergebnissen von Nordrhein-Westfalen ist es schwieriger einen Spitzenreiter auszumachen, da

Personal als Hemmnis, gefolgt von denen mit nur einem hauptamtlich Beschäftigten (22,7%) und denen mit 3-5 Stellen (18,2%).

Eine getrennte Betrachtung beider Gruppen ist wegen der geringen Fallzahlen nicht möglich.

Nachfolgend werden die Zahlen des ehrenamtlichen Engagements aufgezeigt.

In der Gesamtübersicht (Abbildung 42)⁷⁶ wird deutlich, dass bei der Frage zum ehrenamtlichen Engagement der Bürger ein deutlich besseres Antwortverhalten vorliegt. Nur 33% der Befragten ließen diese Frage unbeantwortet (Gesamtdeutsche Umfrage: 29%). Bei Betrachtung der ehrenamtlich Aktiven zeigt sich im Vergleich zu den hauptamtlichen Stellen eine gegenläufige Verteilung.

die Prozentangaben zwischen sechs und bis über 100 Aktive hier enger beieinander liegen.

Bei der Darstellung zu den Hemmnissen in der Eine-Welt-Arbeit wurde bereits deutlich, dass die personelle Situation sowohl der Kommunen, als auch der Nichtregierungsorganisationen ein Haupthemmnis darstellt. Zu jeweils hohen Prozentanteilen (63% bzw. 29%), ist die Frage nach der Anzahl der haupt- und ehrenamtlichen Stellen im Fragebogen aber unbeantwortet geblieben. Hier soll nun untersucht werden, ob zwischen beiden Fragen ein Zusammenhang besteht. Gibt es Fragebögen in denen keine Angaben zum Personal gemacht wurden, obwohl es bei den Hemmnissen als Problem angegeben wurde? Tatsächlich wird bei 63,1% Personal als Hemmnis angegeben, ohne jedoch die Frage zum Personal zu beantworten.

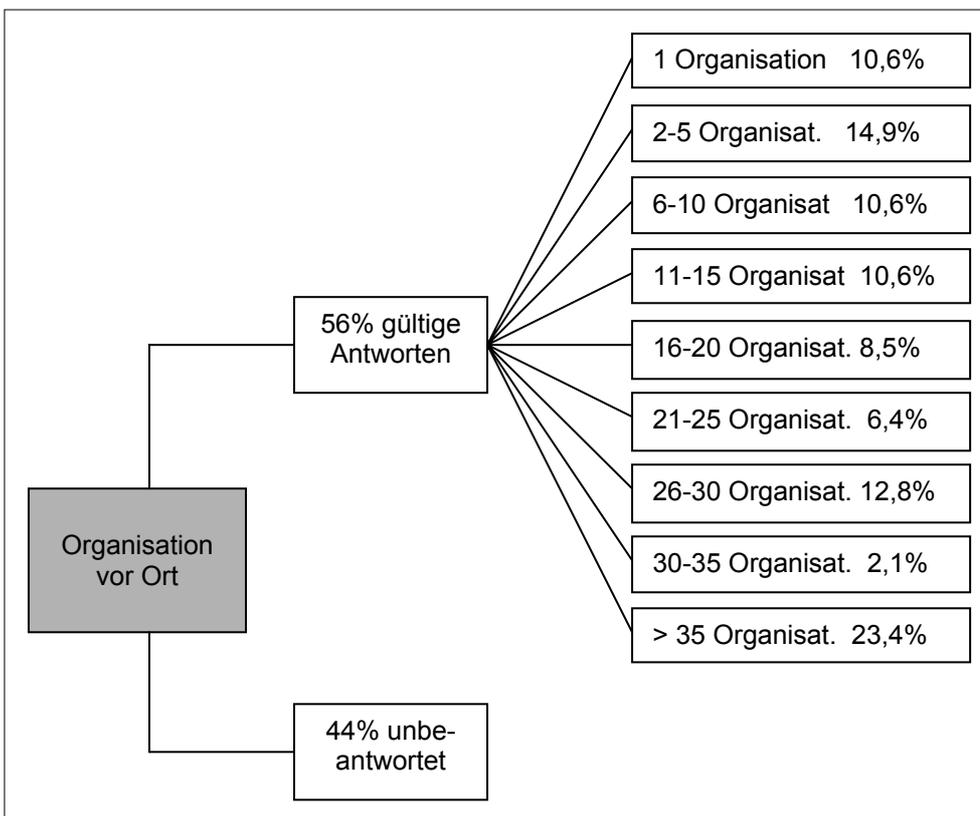
⁷⁶ Abbildung bundesweite Analyse: Seite 50.

5.5.3 Organisierte Eine Welt vor Ort

In der aktuellen Umfrage wurde, um die Struktur der Eine-Welt-Arbeit genauer analysieren zu können, neben der personellen Situation auch nach der Anzahl der Organisationen vor Ort die Eine-Welt-Arbeit betreiben gefragt (Abbildung 43).⁷⁷ Ähnlich wie bei der Abfrage der personellen Situation, lag der Anteil an Personen die diese Frage unbeantwortet ließen mit 39% relativ hoch. Vermutlich kann auch hier die Unkenntnis über die

Lässt man die Kategorie > 35 Organisationen außer Acht, unter der eine Anzahl von Organisationen zwischen 40 und 2.000 zusammengefasst sind, wurde am häufigsten (14,9%) von den Befragten angegeben, dass es bei Ihnen vor Ort zwischen zwei und fünf Organisationen der Eine-Welt-Arbeit gibt. Gleiches ergab sich für die Umfrage aller Bundesländer,⁷⁸ wenn auch mit höheren prozentualen Angaben (vgl. Abbildung 44). An zweiter Stelle wurden 26-30 Organisationen mit 12,8% genannt. Bei der Gesamtdeutschen Befragung wurde eine Organisation am zweithäufigsten genannt. Diese teilt sich hier mit 6-10 und 11-15 Organisationen die Plätze.

Abb. 43: Anzahl der Eine-Welt-Organisationen vor Ort in NRW



Des Weiteren wurde danach gefragt, ob vor Ort auch ein Netzwerk aus den entsprechenden Organisationen besteht. Weit über die Hälfte (80%) der Befragten konnte diese Frage nicht beantworten. 15,2% gaben an, dass ein Netzwerk vor Ort besteht. Offensichtlich scheint die Mehrzahl der Befragten über die Situation der Organisationen der Eine-Welt-Arbeit vor Ort nicht besonders gut

genaue Anzahl als ein Grund angesehen werden. Generell sollten die Ergebnisse dieser Frage vorsichtig interpretiert werden, da es sich nur um grobe Schätzungen der Befragten handeln kann.

informiert zu sein.

⁷⁷ Abbildung bundesweite Analyse: Seite 52

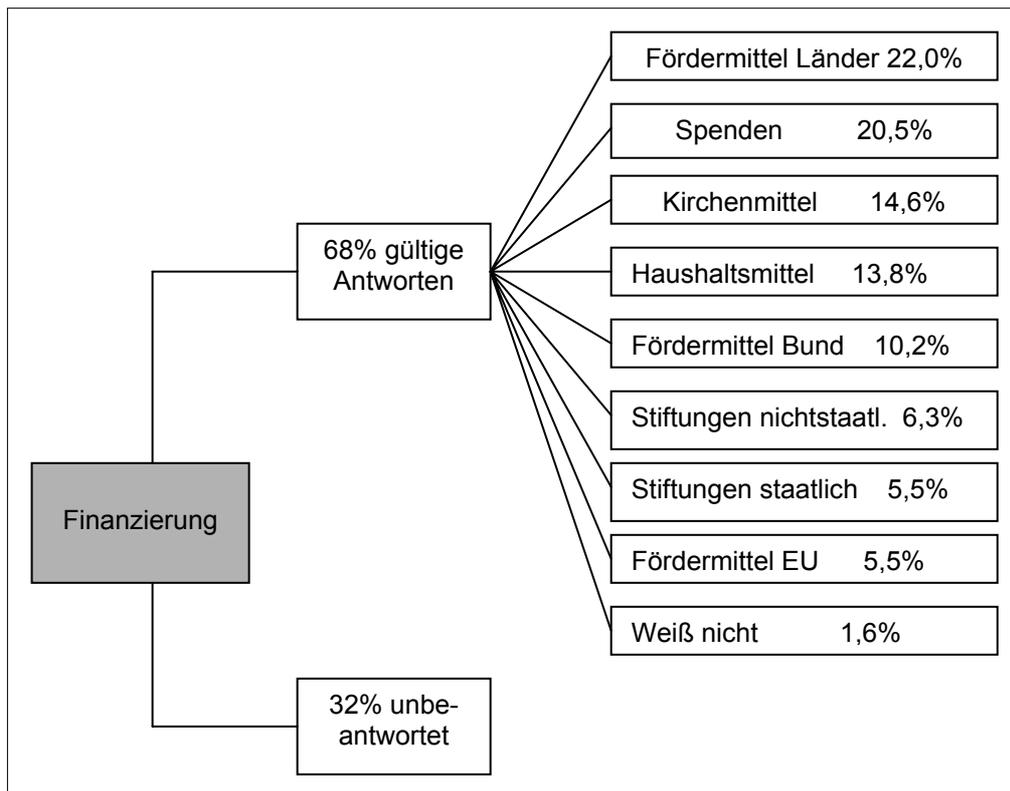
⁷⁸ Vgl. Abbildung auf Seite 52.

5.5.4 Finanzielle Situation

Die Frage nach den Mitteln zur Finanzierung der Eine-Welt-Arbeit unterscheidet acht unterschiedliche Finanzquellen.

chenmittel, die 2002 nur 4% ausmachten und heute in Nordrhein-Westfalen bei 14,6% liegen. Nur 1,6% der Befragten gaben an, nicht über die Finanzierungsquellen bescheid zu wissen.

Abb. 44: Gesamtübersicht der Angaben zu Finanzierungsquellen in Nordrhein-Westfalen



Die wichtigsten Finanzierungsquellen (Abbildung 44)⁷⁹ in der Eine-Welt-Arbeit von Nordrhein-Westfalen stellen die Fördermittel der Länder (22%) gefolgt von Spenden (20,5%) dar. Auch Kirchenmitteln (14,6%), kommunalen Haushaltsmitteln (13,8%) und den Fördermitteln des Bundes (10,2%) kommt eine Bedeutung zu. Die Gelder der EU (5,5%) und der Stiftungen fallen weniger stark ins Gewicht. Der größte Unterschied zur ersten Umfrage von 2002 besteht im Bedeutungszuwachs der Kir-

⁷⁹ Abbildung bundesweite Analyse: Seite 53.

Betrachtet man den Unterschied zur Befragung aller Bundesländer, zeigt sich wie aus Abbildung 45 ersichtlich folgendes:

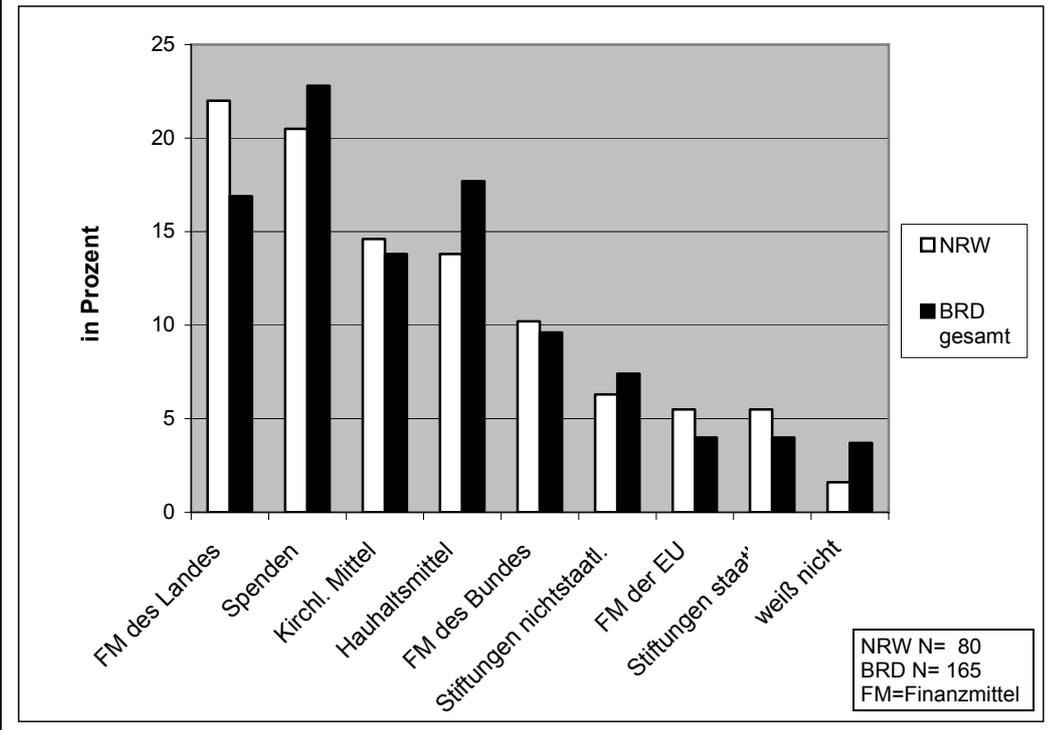
Die wichtigsten Finanzierungsquellen in der Eine-Welt-Arbeit aller Bundesländer stellen Spenden (22,8%), gefolgt von kommunalen Haushalts-

mitteln (17,7%) dar. Die Fördermittel der Länder, welche in Nordrhein-Westfalen die wichtigste Rolle spielen, belegen in der Gesamtbefragung nur den dritten Platz mit 16,9%. Alle weiteren Finanzierungsmöglichkeiten haben eine ähnlich starke Bedeutung.

In Übersicht der in Anspruch genommenen Finanzierungsmittel in Tabelle 29⁸⁰ werden die Unterschiede zwischen Kommunen und Nichtregierungsorganisationen deutlich.

⁸⁰ Tabelle bundesweite Analyse: Seite 54.

Abb. 45: Vergleich der Finanzierungsmittel von NRW und allen Bundesländern



eine große Rolle. Von kommunalen Haushaltsmitteln wird die Finanzierung der Einwelt-Arbeit in 20,4% der befragten Kommunen übernommen, während es bei den Nichtregierungsorganisationen nur 8,9% sind.

Die Fördermittel der Länder wurden in der

Kommunen finanzieren sich im Vergleich zu Nichtregierungsorganisationen stärker durch Fördermittel des Landes und kommunale Haushaltsmittel. Die Fördermittel des Landes machen als Quelle bei den Kommunen den größten Anteil (29,6%) aus, während Nichtregierungsorganisationen sich hauptsächlich Spenden (22,6%) als Geldquelle nennen. Spenden spielen aber auch bei den Kommunen mit einem Anteil von 17,6%

Befragung aller Bundesländer sowohl bei den Kommunen, als auch bei den Nichtregierungsorganisationen mit einer Häufigkeit von 18,3% bzw. 15,8% genannt.

Ein großer Unterschied besteht im Bezug auf Fördermittel des Bundes. Bei Kommunen betragen sie 4,6%, während der Anteil der Nichtregierungsorganisationen bei 14,4% liegt. Zu einem ähnlichen Ergebnis kam man auch in der gesamtdeutschen Befragung.

Nichtstaatliche Stiftungen, staatliche Stiftungen und Kirchenmittel werden im Vergleich von Nichtregierungsorganisationen etwas mehr beansprucht. Der höhere Anteil von Kirchenmitteln ist hier auch auf die kirchlichen Nichtregierungsorganisationen zurückzuführen.

Tab. 29: Gesamtübersicht der Finanzierungsmittel getrennt nach Kommune und NRO in NRW (Mehrfachnennungen möglich)

Finanzierungsquellen	NRO		Kommune		Gesamt	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
Fördermittel des Landes	24	16,4	32	29,6	56	22,0
Spenden	33	22,6	19	17,6	52	20,5
Kirchliche Mittel	23	15,8	14	13,0	37	14,6
Kommunale Haushaltsmittel	13	8,9	22	20,4	35	13,8
Fördermittel des Bundes	21	14,4	5	4,6	26	10,2
Stiftungen nichtstaatlich	12	8,2	4	3,7	16	6,3
Fördermittel der EU	9	6,2	5	4,6	14	5,5
Stiftungen staatlich	10	6,8	4	3,7	14	5,5
weiß nicht	1	0,7	3	2,8	4	1,6
Summe	146	100,0	108	100,0	254	100,0

5.5.5 Einbeziehung von Organisationen vor Ort

Die Befragung erkundigte sich auch nach den Organisationen, die vor Ort in den Prozess der Eine-Welt-Arbeit eingebunden werden (Tabelle 30).⁸¹

Bei der Gesamtbetrachtung führen die Eine-Welt-Vereine mit 20,5% knapp vor den Schulen (19,1%) und den Kirchen (18,5%). Auch Umweltgruppen spielen mit einem Anteil von 11,4% noch eine wichtige Rolle. Es folgen Kindergärten und MigrantInnenvereine unter 10% und Supermärkte, Sportvereine und die Handwerkskammer mit Angaben unter 5%. Schützenvereine werden zwar am wenigsten (2%) mit in den Eine-Welt-Prozess vor Ort eingebunden, der Anteil der eingebundenen Schützenvereine in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zur Gesamtbefragung macht aber 87,5% aus (sieben der insgesamt genannten acht Schützenvereine kommen aus NRW).

4,3% der Befragten gaben "Andere" Organisationen oder Institutionen an, die unmittelbar vor Ort in die Eine-Welt-Arbeit eingebunden werden. Dabei wurden an erster Stelle anderer Vereine vor allem Karnevalsvereine genannt.

Eine getrennte Darstellung nach Kommunen und Nichtregierungsorganisationen ist in diesem Fall nicht sinnvoll, da deren Rangfolge kaum von der Gesamtdarstellung abweicht und auch untereinander kaum Unterschiede bestehen. Festgehalten werden kann diesbezüglich

nur, dass Nichtregierungsorganisationen häufiger mit Eine-Welt-Vereinen und Kirchen zusammenarbeiten als die Kommunen, wohingegen diese vermehrt eine Zusammenarbeit mit Umweltgruppen und Kindergärten praktizieren (vgl. Tabelle 30).

Tab. 30: Gesamtübersicht über die einbezogenen Organisationen in den Prozess der Eine-Welt-Arbeit in NRW (Mehrfachnennungen möglich)

Organisationen	NRO		Kommune		Gesamt	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
Eine-Welt-Vereine	34	22,5	36	18,2	72	20,5
Schulen	30	19,9	37	18,7	67	19,1
Kirchen	31	20,5	34	17,2	65	18,5
Umweltgruppen	16	10,6	24	12,1	40	11,4
Kindergarten	6	4,0	19	9,6	25	7,1
MigrantInnenvereine	9	6,0	14	7,1	23	6,6
Sportvereine	7	4,6	9	4,5	16	4,6
Andere	6	4,0	9	4,5	15	4,3
Supermarkt	5	3,3	7	3,5	12	3,4
Handwerkskammer IHK	3	2,0	6	3,0	9	2,6
Schützenvereine	4	2,6	3	1,5	7	2,0
Summe	151	100,0	198	100,0	351	100,0

⁸¹ Tabelle bundesweite Analyse: Seite 56.

5.5.6 Kooperation mit nichtstaatlichen Akteuren

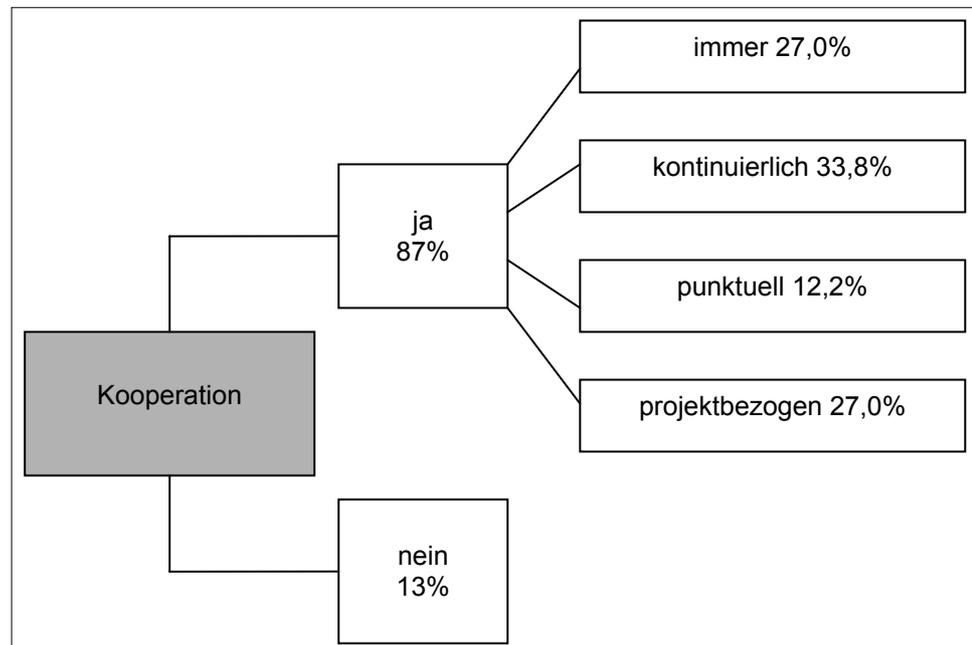
tionsstruktur in Nordrhein-Westfalen gewertet werden.

Die Frage nach der Kooperation mit nicht-staatlichen Akteuren stellt im Wesentlichen eine Frage zur Vernetzung dar. Mit nicht-staatlichen Akteuren sind Vereine, Verbände, Gruppen, Kirche, etc. gemeint.

Im Anschluss an die Betrachtung der Gesamtmenge aller Befragten, sollen die Ergebnisse dieser Frage auch für Kommunen und Nichtregierungsorganisationen getrennt betrachtet werden.

Abb. 46: Gesamtübersicht zur Kooperation mit nichtstaatlichen Akteuren in NRW

Eine Gesamtübersicht (Abbildung 46)⁸² zeigt die Gliederung zur Kooperation und ihren Formen mit nicht-staatlichen Akteuren.



87% (Gesamtdeutsche Befragung: 93,2%) der Befragten geben an, mit nicht-staatlichen Akteuren zu kooperieren, während nur 13% keinerlei Zusammenarbeit betreiben.

Die häufigste Kooperationsform wird mit kontinuierlich (33,8%) beschrieben. In jeweils 27% der Fälle findet Kooperation immer (27%) oder projektbezogen statt.

Dabei zeigt sich (Tabelle 31), dass die Ergebnisse im Hinblick auf die absoluten Zahlen sehr ähnlich sind. Bei der prozentualen Betrachtung fällt aber auf, dass Kommunen häufiger kontinuierliche und projektbezogene Kooperationen un-

Im Vergleich zur Befragung in allen Bundesländern fällt auf, dass deutschlandweit projektbezogene Kooperationen überwiegen, während in Nordrhein-Westfalen die kontinuierliche Zusammenarbeit Vorrang hat. Dies kann als positives Zeichen für eine überdurchschnittlich stabile Koopera-

Tab. 31: Kooperationen mit nichtstaatlichen Akteuren vor Ort in NRW

Kooperation	NRO		Kommune		Gesamt	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
zufällig	-	-	-	-	-	-
projektbezogen	10	27,0	10	37,0	20	27,0
kontinuierlich	11	29,7	14	51,9	25	33,8
immer	12	32,4	8	29,6	20	27,0
punktuell	4	10,8	5	18,5	9	12,2
Gesamt	37	100,0	27	100,0	74	100,0

⁸² Tabelle bundesweite Analyse: Seite 58.

terhalten, während sich das Bild in den Nichtregierungsorganisationen als sehr ausgeglichen darstellt.

Im Zusammenhang mit dieser Frage wurde auch untersucht, ob alle Befragten, die angaben mit nichtstaatlichen Akteuren zu kooperieren, auch bei der Frage nach einer Vernetzung (siehe auch Seite 83) entsprechende Angaben gemacht haben. Dabei zeigt sich, dass alle Institutionen, die mit nichtstaatlichen Akteuren kooperieren, auch angeben, vernetzt zu arbeiten.

5.5.7 Transparenz der Aktivitäten

In einer Frage wurde nach der Transparenz der Aktivitäten der Eine-Welt-Arbeit zwischen der Verwaltung und der Bürgerschaft gefragt.

Insgesamt wird aus Tabelle 32⁸³ ersichtlich, dass mehr als die Hälfte der Beteiligten (57,7%) mit dem Informationsfluss zwischen Verwaltung und Bürgerschaft zufrieden sind, bzw. dass eine Transparenz der Aktivitäten gegeben ist (bundesweit 53,5%).

Betrachtet man die Ergebnisse getrennt nach Nichtregierungsorganisationen und Kommunen zeigt sich eine deutliche Diskrepanz. Während innerhalb der Kom-

Tab. 32: Transparenz der Kommunikation im Urteil aus NRW

	NRO		Kommune		Gesamt	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
ja	14	42,4	31	68,9	45	57,7
nein	4	12,1	8	17,8	12	15,4
weiß nicht	15	45,5	6	13,3	21	26,9
Gesamt	33	100,0	45	100,0	78	100,0

munen 68,9% der Meinung sind die Eine-Welt-Aktivitäten würden transparent kommuniziert, liegt der Anteil innerhalb der Nichtregierungsorganisationen nur bei 42,4%. Auch bei den Gruppen fallen die Werte im Bundesland besser aus als im Bundesschnitt. Dieses Ergebnis relativiert sich aber durch den hohen Anteil an Personen die sich keine Meinung zur Transparenz zutrauen (26,9%). Die Prozentzahlen bei den Befragten die „nein“ ankreuzten unterscheiden sich nur durch fünf Prozentpunkte.

⁸³ Tabelle bundesweite Analyse: Seite 59.

5.6 Antworten zur Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

Mit diesem, im Vergleich zu 2002, völlig neuen Fragenblock, sollte eine Selbstevaluation der Arbeit und Angebote der Servicestelle durchgeführt werden. Da man sonst nur wenig über sein Außenbild und die Bewertung der eigenen Arbeit durch andere erfährt, war dieser Weg eine gute Möglichkeit Informationen und Anregungen diesbezüglich einzuholen.

5.6.1 Kontakt mit der Servicestelle

Die ersten drei Fragen beziehen sich auf den Kontakt zur Servicestelle. Zunächst wurde erfragt, ob schon vor dem Fragebogen ein Kontakt zur Servicestelle bestanden hat.

Dabei zeigt sich sowohl bei der Analyse der Gesamtbetrachtung, als auch bei einer getrennten nach Kommune und Nichtregierungsorganisation, ein positives, einheitliches Bild (Tabelle 33)⁸⁴:

Tab. 33: Kontakt mit der Servicestelle aus NRW

	NRO		Kommune		Gesamt	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
ja	32	76,2	33	70,2	65	73,0
nein	10	23,8	14	29,8	24	27,0
Gesamt	42	100,0	47	100,0	89	100,0

73% aller Befragten gaben an, auch schon vor der Umfrage in Kontakt mit der Servicestelle gestanden zu haben, 27% verneinten dies. Die befragten Nichtregierungsorganisationen in Nordrhein-Westfalen stehen dabei etwas häufiger in Kontakt mit der Servicestelle (76,2%) als die Kommunen (70,2%). Ein wesentlicher Unterschied zur Befragung aller Bundesländer konnte nicht festgestellt werden.

Bei der **Kontaktaufnahme** zeigt sich zunächst, dass diese Frage von 28,6% nicht beantwortet wurde. 42,9% gaben an, dass der Kontakt von ihnen selber ausgegangen sei, weitere 28,6%, dass der Kontakt nicht von ihnen ausging. Im Unterschied zur Befragung aller Bundesländer kann man feststellen, dass die Eigeninitiative zum Kontakt mit der Servicestelle größer ist, da dort nur 37% angaben, den Kontakt selber hergestellt zu haben.

⁸⁴ Tabelle bundesweite Analyse: Seite 61

Die Frage, ob man Mitarbeiter aus dem **Team** der Servicestelle kennt, konnten 48,4% mit „ja“ antworten, 42,9% ist aber auch kein Mitarbeiter bekannt. Diese Werte sind in Nordrhein-Westfalen etwas unter dem bundesweiten Ergebnis (Ja: 54,2%, Nein: 37,4%).

5.5.2 Aktivitäten der Servicestelle

In einer Frage wurde nach den Themen bzw. Aktivitäten gefragt, die die Befragten mit der Servicestelle in Verbindung bringen. Analog zur Gesamtanalyse

Tab. 34: Themen die mit der Servicestelle in NRW in Verbindung gebracht werden (Mehrfachnennungen möglich)

Themen/Aktivitäten	abs.	in % der	
		Nennungen	Befragte
Eine-Welt-Nachrichten	65	14,9	71,4
Fairer Handel	46	10,6	50,5
Wettbewerb Hauptstadt des Fairen Handels	34	7,8	37,4
Förderprogramme	33	7,6	36,3
Tsunami	29	6,7	31,9
Faires Beschaffungswesen	26	6,0	28,6
Workshops/Fachgespräche	24	5,5	26,4
Partnerschaftsvermittlung	23	5,3	25,3
Dialog Global	21	4,8	23,1
Internationale Konferenzen	20	4,6	22,0
Bundeskonferenz	16	3,7	17,6
Integrationsarbeit	14	3,2	15,4
ModeratorInnennetzwerk	14	3,2	15,4
Vorträge	12	2,8	13,2
vor-Ort-Beratung	11	2,5	12,1
Bürgerbeteiligungshaushalt	10	2,3	11,0
Finanzierungsratgeber	10	2,3	11,0
Kulturarbeit	9	2,1	9,9
Nachhaltigkeitsindex	9	2,1	9,9
Netzwerkaufbau	6	1,4	6,6
Evaluation	4	0,9	4,4
Summe	436	100,0	91

stammen aus NRW gut 35% der Nennungen.⁸⁵

Das Thema (vgl. Tabelle 34), welches am häufigsten von allen Aktivitäten mit der Servicestelle in Verbindung gebracht wird, sind die Eine-Welt-Nachrichten, mit 14,9%. In Prozent der Befragten bedeutet dies, dass 71,4% aller an der Umfrage Beteiligten die Eine-Welt-Nach-

⁸⁵ Tabelle bundesweite Analyse: Seite 63.

richten als wichtigste Aktivität der Servicestelle ansehen. Am zweithäufigsten wurde mit 10,6% von 50,5% der Befragten der Faire Handel genannt, der in der gesamten Befragung einen wichtigen Stellenwert einnimmt. Zu ähnlichen prozentualen Anteilen folgen dann der Wettbewerb Hauptstadt des Fairen Handels (7,8%) und die Förderprogramme der Servicestelle mit 7,6%. Im Unterschied zur Befragung aller Bundesländer liegt die Angabe „Tsunami“ hier mit 6,7% noch unter den Top 5, während sie in der Gesamtbetrachtung mit 4,8% im Mittelfeld vorzufinden war. Anders zeigt sich, dass der Bekanntheitsgrad der Aktivitäten zum Fairen Beschaffungswesen in Nordrhein-Westfalen nicht ganz so groß ist (6%) wie in der Betrachtung aller Bundesländer (6,9%).

Wenig Kenntnisse bestehen von Tätigkeiten in den Bereichen des Bürgerbeteiligungshaushalts (2,3%), des Finanzierungsratgebers (2,3%) und der Kulturarbeit (2,1%) der Servicestelle, auch der Nachhaltigkeitsindex (2,1%) ist nur wenigen ein Begriff. Die geringste Popularität besitzen der von der Servicestelle unterstützte Netzwerkaufbau (1,4%) und das Thema Evaluierung (0,9%).

Die Servicestelle ist in Nordrhein-Westfalen nicht nur für ihren informativen Charakter, sondern besonders auch für ihre „Fairen Aktivitäten“ bekannt. Ebenso besteht Kenntnis von einzelnen Projekten und Programmen. Anhand der prozentualen Verteilungen wird deutlich, an welchen Stellen noch Handlungsbedarf besteht.

Insgesamt dürfte die bis Ende 2005 geltende Entscheidung der Landesregierung eine Rolle gespielt haben, dass Agenda-Transfer in NRW die Aufgaben rund um die Themen der "Einen Welt" in

Nordrhein-Westfalen wahrgenommen hat, wodurch die Servicestelle als eigenständiger Akteur ggf. nicht so stark in Erscheinung getreten ist.

5.6.3 Eigenschaften der Servicestelle

Bei der Frage nach den Eigenschaften der Servicestelle sollten Themen wie Freundlichkeit, Verlässlichkeit, Kompetenz etc. anhand von gegensätzlichen Wortpaaren beurteilt werden. Auffällig bei dieser Frage ist, dass sich je nach Wortpaar zwischen 30-56% der Befragten nicht in der Lage sahen eine Beurteilung abzugeben. Am deutlichsten wird dies bei den Wortpaaren bescheiden/dominant sowie günstig/teuer. Über die Motive an der geringen Beantwortung kann nur spekuliert werden.⁸⁶

In der Abbildung 47⁸⁷ werden die Eigenschaften als Hauptkategorie mit positiver bzw. negativer Bewertung dargestellt.

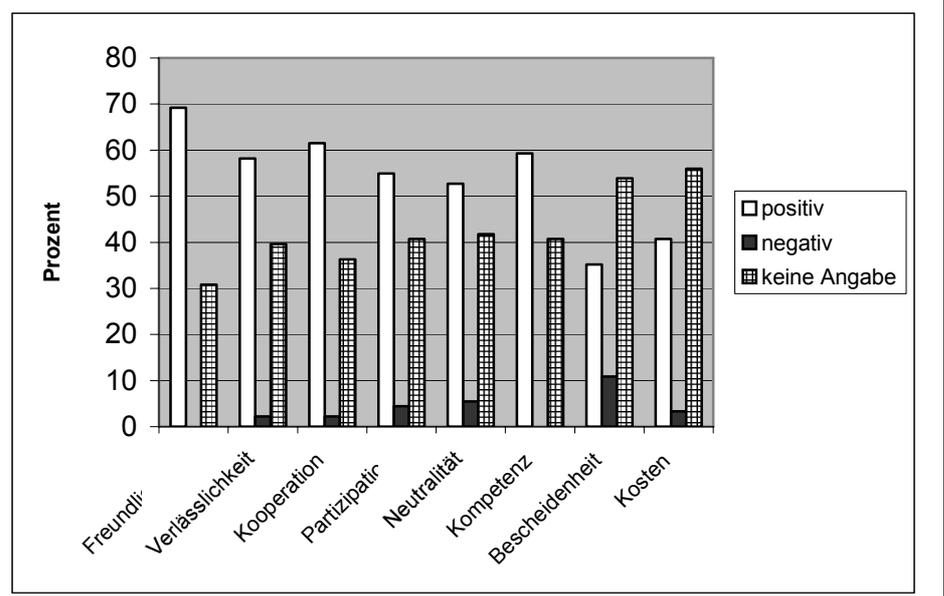
Trotz des hohen Anteils an Personen die keine Angabe bei dieser Frage machten, zeigt sich, dass diejenigen, die eine Antwort gaben, die vorgegebenen Eigenschaften der Servicestelle deutlich positiv bewerten. Die Servicestelle wird demnach bei 50-60% der Befragten als freundlich, verlässlich, kooperativ und fachlich kompetent bewertet. Lediglich bei den Eigenschaften Partizipation, Neutralität, Bescheidenheit und Kosten zeigen sich negative Bewertungen, die zwischen 2-5% liegen.

Die Eigenschaften der Servicestelle werden insgesamt sehr positiv bewertet.

Die letzten beiden Fragen beschäftigen sich mit der Nutzung des **online-Angebots** der Servicestelle. Dabei wird nach dem Bezug des Newsletters „**EineWelt-Nachrichten**“ und der Nutzung der Homepage www.service-einewelt.de gefragt. Hier zeigt sich, dass mit 72,1% aller Befragten mehr Personen den Newsletter beziehen, als die Homepage genutzt wird. Hier gaben nur 47,5% an, das Internetangebot zu nutzen.

Bei einer vergleichenden Betrachtung von Kommune und Nichtregierungsorganisation zeigt sich, dass sich der News-

Abb. 47: Bewertung der Eigenschaften für die Servicestelle aus NRW



letter bei Nichtregierungsorganisationen und Kommunen gleicher Beliebtheit erfreut. Die Homepage hingegen wird häufiger von den Kommunen genutzt (55,8%).

⁸⁶ Hierzu wird auf die Diskussion über Gründe ab Seite 65f verwiesen.

⁸⁷ Abbildung bundesweite Analyse: Seite 65.

Anhang Fragebogen 2006



InWEnt gGmbH
Friedrich-Ebert-Allee 40
D-53113 Bonn

Umfrage 2006

Globales Handeln lokal verankern.

Antwort bis: 30.09.2006!

Ziel dieser Befragung ist es zu ermitteln, wie bundesweit die Strukturen und Potenziale der Eine-Welt-Arbeit vor Ort aussehen anhand der Rückläufe (in 2002 erreichten wir 23 %) und wie sie sich seit 2002 – der ersten bundesweiten Umfrage hierzu – entwickelt haben. Wie in 2002 wird mittels dieser Umfrage die Situation der Kommunen und die der Nichtregierungsorganisationen gleichermaßen ermittelt. Dadurch kann es möglich sein, dass Sie nicht alle Fragen beantworten können – diese überspringen Sie dann bitte.

Bitte beantworten Sie die Fragen aus der Sicht der Abteilung oder Organisation, der Sie angehören.

In Kooperation mit den **Unterstützern** der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt / InWEnt gGmbH führen wir die Umfrage durch: **Deutscher Städtetag, Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V., Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke e.V.** Alle wünschen sich eine gute Beteiligung. Helfen Sie mit!

In diesem Fragebogen verstehen wir allgemein unter "Eine Welt" zunächst alles, was sich mit "Kommunaler Entwicklungszusammenarbeit", "globalem Lernen", "internationalen Partnerschaften" und "Lokaler Agenda 21" umschreiben lässt. Mittels Ihrer hoffentlich zahlreichen Antworten versuchen wir ein Bild von der Eine-Welt-Arbeit in Deutschland auf lokaler Ebene zu zeichnen – mit aller statistischen Vorsicht. Zu den einzelnen Fragen finden Sie ggf. Ausfüllhinweise. Grob gliedert sich der Fragebogen in vier Blöcke. Bei der Analyse werden die kleinsten räumlichen Einheiten die Bundesländer. Die Daten werden verschlüsselt qualitativ und quantitativ ausgewertet. Über die Veröffentlichung informieren wir in unseren Medien.

Ihr Team Servicestelle

info@service-eine-welt.de

Zutreffendes bitte ankreuzen

I. Allgemeine Informationen

(bitte ordnen Sie sich auch als NRO zu; ggf. "bundesweit" eintragen)

NRO | Gemeinde Stadt Kreis:(Name)

Zahl der EinwohnerInnen:(Stand: 31.12.2005)

Einrichtung/Organisation/Amt:

AnsprechpartnerIn: Frau Herr Funktion:

Funktion inne seit: (Jahre, Monate)

Vorname: Name:

Straße:

PLZ: Ort:

Bundesland:(Name)

Tel.: / E-Mail:

Fax: / Internet:

1 ● Haben Sie sich an unserer Umfrage in 2002 beteiligt?

Ja Nein Ich weiß nicht

2 ● Existieren zu folgenden Inhalten in Ihrer Kommune/Ihrem Kreis politische Beschlüsse?

- | | | |
|--|---|-------------------------------|
| - zur Lokalen Agenda 21? | <input type="checkbox"/> ja, seit | <input type="checkbox"/> nein |
| - zur Mitgliedschaft im Klima-Bündnis e.V. | <input type="checkbox"/> ja, seit | <input type="checkbox"/> nein |
| - zum fairen/sozialen Beschaffungswesen? | <input type="checkbox"/> ja, seit | <input type="checkbox"/> nein |
| - zur Vermeidung ausbeuterischer Kinderarbeit bei der Beschaffung? | <input type="checkbox"/> ja, seit | <input type="checkbox"/> nein |
| - zu den Millennium-Entwicklungszielen/MDG? | <input type="checkbox"/> ja, seit | <input type="checkbox"/> nein |
| - zum Bürgerbeteiligungshaushalt/Bürgerhaushalt? | <input type="checkbox"/> ja, seit | <input type="checkbox"/> nein |
| - zu (Projekt-)Städtepartnerschaft <u>vor</u> dem Tsunami? | <input type="checkbox"/> ja, seit | <input type="checkbox"/> nein |
| - zu (Projekt-)Städtepartnerschaft <u>nach</u> dem Tsunami? | <input type="checkbox"/> ja, seit | <input type="checkbox"/> nein |

3 ● Welchen Stellenwert haben die nachfolgenden Themen Ihrer Einschätzung nach in Ihrer Kommune/Ihrem Kreis?

(vergeben Sie bitte die Zahlen 1/erster Rang bis 7/letzter Rang; jeweils nur ein Mal!)

- | | |
|--|--|
| Zukunftsfähige (Stadt-/Kreis-)Entwicklung | Demografischer Wandel |
| Förderung von Kindern & Jugendlichen | Integration von MigrantInnen |
| Schaffung von Arbeitsplätzen | Ressourceneinsparung (Energie, Fläche...) |
| Bürgerbeteiligung (ergänzend zu den gesetzlich notwendigen Beteiligungen) | |

II. Fragen zur Eine-Welt-Arbeit**1 ● Gibt es in Ihrer Kommune/Organisation Eine-Welt-Arbeit, z.B. durch Fairen Handel, Städtepartnerschaften, etc.?**

ja nein (dann bitte weiter mit Frageblock IV !)

2 ● Welche Handlungsfelder deckt Ihre Kommune/Organisation mit der Eine-Welt-Arbeit ab?

(Mehrfachnennungen möglich)

- | | |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> Fairer Handel | <input type="checkbox"/> Städte-/Partnerschaftskaffee |
| <input type="checkbox"/> entwicklungspolitische Themen | <input type="checkbox"/> Bürgerbeteiligung/Partizipation |
| <input type="checkbox"/> entwicklungspolitische Bildungsarbeit | <input type="checkbox"/> Öffentlichkeitsarbeit |
| <input type="checkbox"/> Millenniumentwicklungsziele | <input type="checkbox"/> Bildung für nachhaltige Entwicklung |
| <input type="checkbox"/> Migration/Integration | <input type="checkbox"/> Kleiderkampagne |
| <input type="checkbox"/> Einkaufsratgeber | <input type="checkbox"/> Projektpartnerschaft (Kontinent:.....) |
| <input type="checkbox"/> Blumenkampagne | <input type="checkbox"/> Städtepartnerschaft (Kontinent: |
| <input type="checkbox"/> Klimabündnis-Aktivitäten | <input type="checkbox"/> Schulpartnerschaft (Kontinent: |
| <input type="checkbox"/> andere: | |

3 ● Wer im Rathaus/Kreistag fungiert als "Schirmherr" bzw. an der Spitze des Themas/der Aktivitäten?

- | | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> (Ober)BürgermeisterIn, Landrat, Landrätin | <input type="checkbox"/> DezernentIn/Beigeordneter |
| <input type="checkbox"/> AmtsleiterIn | <input type="checkbox"/> andere/r: |
| <input type="checkbox"/> keiner | <input type="checkbox"/> weiß ich nicht |

4 ● Welche Aktionsformen setzen Sie in der Einen-Welt-Arbeit ein? (Mehrfachnennungen möglich)

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit | <input type="checkbox"/> Publikationen (Flyer, Broschüren, Bilanzen...) |
| <input type="checkbox"/> politische Einflussnahme/Lobbyarbeit | <input type="checkbox"/> Mitarbeit in Agenda-Gremien/-Gruppen/-Netzen |
| <input type="checkbox"/> kulturelle Veranstaltungen | <input type="checkbox"/> erlebnisorientierte Aktionen |
| <input type="checkbox"/> Aktionen in Schulen | <input type="checkbox"/> Verkauf von Fairhandelsprodukten |
| <input type="checkbox"/> sonstiges: | |

Mitwirkung bei: Weltladentag Faire Woche andere:

5 ● Planen Sie eine Erweiterung derzeitiger Projekte im Vergleich zu 2002 oder 2005?

ja, und zwar folgende: nein, weil:

.....

.....

6 ● Stehen Sie in Verbindung mit (kommunalen, NRO-) Netzwerken oder arbeiten Sie "vernetzt"?

ja, mit: nein, weil:

.....

.....

.....

III. Fragen zur Struktur der Eine-Welt-Arbeit

1 ● Wie viele BürgerInnen sind in Ihrer Kommune/Organisation in der Eine-Welt-Arbeit aktiv?

- hauptamtliche Stellen, Anzahl ca.:
- ehrenamtlich Aktive, Anzahl ca.:

2 ● Wie viele einzelne Organisationen der Einen-Welt-Arbeit gibt es bei Ihnen vor Ort?

Anzahl ca.:..... (Bezugsjahr 2005) weiß ich nicht

Besteht ein Netzwerk vor Ort aus entsprechenden Organisationen?

ja, seit nein weiß ich nicht

3 ● Welche Finanzierungsquellen werden für Ihre Eine-Welt-Arbeit in Anspruch genommen? (Mehrfachnennungen möglich)

- | | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> Fördermittel der EU | <input type="checkbox"/> kommunale Haushaltsmittel |
| <input type="checkbox"/> Fördermittel des Bundes | <input type="checkbox"/> Kirchliche Mittel |
| <input type="checkbox"/> Fördermittel des Landes | <input type="checkbox"/> Spenden |
| Stiftungen: <input type="checkbox"/> staatlich <input type="checkbox"/> nichtstaatlich | <input type="checkbox"/> weiß ich nicht |

4 ● Besteht in Ihrem Prozess zur Einen Welt bzw. Agenda 21 eine Kooperation mit nichtstaatlichen Akteuren (Vereinen, Verbänden, Gruppen, Kirchen, etc.) vor Ort?

ja, und zwar: immer kontinuierlich punktuell zufällig projektbezogen

nein, weil: zu aufwendig keine Bereitschaft keine Ansprechpartner sonstiges:.....

5 ● Werden die Aktivitäten zur Eine-Welt-Arbeit zwischen Verwaltung und Bürgerschaft transparent kommuniziert?

ja nein ich weiß nicht

6 ● Welche Organisation/en beziehen Sie beim Prozess vor Ort ein? (Mehrfachnennungen möglich)

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Eine-Welt-Verein/e/Gruppen/Initiativen | <input type="checkbox"/> Umweltgruppen |
| <input type="checkbox"/> Kirche | <input type="checkbox"/> Sportverein/e |
| <input type="checkbox"/> Schützenverein/e | <input type="checkbox"/> Handwerkskammer, IHK |
| <input type="checkbox"/> Supermarkt | <input type="checkbox"/> Migrantenverein/e |
| <input type="checkbox"/> Kindergarten | <input type="checkbox"/> Schule/n |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> keine/weiß ich nicht |

7 ● Kreuzen Sie bitte die drei wichtigsten Hemmnisse Ihrer Einen-Welt-Arbeit an.

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Personal | <input type="checkbox"/> Finanzen |
| <input type="checkbox"/> Organisation/Planung | <input type="checkbox"/> Koordination |
| <input type="checkbox"/> Moderation | <input type="checkbox"/> Kooperationsbereitschaft der Akteure |
| <input type="checkbox"/> politische Unterstützung | <input type="checkbox"/> Umsetzung geplanter Vorhaben |
| <input type="checkbox"/> Bürgerbeteiligung/Motivation | <input type="checkbox"/> Einbeziehung wichtiger Akteure |
| <input type="checkbox"/> Desinteresse der Medien | <input type="checkbox"/> Konkurrenz |
| <input type="checkbox"/> Informationsfluss | <input type="checkbox"/> Ausdauer bei langfristigen Projekten |

IV. Fragen zur Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

1 ● Hatten Sie vor diesem Fragebogen schon Kontakt mit der Servicestelle? ja nein

2 ● Ging dieser Kontakt von Ihnen aus? ja nein

3 ● Kennen Sie Mitarbeiter aus dem Team der Servicestelle? ja nein

4 ● Welche Themen/Aktivitäten verbinden Sie mit der Servicestelle? (Mehrfachnennungen möglich)

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Partnerschaftsvermittlung | <input type="checkbox"/> Bürgerbeteiligungshaushalt |
| <input type="checkbox"/> Internationale Konferenzen | <input type="checkbox"/> Fairer Handel |
| <input type="checkbox"/> Dialog Global | <input type="checkbox"/> Integrationsarbeit |
| <input type="checkbox"/> Förderprogramme | <input type="checkbox"/> Kulturarbeit |
| <input type="checkbox"/> Wettbewerb Hauptstadt des Fairen Handels | <input type="checkbox"/> ModeratorInnennetzwerk |
| <input type="checkbox"/> Faires Beschaffungswesen | <input type="checkbox"/> Nachhaltigkeitsindex/NAX |
| <input type="checkbox"/> Bundeskonferenz | <input type="checkbox"/> Netzwerkaufbau |
| <input type="checkbox"/> Evaluation | <input type="checkbox"/> Finanzierungsratgeber |
| <input type="checkbox"/> Eine-Welt-Nachrichten | <input type="checkbox"/> Tsunami |
| <input type="checkbox"/> Workshops/Fachgespräche | <input type="checkbox"/> vor-Ort-Beratung |
| <input type="checkbox"/> Vorträge | <input type="checkbox"/> sonstiges: |

5 ● Welche Eigenschaften verbinden Sie mit der Servicestelle?		(Nichtzutreffendes streichen)
freundlich / unfreundlich	neutral / voreingenommen	
verlässlich / unzuverlässig	fachlich kompetent / inkompetent	
kooperativ / konkurrierend	bescheiden / dominant	
partizipativ / undemokratisch	günstig / teuer	
6 ● Beziehen Sie den Newsletter "Eine-Welt-Nachrichten"?		<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
7 ● Nutzen Sie die Homepage www.service-eine-welt.de?		<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
8 Was Sie uns sonst noch sagen möchten können Sie uns hier schreiben!		
(... oder auf gesondertem Blatt fortsetzen).		

Danke für Ihre Unterstützung!

Verzeichnis der Abbildungen



1. Rücklauf aus den Bundesländern	18
2. Gesamtübersicht der Befragten	20
3. Beschlussjahre der Agenda-Kommunen	22
4. Ranking der Themen	25
5. Eine-Welt-Arbeit in Kommunen	27
6. Handlungsfelder der Kommunen	29
7. Handlungsfelder der Nichtregierungsorganisation	30
8. Schirmherr der Eine-Welt-Arbeit	32
9. Aktionsformen der Nichtregierungsorganisation	33
10. Aktionsformen der Kommunen	34
11. Projekterweiterungen nach Jahren	36
12. Stehen Sie in Verbindung mit Netzwerken oder arbeiten Sie vernetzt?	39
13. Art der Netzwerke für Kommunen	41
14. Art der Netzwerke für NRO's	42
15. Hemmnisse der Kommunen	45
16. Hemmnisse der NRO's	46
17. Gesamtübersicht zu hauptamtlichen Stellen in der Eine-Welt-Arbeit	47
18. Hauptamtliche Stellen in Kommunen	48
19. Hauptamtliche Stellen bei NRO's	49
20. Gesamtübersicht zu ehrenamtlichen Aktiven in der Eine-Welt-Arbeit	50
21. Ehrenamtlich Aktive in Kommunen	50
22. Ehrenamtlich Aktive in NRO's	51
23. Anzahl der Eine-Welt-Organisationen vor Ort	52
24. Gründungszeiträume lokaler Eine-Welt-Netzwerke	52
25. Gesamtübersicht der Angaben zu Finanzierungsquellen	53
26. Gesamtübersicht zur Kooperation mit nichtstaatlichen Akteuren	57
27. Bewertung der Eigenschaften der Servicestelle	65
28. Gesamtübersicht der Befragten aus NRW	69
29. Beschlussjahre der Agenda-Kommunen aus NRW	70
30. Stellenwert der Themen in NRW	73
31. Handlungsfelder in der Eine-Welt-Arbeit in NRW-Kommunen	75
32. Handlungsfelder in der Eine-Welt-Arbeit bei Nichtregierungsorganisationen in NRW	76
33. Schirmherr der Eine-Welt-Arbeit in NRW	77
34. Aktionsformen der NRO's in NRW	79
35. Aktionsformen der Kommunen in NRW	79
36. Projekterweiterungen in NRW	80
37. Projekterweiterungen nach Jahren für NRW	81



38. Stehen Sie in NRW in Verbindung mit Netzwerken oder arbeiten Sie vernetzt?	83
39. Hemmnisse der Kommunen in NRW	86
40. Hemmnisse der Nichtregierungsorganisation in NRW	86
41. Gesamtübersicht zu hauptamtlichen Stellen in der Eine-Welt-Arbeit in NRW	88
42. Gesamtübersicht zu ehrenamtlich Aktiven in der Eine-Welt-Arbeit in NRW	89
43. Anzahl der Eine-Welt-Organisationen vor Ort in NRW	90
44. Gesamtübersicht der Angaben zu Finanzierungsquellen in Nordrhein-Westfalen	91
45. Vergleich der Finanzierungsmittel von NRW und allen Bundesländern	92
46. Gesamtübersicht zur Kooperation mit nichtstaatlichen Akteuren in NRW	94
47. Bewertung der Eigenschaften für die Servicestelle aus NRW	99

Verzeichnis der Tabellen



1. Funktion der Beteiligten Befragten differenziert nach NRO und Kommune	17
2. Antwortverhalten nach Bundesländern	19
3. Existieren zu folgenden Inhalten in Ihrer Kommune/Kreis politische Beschlüsse?	21
4. Handlungsfelder in der Eine-Welt-Arbeit	29
5. Partnerschaften in der Welt	31
6. Aktionsformen der Eine-Welt-Arbeit	33
7. Mitwirkung der Befragten an Aktionen	34
8. Projekterweiterung nach Jahren	35
9. Gesamtübersicht der Gründe, die gegen eine Ausweitung der Projekte sprechen	37
10. Bereiche der Projekterweiterung im Vergleich zu 2002/2005	38
11. Art der Netzwerke	41
12. Hemmnisse der Eine-Welt-Arbeit	44
13. Gesamtübersicht der Finanzierungsmittel getrennt nach Kommune und NRO	54
14. Gesamtübersicht über die einbezogenen Organisationen in den Prozess der Eine- Welt-Arbeit	56
15. Andere Prozessbeteiligte	56
16. Kooperation mit nichtstaatlichen Akteuren	58
17. Werden die Aktivitäten zwischen Verwaltung und Bürgerschaft transparent kommuniziert?	59
18. Kontakt mit der Servicestelle	61
19. Themen die mit der Servicestelle in Verbindung gebracht werden	63



20. Funktion der beteiligten Befragten differenziert nach NRO und Kommune in NRW	68
21. Existieren in NRW zu folgenden Inhalten in Ihrer Kommune / Kreis politische Beschlüsse? ...	70
22. Handlungsfelder in der Eine-Welt-Arbeit in NRW	74
23. Partnerschaften in der Welt aus NRW	77
24. Aktionsformen in der Eine-Welt-Arbeit in NRW	78
25. Gesamtübersicht der Gründe, die gegen eine Ausweitung der Projekte in NRW sprechen	82
26. Bereich der Projekterweiterung im Vergleich zu 2002/2005 für NRW	83
27. Art der Netzwerke in NRW	84
28. Hemmnisse in der Eine-Welt-Arbeit in NRW	85
29. Gesamtübersicht der Finanzierungsmittel getrennt nach Kommune und NRO in NRW	92
30. Gesamtübersicht über die einbezogenen Organisationen in den Prozess der Eine- Welt-Arbeit in NRW	93
31. Kooperation mit nichtstaatlichen Akteuren vor Ort in NRW	94
32. Transparenz der Kommunikation im Urteil aus NRW	95
33. Kontakt mit der Servicestelle aus NRW	96
34. Themen die mit der Servicestelle in NRW in Verbindung gebracht werden	97

Publikationen

Die Veröffentlichungen können über die Servicestelle kostenfrei bestellt werden (sofern noch nicht vergriffen). Die meisten Publikationen liegen auch als Download auf unserer Homepage vor.

Dialog Global – Schriftenreihe der Servicestelle:

- Heft 1.: Give me hope Jo'hanna?! Von Rio in die deutschen Kommunen nach Johannesburg – von Schwierigkeiten und Erfolgen der Agenda-Prozesse in Deutschland. Oktober 2002. [vergriffen]
- Heft 2.: Pressespiegel 2002. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2002. Dezember 2002. [vergriffen]
- Heft 3.: Globales Handeln lokal verankern. Befragung 2002 der Kommunen und Nichtregierungsorganisationen zum Stand der Lokalen Agenda 21 und der Eine-Welt-Arbeit in Deutschland. Januar 2003. [vergriffen]
- Heft 4.: Die Lokale Agenda 21 braucht professionelle Moderation – Eine-Welt-Referenten informieren Moderatoren. Dokumentation einer Informationsveranstaltung am 12.12.2002, Bonn, Februar 2003. [vergriffen]
- Heft 5.: Porto Alegres Beteiligungshaushalt – Lernerfahrung für deutsche Kommunen. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 19.12.2002, Bonn, Februar 2003. [vergriffen]
- Heft 6.: Faires Miteinander. Leitfaden für die interkulturell kompetente Kommune. Bonn, August 2003. Neuauflage Juli 2006.
- Heft 7.: Hauptstadt des Fairen Handels 2003. Dokumentation des Wettbewerbs. Bonn, Februar 2004.
- Heft 8.: Global vernetzt – lokal aktiv 2004. Der Wettbewerb 2004. Dokumentation. Bonn, Juli 2004.
- Heft 9.: Partner in alle Richtungen: Gestaltung und Nutzen kommunaler Partnerschaften in der Einen Welt. Ein Praxisleitfaden. Bonn, September 2004. Neuauflage Dezember 2005.
- Heft 10.: Kulturen der Welt vor Ort. Ein Praxisleitfaden. Bonn, August 2004.
- Heft 11.: Es geht! Kommunal nachhaltig handeln. Tipps & Ideen. Bonn, Juni 2005. Neuauflage Juli 2006.
- Heft 12.: Globalisierung gestaltet Kommunen – Kommunen gestalten Globalisierung. 9. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Magdeburg 2004. Dokumentation. Bonn, Juli 2005.
- Heft 13.: Hauptstadt des Fairen Handels 2005. Dokumentation des Wettbewerbs. Bonn, November 2005.
- Heft 14.: Zwei Jahre Partnerschaftsinitiative. Two Years of Partnership Initiative. Bonn, Januar 2007.
- Heft 15.: Globales Handeln lokal verankern. Bundesweite Umfrage 2006. Bonn, Februar 2007.

Material-Reihe der Servicestelle

- Nr. 1.: Erklärung der Kommunen zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung; und: Aufruf von Johannesburg. Autorisierte Übersetzung in Deutsch.
 - Nr. 2.: Local Government Declaration To The World Summit On Sustainable Development; and: Johannesburg Call.
 - Nr. 3.: Faires Beschaffungswesen. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 19.11.2002. [vergriffen]
 - Nr. 4.: Kommunikationstraining für Eine-Welt-Akteure. Tipps und Anregungen zum erfolgreichen Kommunizieren von Eine-Welt-Themen. Dokumentation einer Veranstaltung vom 13.12.2002. [vergriffen]
 - Nr. 5.: Maastrichter Erklärung zum Globalen Lernen vom 17.11.2002. [vergriffen]
 - Nr. 6.: Interkulturelle Gärten. Werkstattgespräch zum Thema "Internationale Gärten in Deutschland" 29./30. November 2002 Berlin. Dokumentation.
 - Nr. 7.: Erstes bundesweites Netzwerktreffen Bürger- und Beteiligungshaushalt. Dokumentation vom 29.09.2003.
 - Nr. 8.: Synergien für kommunale Partnerschaften. Umsetzung der Erklärung der Kommunen zum Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 29.10.2003.
 - Nr. 9.: Pressespiegel 2003. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2003. [vergriffen]
-

- Nr. 10.: ModeratorInnen-Briefing. Herausforderung Kommune – strategische Zukunftsthemen für ModeratorInnen. Dezember 2003.
- Nr. 11.: Bonn Action Plan. Bonner Aktionsplan – zur Stärkung kommunaler Partnerschaften. Mai 2004.
- Nr. 12.: ModeratorInnen-Briefing. Methoden und Themen – Das Netzwerk „bildet“ sich. September 2004. Mai 2004. [vergriffen]
- Nr. 13.: Pressespiegel 2004. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2004. [vergriffen]
- Nr. 14.: Zweites bundesweites Netzwerktreffen Bürger- und Beteiligungshaushalt. Dokumentation vom 12.10.2004.
- Nr. 15.: ModeratorInnen-Briefing. Thementeams bilden. Dezember 2004.
- Nr. 16.: Partner schaffen Partnerschaften. Die kommunale Servicestelle – Partnerschaftsinitiative.
- Nr. 17.: Bürgerhaushalt – Umsetzungsmöglichkeiten und Erfahrungen. Beispiel Schleswig-Holstein.
- Nr. 18.: Pressespiegel. Medienberichterstattung zur Servicestelle Partnerschaftsinitiative. Januar-Juli 2005.
- Nr. 19.: Pressespiegel 2005. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2005.
- Nr. 20.: Ein Jahr nach dem Tsunami. Dialogveranstaltung 07.12.2005. Dokumentation.
- Nr. 21.: Finanzierungsmöglichkeiten kommunaler Entwicklungszusammenarbeit. Dokumentation vom 19.06.2006.
- Nr. 22.: Pressespiegel 2006. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2006.

Leporello – Kurzinformationen der Servicestelle

- Kommunalpolitik auf neuen Wegen: Der Bürger- und Beteiligungshaushalt. (September 2003)
- Gewusst wie: Ressourcen für Nachhaltigkeitsprojekte. (Dezember 2003)
- Gesucht, gefunden: ModeratorInnen für kommunale Entscheidungsprozesse. (Februar 2004)
- Über uns – Flyer der Servicestelle. (Mai 2006) [Deutsch und Englisch]
- Servicestelle Partnerschaftsinitiative / Service Agency Partnership Initiative (September 2005) [Englisch und Deutsch]
- Kulturen der Welt vor Ort. Argumente für eine weltoffene Kommune. (Juni 2005)
- Südafrika 2010 - Deutschland 2006. Kompetenz und Stärkung kommunaler Zusammenarbeit und Entwicklung (Dezember 2006) [Englisch und Deutsch]

Sonstige Publikationen der Servicestelle:

- Konzeption der Servicestelle [vergriffen]
 - Profil der Servicestelle [Englisch und Deutsch]
 - Kurzprofil der Servicestelle (in Englisch)
 - Dokumentationen "Petersberger Gespräch"/"Petersberg Dialogue" am 18.06.2002. [vergriffen]
 - CD-Rom zum bundesweiten Wettbewerb „Global vernetzt – lokal aktiv!“ Präsentation der Wettbewerbssieger und des Konzepts, Bonn 2002. (Englisch und Deutsch) [vergriffen]
 - Empfehlungen von Magdeburg. Schlussempfehlungen der 9. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Verabschiedet Magdeburg, November 2004 (Deutsch)
 - Empfehlungen von Hamburg. Schlusserklärung der 10. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Verabschiedet Hamburg, November 2006 (Deutsch)
 - UN-Millennium-Gates. Acht Tore. Acht Ziele. Flyer zur Ausstellung im Rahmen der Kampagne 2015. (Deutsch)
 - Evaluation der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Bonn, Dezember 2005.
 - No Excuse 2015. Aktiv vor Ort - Kommunen handeln jetzt! UN-Millenniums-Entwicklungsziele: Chancen in den Kommunen nutzen! Bonn, September 2005.
-

Publikationen in Kooperation mit der Servicestelle:

- Broschüre: Vom Süden lernen. Porto Alegres Beteiligungshaushalt wird zum Modell für direkte Demokratie. Hrsg.: Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, Misereor, DGB Bildungswerk, Aachen, Düsseldorf, Bonn, Neuauflage 2003.
- Tagungsdokumentation: Agendaprozesse verknüpfen. Die Rolle der Kommunalverwaltungen bei der Sicherung zukunftsfähiger Entwicklung in Zentralamerika und Deutschland. Hrsg.: InWEnt gGmbH, Abtlg. Demokratieförderung und Verwaltungsreformen, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, Bonn, 2002. [vergriffen]
- Gemeinsam empfohlene Indikatoren zur kommunalen Nachhaltigkeit. Unter Mitwirkung der Servicestelle und elf weiterer Institutionen entstanden. Bonn, Juli 2003. [vergriffen]
- Witzel/Seifried: Das Solarbuch. Fakten, Argumente, Strategien. Energieagentur Regio Freiburg (Hg.). Freiburg 2004. [Bezug über den Buchhandel]
- Halbig/Maurer/Nitschke: Nachhaltigkeit messen – Zukunft gestalten. Leitfaden des Pilotprojektes "Kommunen in der Welt". Bischöfliches Hilfswerk Misereor e.V. (Hg.), Aachen 2004.
- Documentation "Bonn Policy Forum. New Directions in Local Development: Challenges and Perspectives for City-to-City-Cooperation." 12-13 December 2003. In Kooperation mit der Abtlg. Demokratieförderung und Verwaltungsreformen der InWEnt gGmbH. [in Englisch] [vergriffen]
- Documentation: Local Renewables 2004. Municipal Leaders' Conference on Renewable Energy Source for the Local Level. Bonn 30.-31. May 2004. In cooperation with: Agenda-Transfer bundesweite Servicestelle Lokale Agenda 21. Bonn 2004. [in Englisch] [vergriffen]
- Genuss mit Zukunft – Francisco Aguilar und sein Bio-Kaffee. dwp eG (Hg.), Ravensburg. CD-ROM/DVD. Bezug: dwp, info@dwp-rv.de
- Mayors's Conference on Early Warning – on the occasion of the Third International Conference on Early Warning in Bonn, 26th March 2006. In cooperation with City of Bonn and German Committee for Disaster Reduction/DKKV e.V., Bonn 2006.
- Nach dem Tsunami. Von der Nothilfe zu langfristigen Partnerschaften. In Kooperation mit: Verein zur Förderung der entwicklungspolitischen Publizistik e.V. (Hg.), Frankfurt/M., Reihe Dritte Welt-Information. Pädagogik praktisch, Heft 1/2/2006, Frankfurt/M. 2006.
- Buy Fair – Ein Leitfaden für die öffentliche Beschaffung von Produkten aus dem Fairen Handel. In Kooperation mit ICLEI. Freiburg/Bonn 2007.

Alle Informationen, Termine, Aktivitäten, Tipps und Hintergrundberichte aktuell in den monatlichen *****Eine-Welt-Nachrichten***** der Servicestelle. Kostenfrei! Bestellformular auch auf unserer Homepage.

Über Uns



Eine Welt beginnt vor Ort

Immer mehr Entscheidungsträger aus deutschen Städten und Gemeinden erkennen das vielgestaltige Potenzial, das die Realisierung nachhaltiger Entwicklungsstrategien und kommunaler Entwicklungszusammenarbeit für ihre Kommune und weltweit in sich trägt. Sie wissen, ein Engagement für die Eine Welt ist für Städte und Gemeinden in Deutschland und in den Partnerländern in vielerlei Sicht ein Gewinn: Wirtschaft, Bürgerschaft und Kultur profitieren gleichermaßen vom Standortfaktor „Internationalität“.

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt unterstützt Sie, als Akteure in Verwaltung, Zivilgesellschaft und Politik, dieses oft noch brachliegende Potenzial für sich vor Ort und Ihre kommunalen Partner weltweit zu entdecken und zu nutzen.

Welche fachlichen Themen und Leistungen bietet Ihnen die Servicestelle?

Die vier kommunalen Zukunftsthemen sind:

- Bürger- und Beteiligungshaushalt – Lernen im Nord-Süd-Dialog,
- Stärkung und Ausbau kommunaler Partnerschaften,
- Interkulturelle Kompetenzbildung in deutschen Kommunen - Zusammenarbeit mit Diasporaen,
- Faires Beschaffungswesen - der kommunale Beitrag zur Ausweitung des Fairen Handels.

Städte und Gemeinden rund um die Zukunftsthemen zu informieren, beraten, vernetzen und qualifizieren ist Auftrag der Servicestelle. Dabei bieten wir Ihnen nicht nur:

- vielfältige Publikationen, wie unsere Dialog Global und Materialreihe,
- den monatlichen Newsletter „Eine Welt Nachrichten“,
- unsere umfangreiche Homepage www.service-eine-welt.de. Hier stehen sämtliche Publikationen der Servicestelle zum Download bereit und Sie erhalten neben aktuellen Informationen und umfangreichen Links die Möglichkeit zur Nutzung unseres Finanzierungsratgebers und ModeratorInnen-Netzwerks.

Sondern auch:

- persönliche, kostenlose Beratung, gern auch vor Ort in Ihrer Stadt oder Gemeinde,
- Veranstaltungen: Workshops, Netzwerktreffen, Konferenzen u.a.,
- Wettbewerbe und
- Fachveranstaltungen und individuelle Beratung in Ihrer Region.

Unsere Motivation sind Ihre Ideen und Konzepte, Ihre Kreativität und Ihr Durchhaltevermögen. Kommunales Engagement für die Eine Welt kann für alle Beteiligten gelingen – wir unterstützen Sie gern dabei!
